»Gefühlte Sicherheit« wichtiger als Fakten S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 13 – 2. April 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Vom Licht der Erkenntnis zwar bestrahlt, aber noch nicht von Selbstkritik erleuchtet: Guido Westerwelle und Angela Merkel Bild: laif

Störfall Bundesregierung

Die Wahldebakel der vergangenen Wochen bringen Merkel in Bedrängnis

Die Wähler haben Stefan Mappus (CDU) als Ministerpräsidenten abgeschaltet, Julia Klöckner (CDU) in Rheinland-Pfalz gar nicht erst ans Netz gehen lassen und Bundeskanzlerin Angela Merkel einen heftigen Schlag versetzt. Schuld daran sollen, so die Wahlverlierer, Fukushima und die Kernenergiedebatte sein. Doch diese Argumentation soll nur Fehler der Vergangenheit kaschieren.

Wer geglaubt hat, nach dieser krachenden Niederlage würde eine Debatte über den Kurs der Regierung losbrechen, sieht sich getäuscht. Zwar betonen die Parteioberen unisono, man könne nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, warnen aber vor einer Personaldebatte. Dabei hat Bundeskanzlerin Angela Merkel allen Grund, sich und ihren Kurs in Frage zu stellen. Schon lange agiert sie als Regierungchefin glück- und mittlerweile auch perspektivlos. Der Kurs der Parteichefin hin zur gefühlten Mitte – und bisweilen auch darüber hinaus – ist nicht das, was ihre Anhänger erwarten. Die aus wahltaktischen Gründen vollzogene Atomwende ist ebenso wenig glaubhaft wie die inhaltlich zwar richtige, aber dilettantisch umgesetzte Enthaltung in der Libyen-Frage nachvollziehbar oder die von ihr vorangetriebene Euro-Rettung erfolgversprechend ist. So hat sie erst ihre Parteigänger irritiert und dann die Wähler vergrault.

> Wähler honorieren wahltaktische Winkelzüge nicht

Kern der Kritik: Merkel und die CDU stehen nicht mehr für ein klares Programm und eine verlässliche konservative Politik, sondern für Profillosigkeit und programmatische Beliebigkeit. Dass man damit bei Wahlen scheitert, hat die CDU bereits fünf Wochen vor dem Desaster von Baden-Württemberg in Hamburg erfahren. Bei der Bürgerschaftswahl büßte die Partei die Hälfte ihrer Stimmen ein. Auch damals war viel davon die Rede, ein „weiter so“ dürfe es nicht geben. So richtig in Gang kommt die Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der Elb-CDU zwar noch nicht, aber immerhin ist mit dem Rücktritt des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Frank Schira der erste Schritt zu einer personellen Erneuerung getan. Der Unmut bei den Hamburger Christdemokraten über den politischen Zick-Zack-Kurs und den verschenkten Wahlsieg ist groß. Sie werden noch harte Kämpfe um Inhalte und Personalien führen. Auch wenn Merkel selbst von einer „Zeitenwende“ und einem „Einschnitt in der Geschichte der Union“ spricht, stellt sie ihre eigene Position nicht in Frage. Tatsächlich gibt es auch niemanden, der sie beerben könnte, denn sie hat alle ernst zu nehmenden innerparteilichen Kritiker beizeiten ausgeschaltet. Das, was die Hamburger CDU durchmacht, könnte der Bundespartei dennoch bevorstehen. Ein Hamburger Christdemokrat formuliert es gegenüber der *PAZ* so: „Hier sind wir durch, in Baden-Württemberg auch und bald ist Merkel durch.“

Die ewig zerstrittene FDP dagegen hat sich selbst gleich ganz überflüssig gemacht. Thematische Festlegungen glaubt man ihr nicht mehr oder es gibt bei den anderen Parteien ähnliche oder überzeugendere Positionen. *Jan Heitmann*

WILHELM V. GOTTBERG:

Das Kernthema

Die Landtagswahlen im Süd-Westen haben nicht für die CDU, wohl aber für die FDP das Fiasko erbracht, dass viele im bürgerlichem Lager befürchtet, bzw. manche(r) sich bei Rot-Grün erhofft hatten. Unstrittig, der Zugewinn der grünen Partei ist phänomenal. In beiden Bundesländern gelang ein Zugewinn an Wählerstimmen der eine Verdoppelung der Mandate mit sich brachte. Damit sind die Grünen eindeutig vor der FDP dritte politische Kraft in Deutschland geworden; in Baden-Württemberg sind sie zur Volkspartei aufgewachsen. Für die FDP war der Wahltag ein Menetekel. „Gewogen und zu leicht befunden.“

Die grüne Partei wurde vor 30 Jahren als Anti-Atom-Partei gegründet. Tschernobyl 1986 und nun Fukushima haben den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie zum Thema Nummer 1 in Deutschland gemacht. Kernenergie als Kernthema. Das ist das Wahlgeheimnis der Grünen. Dies wird allerdings schon mittelfristig nicht genügen, um die jetzt gewonnene Größe zu halten.

In Rheinland-Pfalz bleibt fast alles wie bisher. Die neue starke Regierungsfraktion der Grünen ist programmatisch nicht weit entfernt von der Leitlinie der bisher allein regierenden SPD. Schon bald werden die Grünen in Baden-Württemberg als Regierungspartei Ernüchterung, ja Entzauberung erleben. Wirtschafts- und Steuerpolitik, besonders aber der Fortgang des begonnenen Projektes Stuttgart 21 werden die Abgeordneten vor Probleme stellen und Kompetenzdefizite offenbaren.

> Machtwechsel gehört zur Demokratie

Da die Fraktion der Grünen im Süd-Westen nicht nur ökosozial und links geprägt, sondern auch bürgerliche und christliche Elemente beinhaltet, ist der Erfolg von Grün-Rot in Stuttgart nicht garantiert. Der Mentalitätsunterschied zwischen den führenden Köpfen der angestrebten Koalition ist nicht zu übersehen. Hier der wertkonservative Grüne Kretschmann, zukünftiger Ministerpräsident, dort der mit jungendlichem Elan nach vorne drängende SPD-Chef Schmidt. Die Landtagsmehrheit der zukünftigen Koalition beträgt nur vier Mandate. Diese knappe Mehrheit lässt den Schluss zu, dass der Machtverlust der CDU auf die Ereignisse in Japan zurückzuführen ist. Gleichwohl ist der Machtverlust der Union auch ein Stück Normalität in einer funktionierenden Demokratie, fast 60 Jahre stellte die CDU im Ländle den Ministerpräsidenten.

Im Ernstfall tot

Experten kritisieren Atomunfall-Konzept

Katastrophenschützer halten das deutsche Konzept zum Schutz der Bevölkerung bei einem atomaren Großunglück für vollkommen unzureichend. Insbesondere fehle es an Warnsystemen, brauchbaren Evakuierungsplänen und Vorkehrungen zur Behandlung von Strahlenopfern.

Bei Übungen dagegen stellt sich die Lage ganz anders dar. „Trotz schwierigster Bedingungen“ ist alles immer „reibungslos verlaufen“, schließlich sei man gut vorbereitet gewesen und habe jetzt wertvolle Erkenntnisse zur Optimierung gewonnen. Trotzdem hat der Katastrophenforscher Wolf Dombrowsky „erhebliche Zweifel, ob das Krisenmanagement im Ernstfall auch nur ansatzweise funktionieren würde“. Als Schwachstelle erweist sich auch die Krisenkommunikation. Während der Umgang mit den Medien in den Übungen meist problemlos läuft, scheitern die Krisenstäbe oft daran, die Bürger direkt zu informieren, ihnen so ihre Ängste zu nehmen und Vertrauen zu schaffen. Bürgertelefone sind oft überlastet und die Mitarbeiter überfordert. Im Ernstfall wären die psychologischen Auswirkungen verheerend (siehe Seite 4). *J.H.*

> Mängel auch in der Krisenkommunikation

Gestörtes Verhältnis

Islamkonferenz: Neuer Innenminister und Muslime geraten aneinander

Schon auf das Amt des Innenministers soll Hans-Peter Friedrich (CSU) keine große Lust gehabt und bedauert haben, dass er jetzt seine Planung, noch in diesem Jahr einen Marathon zu laufen, vergessen könne, da ihm ab sofort die Zeit fürs Training fehlen würde. Noch weniger dürfte den 54-jährigen Juristen der Umstand erfreut haben, dass er mit seinem neuen Ministerposten auch die Schirmherrschaft über die bisher wenig von Ergebnissen gekrönte deutsche Islamkonferenz übernehmen soll. Kaum im Amt, hatte der Minister bereits mit seiner Äußerung, dass sich aus der Historie nirgends belegen ließe, dass der Islam zu Deutschland gehöre, eindeutig Position bezogen. Mit dieser Aussage widersprach er nicht nur dem Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU), sondern auch seinem Vorgänger als Innenminister, Wolfgang Schäuble (CDU), und erntete zudem auch noch von allen Seiten Kritik.

> Friedrich bleibt bei seiner Haltung

Aufgrund dieser Haltung verwundert es nicht, dass Friedrich und die muslimischen Teilnehmer der Deutschen Islamkonferenz beim ersten Treffen unter seiner Leitung massiv aneinandergerieten. „Ich habe nichts gesagt, was falsch ist, darum habe ich auch nichts zurückgenommen“, reagierte er auf die Forderung, seine Äußerungen zu revidieren.

Auch ließ er sich nicht vorwerfen, er würde eine sehr „zweifelhafte und sehr bedenkliche Kultur des Denunziantentums unter den Muslimen“ schaffen, wenn er eine „Sicherheitspartnerschaft zwischen Muslimen und Staat“ verlange. Eigentlich hatte Friedrich nur gewünscht, dass die Bürger – auch die muslimischen – künftig mehr darauf achten, ob in ihrem Umfeld muslimische Jugendliche von extremistischen Rattenfängern beeinflusst werden, doch offenbar wollte man ihn nicht verstehen. *Bel*

MELDUNGEN

Mehr auffällige Kleinkinder

Bayern – Laut einer Untersuchung des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) und der Betriebskrankenkassen ist in Bayern jedes fünfte Kind im Kindergartenalter auffällig. Die Fachleute stellten eine enorme Zunahme von Entwicklungsstörungen, Konzentrationsschwächen und seelischen Problemen fest. Immer öfter würden Ärzte zu Psychotherapeuten, so der BVKJ-Vorsitzende Martin Lang. Bundesweit wurden bei einer ähnlich angelegten Studie 13,3 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen entsprechend bewertet. Nicht nur Hyperaktivität und emotionale Probleme nehmen zu, viele Kinder haben Schwierigkeiten im Umgang mit Gleichaltrigen. Die Ursachen liegen vermutlich im steigenden Medienkonsum begründet, sondern auch darin, dass oft das familiäre Umfeld instabil ist. *MRK*

ARD und ZDF sollen sparen

Dresden – Die Ministerpräsidenten der Länder wollen die öffentlich-rechtlichen Sender zum Sparen zwingen. Johannes Beermann ist Leiter der von ihnen eingesetzten Arbeitsgruppe „AG Beitragsstabilität“. Der sächsische Politiker meint, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland „ein schleichender Prozess der Selbstkommerzialisierung“ stattfinde, das Programm sich kaum von dem privater Sender unterscheide. Zu viel Quoten-Wettbewerb mit RTL und Co., eine Häufung von Talkshows sowie die „Mobilisierung hoher Beträge für Star-Moderatoren (wie Günther Jauch) und Sportrechte (Fußball und Boxen)“ wirft Beermann den staatlichen Rundfunkanstalten vor. Informationen kämen zu kurz, die Sender hätten ihren eigentlichen Auftrag aus dem Auge verloren. Da die Länder nicht in die Programmautonomie der Sender eingreifen dürfen, sondern nur den grundsätzlichen Umfang begrenzen können, schlägt Beermann ein neues Mediengesetz vor. *MRK*

»Feigenblatt für 40 Jahre Feigheit«

Libyen-Angriff auch Reaktion eines in der Innenpolitik gescheiterten Präsidenten? Jürgen Todenhöfer übt Kritik

Die fürchterlichen Luftschläge der Nato haben vermutlich die Wende im Bürgerkrieg in Libyen gebracht. Die Aufständischen sind auf dem Vormarsch. Noch beherrscht Gaddafi mit seinen Milizen und Söldnern den Westen des Landes und die Hauptstadt Tripolis. Die wichtigsten Ölhäfen an der Küste sind aber unter Kontrolle der Gaddafi-Gegner.

Welche einflussreichen Kräfte die Steuerung der Aufständischen in Libyen betreiben, ist noch nicht offenkundig. Es gibt ernstzunehmende Hinweise, dass die Geheimdienste von mindesten drei Nato-Staaten involviert sind. Mitte Februar brach der Bürgerkrieg im Wüstenstaat aus, infolge der unblutigen Revolutionen in Ägypten und Tunesien. Der Despot Muammar al-Gaddafi machte nach wenigen Tagen hinreichend deutlich, dass er Massendemonstrationen gewaltsam beenden werde. Die demonstrierenden Aufständischen hielten stand und forderten Gaddafis Absetzung. Sie bewaffneten sich, woher die Waffen kamen, ist nicht bekannt. Vereinzelte Einheiten der Staatsmacht wechselten die Seite hin zu den Aufständischen. Große Teile im Osten Libyens wurden nach kurzer Zeit von der Anti-Gaddafi-Bewegung kontrolliert.

Nun setzte Gaddafi seine gesamte militärische Macht einschließlich angeworbener Söldner ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Mit der Luftüberlegenheit der Staatsmacht wäre die Realisierung dieses Zieles – nach welcher Zeit auch immer – eingetreten. Der Westen beschloss Wirtschaftssanktionen. Libyens Auslandskonten wurden gesperrt. Rasch kam von Frankreich, Großbritannien und der Arabischen Liga die Forderung, über Libyen eine Flugverbotszone durchzusetzen. Amerika zögerte, Deutschland riet ab. Die Nato schloss sich mehrheitlich der Forderung an, wenn der Uno-Weltsicherheitsrat ein Mandat dazu erteilen würde. Dieser diskutierte einige Tage und beschloss dann, eine Flugverbotszone über Libyen mit Gewalt einzurichten. Begründung: Man müsse Gaddafi hindern, mit seiner Luftwaffe große Teile seines Volkes bombend zu ermorden.

Die großen Nato-Staaten berieten am 19. März in Paris, wie man mit welchen Mitteln das Flugverbot über dem Lande durch Zerstörung der libyschen Luftwaffe und Luftabwehr durchsetzen könne. Noch vor Beendigung der Beratung preschte Frankreich vor und eröffnete mit modernen Kampfjets die Bombardierung Libyens. Die USA und England zogen wenige Stunden später nach. Innerhalb von zwei Tagen war die Staatsmacht Libyens nicht mehr in der Lage, mit der eigenen Luftwaffe in den Bürgerkrieg einzugreifen. Die Flugplätze waren zerstört, soweit sie nicht im Bereich des Rebellengebiets waren, und/oder die Kampfflugzeuge vernichtet.

Westliches Eingreifen erzeugt erneut Hass in der islamischen Welt

Obwohl durch das Mandat des Weltsicherheitsrates nicht gedeckt, griffen nun die beteiligten Staaten mit ihrer Luftwaffe in die Erdkämpfe zugunsten der Aufständischen ein. Ein Propagandafeldzug gegen den „Schlächter“ Gaddafi ging damit einher. Nach tagelangem Gezänk innerhalb der Nato einigte man sich, dass die weitere Fortführung des Luftkampfes gegen Libyen ab 28. März vom Bündnis organisiert und durchgeführt wird. Ein eindeutiger Missbrauch der Nato. Sie ist ein Verteidigungsbündnis. Libyen hat keinen Nato-Staat angegriffen.

Die angerichteten Schäden sind verheerend, kaum weniger schlimm werden die psychologischen Spätfolgen sein. Das Eingreifen des Westens in den Libyenkonflikt erzeugt Hass in der islamischen Welt. Mit den verlogenen Argumenten „Humanität“ sowie „Freiheit und Demokratie“ wird die Infrastruktur Libyens zerstört. Wo war der Westen beim Bürgerkrieg (Völkermord) in Ruanda und Darfur?

Jürgen Todenhöfer, langjähriges Mitglied des Bundestages für die CDU, schreibt in der „FAZ“ vom 23. März: „Die Eskalation des Konflikts durch den Vormarsch der Truppen Gaddafis und die militärische Intervention der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs ist eine tragische Niederlage der westlichen Politik. Keiner der vielen europäischen Politiker, die jahrelang engen Kontakt zu Gaddafi pflegten, hat ernsthaft versucht, eine politische Lösung ähnlich wie in Ägypten zu finden. Die Bombenangriffe unterstreichen dieses Versagen der Politik. Sie sind ein Feigenblatt, um 40 Jahre Feigheit vor einem psychopathischen Tyrannen zu verbergen. Das die Luftangriffe ausgerechnet von jenen Staaten durchgeführt werden, die als Kolonial- und Postkolonialmächte mehr als 100 Jahre die Freiheit der arabischen Völker unterdrückt haben, macht den politischen Bankrott noch tragischer.“

Die besondere Rolle Frankreichs bei dem Konflikt muss hervorgehoben werden. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy steht innenpolitisch unter Druck. Seine Abwahl im nächsten Jahr gilt als wahrscheinlich. Es ist eine gesicherte Tatsache, dass in der Innenpolitik gescheiterte Politiker Erfolge in der Außenpolitik suchen. Sarkozy hat durch bemerkenswerte Aktivität das Eingreifen des Westens in Libyen initiiert. Er beanspruchte beim Feldzug die Rolle des Führers und wehrte sich bis zum 28. März, die Führung der Nato zu übertragen. Es ist erst drei Jahre her, dass Sarkozy Gaddafi mit allen Ehren in Paris empfing und Frankreich mit Libyen milliardenschwere Verträge vereinbarte, einschließlich der Lieferung moderner Militärtechnik. Libyen wollte mit Öl und Gas bezahlen. (Siehe auch Kommentar Seite 8.)

Wilhelm v. Gottberg



Luftangriffe überziehen Libyen: Erst bombte Gaddafi aus der Luft, jetzt die Alliierten. Bild: action press

Die Schulden-Uhr: Brüssel siegt!

Vor dem EU-Gipfel hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) Bundeskanzlerin Angela Merkel vergeblich aufgefordert, die Interessen der deutschen Steuerzahler statt die Interessen überschuldeter EU-Staaten und ihrer Gläubiger zu vertreten. Wie vom BdSt befürchtet, verkaufte die Kanzlerin eine Streckung der deutschen Ratenzahlungen an den geplanten „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) gar als substanzielle Nachbesserung. Nun bleibt nur, dass die vom deutschen Steuerzahler gewählten Volksvertreter bei der Abstimmung im Bundestag über Merkels Zusagen sich daran erinnern, wem sie mehr verpflichtet sind: Europa oder ihren deutschen Wählern. Wobei schon die direkten Kosten des ESM in Höhe von 22 Milliarden Euro die Abgeordneten zu einem Veto bewegen müssten. *Bel*

1.943.220.691.804 €

Vorwoche: 1.941.852.147.727 €
Verschuldung pro Kopf: 23 785 €
Vorwoche: 23 768 €

(Dienstag, 29. März 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Erdogans Gratwanderung

Libyen: Türkische Regierung wagt doppeltes Spiel

Jahrzehntelang war die türkische Außenpolitik im Wesentlichen geprägt von der Nato-Mitgliedschaft, einer von Kemalisten und Militärs getragenen engen Beziehung zu Israel und kleineren Nachbarschaftskonflikten. Erst Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat erkannt, wie sehr man durch eine dynamische Außenpolitik auch die Macht daheim festigen kann.

So brachte sein „gemäßigt islamisches“ Auftreten 2005 den damals von den meisten Türken ersehnten Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen. Engere Beziehungen mit den islamischen Ländern befriedigen die Islamisten. Die Öffnung zu den Arabern, eine aktive Balkan-Politik sowie ein entspannteres Verhältnis zu Griechenland und Armenien gefallen wegen ihres „neo-osmanischen“ Anstrichs den Nationalisten. Der einstige Nato-Gegner Russland ist heute wichtigster Wirtschaftspartner. Und im Klub der G20 sitzt man auch. Kurzum: Man kann sich wieder ein wenig als Großmacht fühlen.

Allerdings wird man auch vermehrt in Konflikte hineingezogen, wie nun in arabischen Ländern. Während Erdogan Ägyptens Machthaber Mubarak noch zum Rücktritt raten konnte, der dann – aus anderen Gründen – tatsächlich erfolgte, tat er sich mit Libyen, wo es um Milliardenprojekte geht, schwerer. Entsprechend der Stimmung daheim – im Juni sind Parlamentswahlen – erklärte er, die Türkei werde niemals Waffen „gegen das libysche Volk richten“, und versuchte auch hier, Gaddafi einen ehrenhaften Abgang zu vermitteln, den dieser, der ihm voriges Jahr den „Muammar-al-Gaddafi-Preis für Menschenrechte“ verliehen hatte, wohl abgelehnt hätte.

Ankara laviert zwischen Volk, Nahost und dem Westen

Doch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, bekennender Gegner des türkischen EU-Beitritts, sprang „rettend“ ein und begann mit den Luftangriffen ohne Einverständnis der Türkei. Und anders als Angela Merkel konnte Erdogan mit der zögerlichen Haltung genauso punkten wie mit der prompten Evakuierung der 25 000 Türken aus Libyen. Dass die Türkei an der Nato-Aktion letztlich doch teilnimmt, wenn auch nur logistisch und bei Kontrolle des Embargos, geht unter.

Ein wesentlich größeres Problem ist, dass nun auch im benachbarten Syrien das Regime ins Wanken gerät. Denn erst vor kurzem wurde die Visumpflicht zwischen beiden Ländern aufgehoben, türkische Firmen bangen um Geschäfte und Investitionen und auch in Syrien gibt es eine kurdische Minderheit, die mehr Rechte fordert – und sie vielleicht bekommt.

Bei Vermittlungsbemühungen im Nahost-Konflikt, speziell im Verhältnis Israel–Syrien, ist Erdogan zwar gescheitert, doch das hat ihm sogar genützt: Denn dass der über die Türkei geflogene israelische Angriff auf eine vermutete syrische Atomanlage 2007 und der Großangriff auf Gaza 2009 hinter seinem Rücken erfolgten, wurde von allen Türken als Beleidigung empfunden. Und die antiisraelische Massenstimmung, die dann 2010 durch Aufbringung einer Gaza-Hilfsflotte noch weiter angeheizt wurde, ist idealer Hintergrund für den eben begonnenen Prozess gegen knapp 200 Militärs wegen Verschwörung. So könnte es Erdogan nun gelingen, die Generäle endgültig zu entmachten. *R. G. Kerschhofer*

Reine Symbolpolitik

Quecksilberverbot contra Energiesparlampe

Auf Beschluss der EU-Kommission verschwinden seit 2009 schrittweise herkömmliche Glühlampen vom europäischen Markt. Begründet wird dies mit der geringen Energieeffizienz dieser Lampen. Der Nutzen des Verbots für den Umweltschutz ist allerdings umstritten. In Privathaushalten entfällt nur ein geringer Teil der Energiekosten auf die Beleuchtung. Dagegen stellen die als Alternative dienenden Energiesparlampen ein Risiko für Mensch und Umwelt dar: Nachdem das Verbot von Glühlampen vor drei Jahren auf den Weg gebracht war, feierte die EU-Kommission dies als „deutlichen Beleg für die Entschlossenheit der EU, ihre Energieeffizienz- und Klimaschutzziele zu erreichen“.

Fast zeitgleich haben damals mehr als 100 Umweltminister der Uno-Staaten beschlossen, dass eine Konvention über das weltweite Quecksilberverbot geschaffen werden soll. Betroffen wären davon die Energiesparlampen, zu denen ein Großteil der Verbraucher nach dem Verbot der konventionellen Glühbirnen greift. Energiesparlampen enthalten im Durchschnitt sieben Milligramm des hochgiftigen Schwermetalls Quecksilber. Bereits 2010 warnte das Umweltbundesamt vor Gesundheitsgefahren beim Zerbrechen von Energiesparlampen. Nach dem Bruch einer solchen Lampe kann die Quecksilber-Belastung um das 20-fache über dem Richtwert für Innenräume steigen.

»Klima« wichtiger als Gesundheit?

Auch die Entsorgung der Energiesparlampen hat sich als Problem herausgestellt. Von den rund 150 Millionen Energiesparlampen und Leuchtstoffröhren, die pro Jahr in Deutschland verkauft werden, entsorgen nur Großverbraucher die Lampen zumeist als Sondermüll. Die quecksilberhaltigen Lampen aus privatem Gebrauch landen im Hausmüll. Inzwischen wächst auch im EU-Parlament die Zahl derer, die das Glühlampenverbot für eine Fehlentscheidung halten. Zu den Kritikern zählt der Vorsitzende des Industrieausschusses Herbert Reul. Für ihn ist das Glühlampenverbot Symbolpolitik, die weder dem Klimaschutz noch der Gesundheit der Menschen dient. *Norman Hanert*

Berlin feiert Ulrich Schacht

Von Vera Lengsfeld

Nein, nicht ganz Berlin. Der 60. Geburtstag des Dichters, von dem die schönsten Wintergedichte stammen, die unsere Sprache zu bieten hat, und des Autors, der mit den „Hohenecker Protokollen“ ein Standardwerk zur Aufarbeitung der DDR-Unrechtsjustiz vorgelegt hat, ist dem offiziellen Berliner Kulturbetrieb keine Ehrung wert. Umso erfreulicher, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung Ulrich Schacht am Vorabend seines Jubiläums für die Vorstellung seines neuesten Buches „Vereister Sommer“ ein Podium geboten hat. Es ist die Geschichte seiner Eltern: eines sowjetischen Besatzungsoffiziers und seiner deutschen Freundin, die in der DDR der 50er Jahre nur tragisch enden konnte. Schacht kam als Frucht dieser verbotenen Liebe im Frauengefängnis Hoheneck zur Welt. Erst 1999 sah er seinen Vater in Moskau zum ersten Mal. Was Schacht vor vollem Haus zu Gehör bringt, ist ein Meisterwerk. Das bescheinigen selbst Leute, die politisch-korrekte Schwierigkeiten mit dem Autor haben, der als „rechts“ gilt.

Gefeiert wird ein paar Tage später wirklich, im Weddinger Atelier des Malers Makarov. Die sich hier zu Ehren von Ulrich Schacht versammeln, sind vielleicht die letzten unabhängigen Geister, die es im politisch-kulturell fast gleichgemachten Deutschland noch gibt. Journalisten, die für renommierte Blätter schrieben oder kleine Qualitätszeitungen machen, die nicht zum Mainstream gehören. Schriftsteller, die noch ordentliche Romane schreiben können, Lyriker, die diesen Namen wirklich verdienen, Maler, die auch ohne staatliche Aufträge erfolgreich sind, Wissenschaftler, die sich nicht den Schneid abkaufen ließen. Liedermacher, die zwar weniger bekannt, aber besser als Biermann sind, und Pfarrer, die sich am Glauben statt am Zeitgeist orientieren.

Makarov, ein energischer Streiter für unsere Muttersprache, sorgt dafür, dass das Geburtstagsständchen in Deutsch dargebracht werden muss. Das klappt erst beim zweiten Anlauf, weil „Happy Birthday“ schon fast alle Erinnerungen an die einheimischen Texte getilgt hat.

Es gibt keine Ansprachen, dafür jede Menge Gespräche über Literatur, Malerei, Philosophie und leider auch Politik, weil das heutzutage unvermeidlich ist.

Einig waren sich alle Gäste, dass sich Schacht mit seinem neuesten Buch „Vereister Sommer“ selbst das schönste Geschenk gemacht hat. In Berlin darf man daran erinnern, dass Theodor Fontanes literarischer Ruhm erst mit 60 Jahren begann. Also dann, Ulrich: Viel Glück und viel Segen auf all Deinen Wegen ...

»Berliner Mischung« vor dem Aus

Die Preußen achteten auf soziale Durchmischung der Stadt – Wowereit schafft deutsche Banlieues



Blick über das Hochhaushäusermeer des Märkischen Viertels in Berlin-Reinickendorf: Selbst in den sanierten, aber immer noch relativ günstigen Wohnungen wohnen überwiegend sozialschwache Familien.

Bild: pa

Explodierende Mieten und die Verdrängung von Mietern aus der Innenstadt sind zu Themen des Berliner Wahlkampfs geworden. Selbst Normalverdiener bekommen zunehmend Probleme, sich die Mieten in den Innenstadtvierteln zu leisten. Es findet eine Verdrängung in die Außenbezirke statt. Einige Randlagen könnten sich wegen einer hohen Problemdichte sogar zu den „Slums des 21. Jahrhunderts“ entwickeln – dem rot-roten Berliner Senat fehlen bisher überzeugende Konzepte, um der Entwicklung entgegen zu steuern.

20 Jahre nach dem Fall der Mauer droht Berlin eine erneute Spaltung: in Innenstadtbezirke für gut Betuchte und in Außenbezirke für Normalverdiener und Einkommensschwache. Der Verband der Berlin-Brandenburgische Wohnungsunternehmen rechnet bis zum Jahr 2020 mit einem Bedarf von 60000 Wohnungen. Gebaut werden pro Jahr allerdings nur zwischen 3000 und 4000 Wohnungen. Die Mittel, um Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen, hat der Berliner Senat in den letzten Jahren weitgehend aus der Hand gegeben. Die Berliner SPD hat in den letzten Jahren ihr Heil vorwiegend in Privatisierung und dem Wirken der Marktkräfte gesehen. Zur Haushaltssanierung hat sich der Senat aus dem sozialen Wohnungsbau weitgehend zurückgezogen – 110000 Wohnungen aus dem landeseigenen Bestand wurden an Investoren verkauft, die Anschlussförderung für geförderte Sozialwohnungen wurde zusammengestrichen. Nach dem Auslaufen der Förderung können die Eigentümer die Mieten verlangen, die der Markt hergibt.

Der Berliner Mieterverein ist vor kurzem mit Beispielen für solche Nettokaltmieterhöhungen an die Öffentlichkeit gegangen: in einem Fall betrug die Erhöhung 42 Prozent, in einem anderen sogar 125 Prozent. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) rechnet mit einem weiteren Anstieg der Mietpreise. Er sieht darin nur eine Anpassung an das höhere Niveau in anderen deutschen Städten: „Das ist zu verkraften, wenn gleichzeitig die Einkommen steigen“, meint Wowereit. Im Gegensatz zu Teilen seiner Partei scheint er die Brisanz der Entwicklung noch nicht begriffen zu haben. Die Einkommen vieler Berliner sind nicht im Steigen begriffen – der Niedriglohnsektor in Berlin beginnt sich sogar stark auszuweiten. Nach einer aktuellen Studie des DGB müssen in Berlin und Brandenburg mehr als eine Million Menschen mit weniger als 1100 Euro monatlich auskommen, 750000 Menschen sind in Teilzeitarbeit oder haben sogenannte Minijobs.

Mieter, die bei den steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr mithalten können, weichen zunehmend in preisgünstigere Quartiere in den Außenbezirken aus. In Vierteln wie dem Spandauer „Falkenhagener Feld“ oder Teilen von Marzahn-Hellersdorf sind die Mieten sogar rückläufig. Dort zieht es ebenfalls Hartz-IV-Empfänger hin, die vom Jobcenter die Aufforderung erhalten, sich um preiswerten Wohnraum zu kümmern. Langfristig entwickeln sich durch die soziale Entmischung und die Konzentration einkommensschwacher Schichten einige Gebiete zu sozialen Brennpunkten.

Preußische Stadtplaner sahen englische Elendsquartiere als Warnung und reagierten

Das Bild, das die Studie „Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2010“ der Berliner Humboldt Universität für die zukünftige Entwicklung gezeichnet hat, ist pessimistisch. In den Vorstädten droht die Entwicklung von Gebieten mit einer hohen sozialen Problemdichte. Entsprechende Begleiterscheinungen wie Verwahrlosung und Kriminalität im Stil der französischen Banlieus inbegriffen. Wie der rot-rote Senat gegensteuern will, ist nicht erkennbar. Die SPD setzt zunächst einmal auf einen „Wettbewerb um die besten Ideen für eine gute soziale Mischung und bezahlbare Mieten“. Die Berliner CDU bevorzugt das „Münchner Modell“, bei dem Investoren beim Bau von Bürohäusern auch Sozialwohnungen bereitstellen müssen. Angesichts des Bedarfs an bezahlbaren Wohnungen wahrscheinlich ein Tropfen auf den heißen Stein, aber im Vergleich zu Wowereits abgehobener Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung und auf breiter Front steigende Löhne immerhin ein Beitrag zur Lösung des Problems.

Auch im Ausland hat man die Brisanz einer sozialen Entmischung von Stadtgebieten längst begriffen: In Dänemark hat die Regierung eine sogenannte „Ghetto“-Strategie beschlossen. Erwerbstätige werden verstärkt in Problemgebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und Kriminalität angesiedelt. Bestimmte Bevölkerungsgruppen werden aus diesen Vierteln herausgehalten – Dänemark hat diese Steuerungsmöglichkeit, da hier häufig auch Normalverdienern sozial geförderter Wohnraum zugewiesen wird. Beschlossen wurde das Konzept von einer Mitte-Rechts-Regierung.

Auch im Berlin der Vergangenheit war man sich der Gefahren durch eine soziale Entmischung bereits bewusst. Die Bemühungen der preußischen Stadtplaner im 19. Jahrhundert hatten, mit Blick auf die Elendsquartiere im frühindustriellen England, eine Mischung der sozialen Schichten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts zum Ziel. Innerhalb der Wohnquartiere hatten die Wohnungen in Vorderhäusern, Querflügeln und Hinterhäusern häufig verschiedene Standards und damit verschiedene Mietniveaus. Erreicht wurde damit die Mischung von wohlhabenden und ärmeren Schichten, die Berliner Mischung. *Norman Hanert*

Beschränkte Gegner

Wiederaufbauvorbereitungen für Garnisonkirche kommen voran

Der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche ist ein Stück näher gerückt. Am zukünftigen Bauplatz wurde in der letzten Woche der Grundstein für einen provisorischen Andachts- und Ausstellungsraum gelegt. Gegen den absehbaren Erfolg des Vorhabens zum Wiederaufbau der traditionsreichen Kirche versuchen Gegner nun aber erneut mobilzumachen. Mit der Gründung einer Initiative „Potsdam ohne Garnisonkirche“ wollen sie den angelaufenen Wiederaufbau noch verhindern, indem sie einen „städtebaulichen Revanchismus“ sehen. Doch am 25. März fand nun bereits der symbolische Spatenstich zur Grundsteinlegung für die „Versöhnungskapelle“ statt. Bereits am 23. Juni – an diesem Tag begannen im Jahr 1968 die von Walter Ulbricht veranlassten Abrissarbeiten – soll der provisorische Ausstellungsraum fertiggestellt sein. Das Tempo bei dem Vorhaben wird durch eine Holzbauweise ermöglicht.

Allerdings ist auch die Planung für den Wiederaufbau ehrgeizig. Die „Stiftung Garnisonkirche“ hat an Stiftungskapital drei Millionen Euro zusammenbegekommen. Die „Stiftung Preußisches Kulturerbe“ (SPK) sammelte bereits sieben Millionen Euro für den Wiederaufbau, sie wurde aber ausgegrenzt, weil sie unabdingbar an der Original-Wiedererrichtung festhielt und jede Zweckentfremdung des Gotteshauses ablehnte.

Geschichte wird auf den »Tag von Potsdam« reduziert

Peter Leinemann, Verwaltungsvorstand der Garnisonkirchen-Stiftung, ist trotzdem zuversichtlich, dass bis zum 31. Oktober 2017 das Turmgebäude der Kirche fertiggestellt sein wird. Die Einweihung des Turms soll zum 500. Jahrestag des Thesenanschlags von Martin Luther an der Wittenberger Schlosskirche stattfinden.

Der geschichtliche Horizont der Wiederaufbaugegner, die sich wieder zu Wort melden, ist dagegen begrenzter: In ihrer Argumentation wird die Geschichte der 1735 fertiggestellten Potsdamer Garnisonkirche fast ausschließlich auf den 21. März 1933 beschränkt, als die Kirche für den sogenannten „Tag von Potsdam“ von Hitler als Kulisse missbraucht wurde. Einige Vertreter der Wählerinitiative „Die Andere“ nutzten den Jahrestag des „Tages von Potsdam“ am 21. März, um die Gründung einer Bürgerinitiative „Potsdam ohne Garnisonkirche“ anzukündigen. Als ein mögliches Ziel der Initiative wurde die Abhaltung einer Bürgerbefragung in Potsdam genannt. Eine solche Befragung hatten die Potsdamer Stadtverordneten allerdings bereits 2008 abgelehnt. *Norman Hanert*

Jetzt auch türkisch

Komische Oper will Immigranten locken

Die „Komische Oper Berlin“ plant, ab der kommenden Spielzeit „Berliner mit türkischem Migrationshintergrund“ für Aufführungen des Hauses zu gewinnen. „Türkisch – Oper kann das!“ heißt das Projekt. Es wird mit öffentlichen Mitteln aus dem Hauptstadtkulturfonds bezahlt. Die Komische Oper erhält unabhängig davon für den normalen laufenden Betrieb Subventionen.

Texte werden synchron übersetzt

Künftig sollen türkische Übersetzungen der Texte über eine kleine Bildschirmanzeige in den Stuhllehnen angezeigt werden. Man wolle einen Beitrag zur Integrationsdebatte leisten, heißt es aus der Intendanz. Man glaubt dort, die mehr als 300000 Deutsch-Türken in Berlin als künftige Kunden gewinnen zu können. Der scheidende Intendant, Andreas Homoki, sprach darüber hinaus von einem „Signal in die Stadt hinein“.

Barry Kosky, aus Australien stammender künftiger Intendant, unterstützt das Vorhaben: „Als ein in Australien geborener Jude mit Großeltern aus Weißrussland, Ungarn und Polen fühle ich mich vollkommen zuhause hier in Berlin. Berlin war immer und ist eine Stadt für Zigeuner und Wanderer.“

Ob das Türkisch-Angebot ankommt, weiß Kosky nicht. Wie bei den Deutschen dürften die türkischen Opernfreunde vor allem unter Höhergebildeten zu finden sein, die ohnehin perfekt Deutsch sprechen. Kosky sieht das anders, will nun auch die anderen gewinnen: „Workshops“, Veranstaltungen und ein „zielgruppenorientiertes Marketing“ soll den Zuspruch der neuen Zielgruppe wecken. *Hans Lody*

Gefragtes »weißes Gold«

Ein drastischer Preisunterschied für Zucker führt seit einigen Wochen zu einem Ansturm polnischer Kunden auf deutsche Lebensmittelmärkte. Hamsterkäufe mit leergekauften Regalen haben einige Händler inzwischen dazu bewegt, Zucker nur noch in rationierten Mengen an ihre Kunden abzugeben. Momentan verlangen polnische Einzelhändler im Vergleich zur deutschen Konkurrenz westlich von Oder und Neiße den doppelten Preis. Über die Ursachen der Preisentwicklung auf dem durch die EU stark reglementierten Markt herrscht noch Unklarheit. Von offiziellen polnischen Stellen wird die EU-Zuckermarktreform aus dem Jahr 2006 verantwortlich gemacht. Die damals für den polnischen Markt festgesetzte Produktionsmenge würde die inzwischen gewachsene Nachfrage nicht mehr abdecken. Hartnäckig halten sich aber auch Gerüchte, dass größere Mengen von Zucker exportiert worden seien, ohne dass dies in den amtlichen Statistiken ausgewiesen worden sei. *N. H.*

Zeitzeugen



Napoleon I. – Für ihn waren „vier feindselige Zeitungen mehr zu fürchten als tausend Bajonette". Folglich „erfand" er die Krisenkommunikation. Gerade wenn einer seiner Feldzüge einmal nicht so gut lief, nahm er die Journalisten mit auf das Schlachtfeld. Sie dankten es ihm mit einer wohlwollenden Berichterstattung.

Peter Höbel – Krisen sind sein Geschäft. Seit 30 Jahren beschäftigt sich der ehemalige „Stern"-Redakteur, Ministersprecher und Pressechef der Lufthansa mit Krisenkommunikation. Er berät Behörden, Ministerien, Unternehmen und Verbände, wie man sich auf eine Krise vorbereitet und nach einem Großschadensereignis in der Öffentlichkeit auftritt. Dazu hat er Kommunikationsmodelle erstellt und zudem mehrere Standardwerke geschrieben.



Yukio Edano – Der japanische Regierungssprecher ist zur Stimme der Katastrophe geworden. Nun machen sich die Japaner Sorgen, dass sie verstummen könnte. Seit Wochen tritt er zu jeder Tages- und Nachtzeit vor die Kameras. Dieser Einsatz hat ihn zum beliebtesten Politiker des Landes gemacht, aber die Dauerbelastung hinterlässt Spuren. Seine Landsleute wünschen ihm nun eine Pause. „Edano, schlafe" ist zu einem geflügelten Aufruf im Internet und im sozialen Netzwerk Twitter geworden.

José Maria Aznar – Eigentlich war er ein erfolgreicher Politiker. Als Ministerpräsident reduzierte Aznar die Arbeitslosigkeit und senkte die Staatsverschuldung. Dafür sahen ihm die Spanier manches nach. Wegen seiner Lügen nach den Terroranschlägen vom März 2004 wurde er vom Volk aus dem Amt gejagt, ist er ein Musterbeispiel für die gravierenden Folgen einer verfehlten Krisenkommunikation.



Gerd Schmückle – Für seine Kameraden war er der „Journalist in Uniform". Als im Juni 1957 bei einer Übung 15 Rekruten ertranken, drohte der jungen Bundeswehr ein mediales Desaster. Der unkonventionelle Major Schmückle eilte zur Unfallstelle und übernahm die Pressearbeit. Dank seiner offenen Informationspolitik schwenkten die Medien von fundamentaler Kritik zu Sachlichkeit und Verständnis um. Seine Laufbahn beendete er als Viersternegeneral.

Schweigen ist die Todsünde

Aktive Kommunikation ist für die Krisenbewältigung unverzichtbar

Über einer Chemiefabrik steht eine gelbe Wolke, aus einem verunglückten Güterzug entweicht eine giftige Flüssigkeit, nach starken Schneefällen bricht die Stromversorgung zusammen. So unterschiedlich diese Situationen erscheinen, haben sie doch eines gemeinsam: Die Menschen sind verunsichert und erwarten von den Verantwortlichen Information und Orientierung. Lassen die sie jetzt allein, droht ein kommunikatives Desaster, das schnell zur Eskalation der Krise führen kann.

Katastrophen und Konflikte kündigen sich selten an. Für die Verantwortlichen und die handelnden Akteure bedeuten sie meist eine Krise. Die Medien und die Öffentlichkeit haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf deren Entstehung, Verlauf, Auswirkungen und Folgen. In der modernen Mediengesellschaft ist daher eine professionelle Kommunikation mit der Öffentlichkeit unverzichtbarer Bestandteil des Krisenmanagements.

Der Mensch reagiert auf eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung hoch empfindlich und nicht immer rational. Die Reaktionsgrundmuster sind Panik, Flucht, Verharrung und Kampf dem (vermeintlichen) Verursacher. Um eine Eskalation der Krise zu verhindern, sind jedoch Ruhe und Besonnenheit sowie Verlass auf die Verantwortlichen nötig.

Offenheit und Wahrheit sind der Schlüssel zum Erfolg

Hier kommt die Krisenkommunikation ins Spiel. Sie umfasst alle kommunikativen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit einer Krisensituation ergriffen werden. Ihr Ziel ist – neben der reinen Informationsvermittlung – die Bewältigung der Ängste der Menschen und die Verhinderung oder Begrenzung von Vertrauensverlust. Sie erfordert die frühzeitige Erarbeitung von kommunikativen Strategien zur Vorbereitung auf Krisensituationen und zum kommunikativen Krisenmanagement, also zum öffentlichen Auftreten während einer Krise. Je intensiver das Ereignis die Menschen betrifft, desto stärker ist das öffentliche Interesse und umso brisanter die Berichterstattung. Diese lässt sich weder verhindern noch lenken oder gar zensieren. Nicht derjenige, der Gegenstand des Medieninteresses ist, bestimmt Themen und Tendenz, sondern die Medien selbst. Wer sich ihnen verschließt, fördert Angst, Miss-trauen, Spekulationen, Verdächtigungen und Wut. Folge: Die Öffentlichkeit „entgleitet" den Akteuren.

Diese Herausforderung kann nur bewältigt werden, wenn es gelingt, durch verzugslose und stets wahrheitsgemäße Information, Offenheit und Verständnis für die Besorgnis der Menschen deren Emotionen zu steuern und Vertrauen und Glaubwürdigkeit aufzubauen. Dazu müssen die Akteure eine klare Zuordnung von Zuständigkeiten treffen. Andererseits müssen sie sich abstimmen, um inhaltlich und argumentativ einheitlich und widerspruchslos aufzutreten.

Ministerien, Behörden und Unternehmensleitungen haben die Bedeutung einer professionellen Krisenkommunikation lange ignoriert. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Krise erfolgte unkoordiniert und wurde erst dann, wenn es eigentlich schon zu spät war, „aus der Tasche gefahren". Mittlerweile jedoch hat ein Umdenken eingesetzt. Das Bundesinnenministerium hat 2008 einen Leitfaden „Krisenkommunikation" für Behörden und Unternehmen erarbeitet. In der Katastrophenschutzausbildung steht Medientraining auf dem Stundenplan. Auch bei Übungen werden die Handelnden mit der Presse konfrontiert. Kommunikations- und Medientrainer, die Führungskräfte von Behörden und Unternehmen auf den Medienauftritt vorbereiten, haben Hochkonjunktur. Denn: Wer hier spart, zahlt die Zeche in der Krise. *Jan Heitmann*



Aus westlicher Sicht lässt nicht nur die japanische Krisenbewältigung, sondern auch die Krisenkommunikation zu wünschen übrig: Mit einem Wasserwerfer spritzen Hilfskräfte Wasser in einen Reaktorraum des Atomkraftwerkes von Fukushima Bild: pa

Große Taten statt vieler Worte

Ich bitte, nur intelligente Fragen zu stellen." Wer so in einer Katastrophenlage mit Journalisten umspringt, muss entweder ein starkes Selbstbewusstsein oder besondere Leistungen bei der Bewältigung der Krise vorzuweisen haben. Für Helmut Schmidt galt beides. Als in der Nacht zum 17. Februar 1962 in Hamburg die Deiche brachen, war er der Mann der Stunde. Ohne zu zögern, zog er als Polizeisenator die Koordinierung aller Rettungs- und Hilfsmaßnahmen an sich. Wenn er es für erforderlich hielt, überschritt er auch großzügig seine Kompetenzen.

So unkonventionell wie sein Krisenmanagement war auch seine Krisenkommunikation. Mit Pressekonferenzen oder öffentlichen Erklärungen hielt er sich

Wirkung ersetzte die Kommunikation

nicht lange auf. Vor die Medien trat er gewissermaßen zwischendurch. Er hatte es auch gar nicht nötig, seine Maßnahmen groß zu erläutern. Was sie bewirkten, konnten die Hamburger sehen. Nur das zählte für sie. Unermüdlich jagte er von Besprechung zu Besprechung und machte sich immer wieder selbst ein Bild von der Lage vor Ort. Den Journalisten war es kaum möglich, mit ihm Schritt zu halten. Wenn der Polizeihubschrauber über den Überschwemmungsgebieten kreiste, wussten die Menschen: „Da fliegt Schmidt." Das war wichtiger als lange Stellungnahmen vor den Kameras. Seine Kommunikationsinstrumente waren persönliche Präsenz, Entschluss- und Tatkraft. Dadurch nahm er den Menschen die Angst und erlangte ihr Vertrauen. Auf die Frage eines Journalisten nach der Verfassungsmäßigkeit des von ihm eingeleiteten Einsatzes der Bundeswehr gab er die ebenso saloppe wie entwaffnende Antwort, das solle man doch diejenigen fragen, die ohne die Hubschrauber längst tot wären. *J. H.*

Wahrheit contra Kalkül

In Japan folgt die Krisenkommunikation eigenen Gesetzen

Acht erfolgreiche Jahre in drei Tagen verspielt." So einfach lautete das Fazit für den spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar, nachdem er am 14. März 2004 abgewählt worden war. Nur 72 Stunden zuvor galt sein Sieg bei den Parlamentswahlen noch als sicher. Doch dann starben am 11. März bei einem Terroranschlag auf Pendlerzüge in Madrid fast 200 Menschen. Der Ministerpräsident aber schwieg zunächst, dann hielt er Informationen zurück und schließlich beschuldigte er die baskische Untergrundorganisation ETA, die Anschläge begangen zu haben, obwohl er genau wusste, dass sie einen islamistischen Hintergrund hatten. Als herauskam, dass er die Krisenkommunikation wahltaktischem Kalkül unterworfen hatte, war Aznars politisches Schicksal besiegelt. In Japan dagegen wäre er trotz dieser manipulativen Informationspolitik wohl im Amt geblieben.

Seit drei Wochen tritt Yukio Edano fast rund um die Uhr vor die Weltpresse. Mit gesenktem Blick bekundet der Chefkabinettsekretär und Regierungssprecher Demut und Schicksalsergebenheit. Seine blaue Arbeitskleidung soll Tatkraft und Entscheidungskompetenz suggerieren. Doch auf verlässliche Informationen und Verhaltensanweisungen warten die Japaner vergeblich. Statt dessen gibt die Regierung nur spärlich Erkenntnisse preis und übt sich in Beschwichtigungen, Verharmlosungen sowie dem Wiederholen von Floskeln und

Selektive Information statt Offenheit

Binsenweisheiten. Doch allein durch ihre Medienpräsenz ist es Premierminister Naoto Kan und Edano gelungen, zu ihrem Volk eine emotionale Bindung aufzubauen und von ihm als Bezugspersonen und entschlossene Krisenmanager angesehen zu werden – obwohl sie weder fachliche Lösungen noch Informationen oder Orientierung bieten.

Dass diese eigenwillige Form der Krisenkommunuikation Erfolg hat, liegt nicht allein an der Disziplin der Japaner, sondern vor allem an den Besonderheiten des japanischen Mediensystems. Alle großen Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Fernsehsender sind Mitglieder in einem Netz von rund 800 sogenannten Presseclubs, die bei den öffentlichen Institutionen angesiedelt sind. Diese Medien haben quasi ein Monopol auf den ersten und besten Zugang zu Informationen. Ihre Berichterstattung ist faktenund detailorientiert, aber einheitlich. Und sie sind mehr oder minder ein williges Sprachrohr der Regierung, genießen aber trotzdem das Vertrauen der Bevölkerung. So ist es der Regierung mit ihrer Hilfe möglich, nur selektiv zu informieren. Dadurch soll eine Massenpanik verhindert werden. Die Medien und ihre Konsumenten akzeptieren, dass die Wahrheitspflicht in der Krise hinter Erwägungen des staatlichen Krisenmanagements zurücktritt.

In den meisten Staaten hätte eine derart zurückhaltende Krisenkommunikation desaströse Folgen. Deshalb wird sie im Ausland auch scharf kritisiert. Mittlerweile sind allerdings auch die Japaner durch immer neue Ereignisse so stark verunsichert, dass die Regierung einen Vertrauensverlust fürchtet. Sogar sie setzt jetzt auf eine offenere Informationspolitik. *J. H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur: **Wilhelm v. Gottberg** (kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8562**

»Gefühlte Sicherheit« wichtiger als Fakten

Etikkommission soll über Zukunft der Kernkraft mitentscheiden – Atomgegner unter sich

Der kürzlich aus der Taufe gehobene „Rat der Weisen“ zur Energiepolitik soll die Kehrtwende der Bundesregierung in der Atompolitik vermitteln. Doch nach den für Schwarz-Gelb verlorenen Landtagswahlen ist guter Rat teuer. Immer mehr Experten zweifeln am Sinn und der Zusammensetzung des Ethikrates zur Atompolitik.

Zufriedene Gesichter setzten Angela Merkel und ihre Minister Rainer Brüderle und Norbert Röttgen auf, als sie vor zwei Wochen die Gründung der „Ethikkommission für sichere Energieversorgung“ bekannt gaben. Ein Tandem aus dem ehemaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) und dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Matthias Kleiner, soll die Arbeitsgruppe von insgesamt 14 Personen leiten, unter ihnen Vertreter der Industrie, der Gesellschaftswissenschaften und der großen Kirchen. Aktive Politiker gehören dem Gremium nicht an, das erörtern soll, wie ein Energiewandel mit Augenmaß vollzogen werden kann.

Die Reaktorsicherheitskommission beim Umweltministerium wird weiterhin die technische Seite der Atomkraft bewerten, während die Ethikkommission die gesellschaftlichen und wahltaktischen Risiken einschätzen soll. Die neue „gefühlte Sicherheitslage“ der Bevölkerung rund um die Atomtechnologie gilt als Gründungsimpuls des Gremiums. Daher sind fast ausschließlich Vertreter versammelt, die einen schnelleren Atomausstieg schon im Vorfeld gefordert haben. Aus diesem Grund sind beispielsweise die drei kirchlichen Vertreter, der evangelische Landesbischof Ulrich Fischer, der Präsident des katholischen Zentralkomitees (ZDK) Alois Glück (CSU) und Kardinal Reinhard Marx (München) in diese Kommission berufen worden.

Auch unter Ethikexperten bei den Theologen ist man über die Frage des Atomausstiegs uneins. Die Position des katholischen Dogmatikprofessors Peter Schallenberg (Paderborn), dass die „Atomtechnologie den Menschen abschaffe“, wird nur von wenigen geteilt. Schallenberg scheute in seinem Beitrag für die „Tagespost“ auch nicht vor einer Parallele zur Menschenvernichtung unter den Nationalsozialisten zurück. Dies lehnen andere Theologen mit dem Hinweis darauf ab, dass die „schöpfungstheologische“ Basis für solche Aussagen nur sehr dünn sei. Im Buch Genesis heiße es lediglich, der Mensch solle die Erde „bebauen und bewahren“.

Bereits jetzt gibt es warnende Stimmen, die die einseitige Auswahl der Mitglieder dieses Gremiums als Geburtsfehler sehen. Dabei wären gerade Ausgewogenheit und gutes Argumentieren gefragt, wenn der verprellten Wählerschaft der schwarz-gelben Koalition der plötzliche Schwenk zu verkürzten Laufzeiten tatsächlich vermittelt werden sollte. Viele Wähler denken nach wie vor, dass nicht alles, was vor einem halben Jahr behauptet wurde, nun falsch sein könne. Ein Jahrhundertereignis wie das Beben in Japan, verbunden mit 14 Meter hohen Tsunami-Wellen und einer unzureichenden Wartung der Anlagen, werde es in Deutschland nicht geben.

> Fragen wie »Schafft die Atomtechnik den Menschen ab?«

Eine Reihe von Umweltexperten und Wirtschaftsfachleuten plädiert – auch nach dem japanischen Reaktorunglück – sogar für einen Neubau von Atommeilern. Sie argumentieren, dass ein überstürzter Ausstieg aus der Atomkraft gravierende Konsequenzen nicht nur für die Stromrechnung von Privathaushalten, sondern auch für die Staatsverschuldung habe. Steuerexperten weisen auf hohe staatliche Subventionen in erneuerbare Energien, wegfallende Einnahmen aus der Brennelementesteuer und den weniger wettbewerbsfähigen Industriestandort Deutschland hin.

Der australische Klimaforscher Barry Brook gilt als einer der prominentesten Kritiker der als „hysterisch“ bewerteten Reaktion der deutschen Regierung. Der Direktor für Klimawissenschaften am Umweltinstitut der Universität Adelaide gilt als „grüner Atomfreund“ und zeigte sich vom Fukushima-Unglück völlig unbeeindruckt. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ warnte er Deutschland vor einem Ausstieg aus der Atomenergie und plädierte für den Bau neuer Atomkraftwerke. Deutschland dürfe sich nicht noch stärker in die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl oder Gas begeben, was bei einem Atomausstieg unausweichlich wäre. Die erneuerbaren Energien aus Sonne oder Wind könnten den Bedarf der deutschen Volkswirtschaft nicht alleine befriedigen.

Brook warnt auch vor der Landschaftszerstörung durch die erneuerbaren Energien. Allein 80000 neue Windkrafträder würden benötigt, um die 17 Atommeiler zu ersetzen. Auch das Argument der ungelösten Endlagerung der Brennstäbe lässt Brooks nicht gelten. Moderne Atomreaktoren würden nur „winzige Spuren in der Natur verglichen mit Windparks, Solaranlagen und Pumpspeicherwerken“ hinterlassen. Mit modernen Technologien („fast reactor technolgy“) würde der Brennstoff kontinuierlich recycelt, wie dies bereits in den USA und Indien geschehe. So lasse sich Uran und Plutonium viel effizienter nutzen; infolgedessen sinke die Strahlung der Abfälle rapide. Nach 300 Jahren seien die Abfälle aus „schnellen Reaktoren“ so „unschädlich wie ein Felsbrocken“. *H. E. Bues*



In der Sache einig: Während die Medienberichte zumindest den Eindruck vermitteln, dass Deutschland nur noch aus Atomkraftgegnern besteht, ist dies bei Merkels Atom-Kommission wirklich der Fall. Bild: M. Oeser/dapd

MELDUNGEN

Forsa ist keine Telefonwerbung

Berlin – Ein Urteil des Amtsgericht Berlin-Mitte sorgt laut „Stern“ für Unruhe bei den Meinungsforschungsinstituten. Ein von Forsa Angerufener deutete den Anruf eines Forsa-Interviewers als „unaufgeforderte werbliche Ansprache per Telefon“ und verlangte die Sperrung seiner Telefonnummer sowie die Abgabe einer „strafbewehrten Unterlassungserklärung“ samt Übernahme seiner Anwaltskosten in Höhe von 759,22 Euro. Forsa sperrte zwar die Nummer, zahlte aber die Anwaltskosten nicht, denn „wenn wir Gefahr laufen, für jeden Anruf 760 Euro Anwaltsgebühren zu bezahlen, können wir unseren Laden mitsamt allen rund 1200 bei uns Tätigen dicht machen“, so Forsa-Chef Manfred Güllner. Hierauf erwirkte der Kläger beim Amtsgericht Berlin-Mitte eine einstweilige Verfügung, da das Gericht Forsa auf eine Stufe mit Telefonwerbung stellte. Dies können die Meinungsforschungsinstitute nicht hinnehmen. *Bel*

»Linke« gegen Sanktionen

Berlin – Am vorvergangenen Donnerstag, kurz vor den Landtagwahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, hat die Partei „Die Linke“ noch einen Antrag zur Abschaffung von Sanktionen bei Hartz-IV-Empfängern in den Bundestag eingebracht. „Die Sanktionsregelungen“, die beispielsweise vorsehen, Arbeitslosen, die zum wiederholten Male ein Arbeitplatzangebot ablehnen, die staatlichen Leistungen zu kürzen, seien laut Linkspartei „das Herzstück einer grundrechtswidrigen und sachlich kontraproduktiven Aktivierungsideologie“. Doch dieser parlamentarische Versuch, die eigene Zielgruppe vor den Landtagswahlen zu aktivieren, gelang nicht: In beiden Bundesländern kam die Partei „Die Linke“ nicht in den Landtag. *Bel*

Weniger Mitglieder

Parteien in MV verlieren massiv an Anhang

Noch lange nach dem Mauerfall verfügte die aus der SED hervorgegangene Partei „Die Linke“ in Mecklenburg-Vorpommern über die meisten Mitglieder. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre schrumpfte der Bestand jedoch von 9455 auf nur noch 5460. Der rasante Rückgang bei der „Linken“ ist jedoch nicht auf Mecklenburg-Vorpommern beschränkt und war schon seit Jahren Anlass zu heftigen Debatten in der Partei. Parteisprecher Kay Spieß meinte, ein Ausgleich sei auch wegen des Wegzugs vor allem von jungen Genossen nicht zu schaffen.

Nun hält die CDU das Fähnlein der mitgliederstärksten Partei im Norden in der Hand. Allerdings verdankt die Merkelpartei dies nicht veritablen Zuwächsen, sondern einem geringeren Schrumpfungsprozess von 7500 auf 6013 Beitragszahler. 1990 waren es noch 18300 gewesen.

Die SPD – erst 1989 neu gegründet, doch als Dauerregierungspartei zwischen Oder und Wakenitz eigentlich attraktiv – sank im Vergleichszeitraum um nur 28 Mitglieder auf jetzt 2802.

Im Vergleich zur Gesamtstärke relativ hoch ist der Mitgliederverlust bei der FDP. Seit 2000 sank die Zahl um 250 – allein 2010 um 50, so dass die Freidemokraten nur noch über 1050 Beitragszahler verfügen. Der Schwund wird mit der „allgemeinen politischen Lage“ und der Entfernung von „Karteileichen“ erklärt.

> Nur Grüne und NPD verzeichnen Zuwachs

Anders sieht es bei den Grünen aus. 444 Mitglieder zählen die MV-Grünen, die nicht im Landtag (2006 nur 3,4 Prozent) vertreten sind. Im Jahr 2000 waren es noch magerere 370. Die Partei ist zuversichtlich, dass „grüne Themen auch in Mecklenburg-Vorpommern immer mehr an Bedeutung gewinnen“.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes steigen auch die Mitgliederzahlen der NPD. Demnach zählte die NPD 2009 rund 400 Mitglieder. Der Landesvorsitzende Stefan Köster wollte diese Zahlen nicht kommentieren. Allerdings habe seine Partei schon seit Jahren im Lande steigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen. CDU und „Linke“ erklären ihre Mitgliederentwicklung vor allem mit der Überalterung ihres Bestandes. *Hans Lody*

Die Heimat ruft

Ausgewanderte Deutsche kehren zurück

Ich habe es satt, für diese ganzen A...löcher Steuern bezahlen zu müssen. Normalerweise sollte man sie alle verhungern lassen“, empört sich ein Blogger aus Deutschland im Internet und meint damit jene Rückwanderer aus dem krisengeschüttelten Irland, die dort keine Jobs mehr finden und in der Bundesrepublik Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Denn einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben sie in der Heimat erst einmal nicht.

> Maue Konjunktur im Ausland treibt heim

Viele der etwa 10000 Deutschen, die das keltische Wunder zu besser bezahlten Jobs bei geringerer Steuerlast auf die grüne Insel lockte, müssen inzwischen ihre Zelte abbrechen. Der robusteren Wirtschaft in Deutschland wegen begeben sie sich auf den Rückweg. Das vielgepriesene irische Modell, für sie hat es sich ebenso wie für andere Einwanderer in Irland als Luftblase erwiesen.

Noch 2008 hatten offiziell mehr als 730000 Bürger Deutschland verlassen (Einwanderung: 680000), meistens in Länder innerhalb Europas, wie nach Skandinavien und in die Schweiz, ein Teil davon auch nach Irland. Knapp ein Viertel entfiel auf gebürtige Deutsche. Das war die höchste Auswanderungsrate seit der Wiedervereinigung 1990. Die Zahl der Deutschen, die sich 2005 verabschiedeten, wird unter Einbeziehungen all jener, die sich nicht abmeldeten, sogar auf 250000 geschätzt, ein Rekord seit 1950. Größtenteils waren die Auswanderer hochqualifizierte Arbeitskräfte, denen andere Länder höhere Verdienste und weniger Bürokratie boten. Das führte schließlich zu einem Fachkräftemangel.

Inzwischen schwillt der Rückstrom ehemaliger Auswanderer und vor allem der Gruppe der Aussteiger an. Es sind indes nicht nur ökonomische Gründe, die dazu führen, sondern auch eine in manchen Ländern, wie etwa in Südafrika, steigende Kriminalität, sprachliche Barrieren und kulturelle Anpassungsprobleme. Immerhin – so ergab eine Umfrage – stehen 46 Prozent der Auswanderer einer Rückkehr offen gegenüber, für weitere sieben Prozent ist es bereits beschlossene Sache. In der Berufssparte Wissenschaft und Forschung wollen sogar 67 Prozent nach Deutschland zurückkehren – ein Lichtblick für den Mangel an qualifizierten Kräften. *J. Feyerabend*

Vergabestopp

Ausstieg aus Stuttgart 21 kaum möglich

Keine zwei Tage nach dem grün-roten Wahlsieg in Baden-Württemberg hat die Bahn das Projekt Stuttgart 21 vorerst gestoppt. Während die Gegner des Bahnprojekts das endgültige Aus erwarten, gilt die zeitliche Begrenzung jedoch nur bis zur Bildung der neuen Regierung im Mai.

Stuttgart 21 war neben dem Atomausstieg das große, entscheidende Thema bei den Wahlen im Ländle. Der Widerstand gegen das Projekt brachte den Grünen schon im vergangenen Herbst ein Umfragehoch, das sie auf einen grünen Ministerpräsidenten hoffen ließ. Nun dürfte Winfried Kretschmann tatsächlich in Kürze den Regierungssitz in Stuttgart übernehmen.

> Schadensersatz für Bund und Bahn

Dass das Thema immer noch hochbrisant ist, beweisen die Ausschreitungen radikaler Gegner noch am Wahlabend. Die Grünen haben sich klar gegen das Bauvorhaben positioniert und wollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Bahnhof zu verhindern. Die Mehrheit der SPD ist im Gegensatz dazu für das Projekt. Es wird also keine leichte Aufgabe für Kretschmann werden, eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung zu finden. Zunächst einmal soll der im Schlichtungsverfahren von Heiner Geißler angekündigte „Stresstest“ durchgeführt werden. Dabei soll die Bahn in mehrmonatigen Tests nachweisen, dass der unterirdische Durchgangsbahnhof um 30 Prozent leistungsfähiger sein wird als der bisherige Kopfbahnhof. Danach wollen Grüne und SPD das Volk entscheiden lassen. Einen Volksentscheid lehnen die radikalen Parkschützer in Stuttgart allerdings ab, da sie wissen, dass eine Mehrheit gegen Stuttgart 21 in Baden-Württemberg fragwürdig ist. Der Landbevölkerung ist das Thema eher gleichgültig, Städte wie Ulm würden von dem Umbau durch den Bau einer neuen Hochleistungsstrecke profitieren.

Bahnvorstand Volker Kefer betonte, dass der schon geschlossene Vertrag des auf vier Milliarden Euro geschätzten Bauprojekts trotz Bau- und Vergabestopps weiter Gültigkeit behält. Ein Ausstieg würde Baden-Württemberg teuer zu stehen kommen. Schätzungen zufolge müssten Grüne und SPD mit bis zu 1,5 Milliarden Euro Schadenersatz gegenüber Bund und Bahn rechnen. *MRK*

MELDUNGEN

Mit Kopftuch ins Parlament

Ankara – Mehrere türkische Politikerinnen, die voller Überzeugung ihr Kopftuch tragen, kämpfen derzeit um einen Listenplatz bei der regierenden konservativ-muslimischen AKP. Sie wollen die säkulare Verfassung der Türkei herausfordern und auch ins Parlament, so sie denn im Juni bei den Wahlen einen Sitz erlangen, mit Kopfbedeckung einziehen. Premierminister Tayyip Erdogan, der Anfang April entscheiden wird, wer die aussichtsreichsten Listenplätze seiner Partei erhält, ist nicht abgeneigt, diesen Politikerinnen entgegenzukommen. „Ihr ebnet den Weg. In der Politik ist alles möglich", soll er einer der Frauen gesagt haben. *Bel*

Schweden: Mehr Zuwanderung

Stockholm – Seit die rechtsgerichteten „Schwedendemokraten" in den Reichstag eingezogen sind, verfügen weder die regierenden bürgerlichen Parteien noch der Linksblock über eine Mehrheit. Das macht die Verabschiedung neuer Ausländergesetze schwierig. Nunmehr hat Regierungschef Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt mit den Grünen eine Absprache über eine neu Ausländerpolitik in Schweden getroffen. Kinder von illegalen Einwanderern sollen zur Schule gehen dürfen, ihre Eltern Gesundheitsvorsorge erhalten. Zusätzlich will die Regierung auch deren Aufenthaltsstatus verbessern und das Land für weitere Zuwanderung öffnen. Die Standards für die Anerkennung als Asylant werden gesenkt, der Familienzuzug vereinfacht und darüber hinaus eine Arbeitskräfteeinwanderung ermöglicht. Es reicht künftig die Erklärung aus, sich in Schweden eine Existenz aufbauen zu wollen. Wirtschaftsministerin Maud Olofsson wolle Schweden als Land für „Neustarter" profilieren. *H. Lody*

Sprengstoff Überfremdung

In den Beneluxländern nimmt die Angst vor Identitätsverlust zu

Nirgendwo in Europa tritt die Konfrontation zwischen Islam und der westlichen Gesellschaft stärker zu Tage als in Holland und Belgien. Der Kampf der Kulturen wird vor allem in den Niederlanden mit harten Bandagen geführt – Mord eingeschlossen.

Das Gespenst der Überfremdung geht um. In einigen europäischen Großstädten, wie beispielsweise Rotterdam, sank der Anteil der einheimischen Bevölkerung unter die magische Grenze von 50 Prozent.

Gegen diesen Trend rudern Politiker wie der Niederländer Geert Wilders an. Belgische Volksvertreter setzten als erste in Europa ein Verbot der Verschleierung muslimischer Bürgerinnen durch und luden den eidgenössischen Politiker Oskar Freysinger, einen Hauptinitiator des Schweizer Minarettverbots, zu einem Gastvortrag ein. Das Verbot der Burka ist der einzige Punkt, in dem sich das zwischen Wallonen und Flamen zerstrittene und kaum regierbare Land einig ist.

Leicht geraten solche Strömungen und Befürchtungen um den Verlust der eigenen Identität aber in den Verdacht des Rassismus und der religiösen Intoleranz – ein Sprengstoff, der in ganz Europa lagert. 15 Millionen in der Gemeinschaft lebende Muslime und der unter ihnen grassierende Anspruch, die allein „richtige" Religion auszuüben und diese dem Rest der Welt aufzudrücken, sind nicht mehr zu ignorieren.

Die Hafenstadt Rotterdam gilt als typisches Beispiel für solche Ängste. In den vergangenen 40 Jahren kippte unmerklich die Bevölkerungsstatistik der maritimen Metropole um. Denn die Mehrheit der 600 000 Einwohner stammt nicht mehr aus den Niederlanden, sondern aus Marokko, der Türkei, aus Surinam, Bangladesch und aus etwa 170 anderen Nationen. Schon in wenigen Jahren, so errechneten Statistiker, werden 60 Prozent der Bevölkerung Migrationshintergrund aufweisen. Besonders betroffen sind die Stadtteile Feijenoord, Afrikanderwijk und Tarwewijk. Westeuropas größtes islamisches Gotteshaus, die Ende 2010 eingeweihte Al-Salam-Moschee mit ihren zwei über 50 Meter hohen Minarett-Türmen, bildet die Kulisse für den Wandel. Zudem prägt ein weiteres Dutzend Moscheen das Stadtbild. Insgesamt werden die 950 000 Moslems des Landes (Gesamtbevölkerung 16 Millionen) von 450 Moscheen und 500 islamischen Geistlichen betreut. Auf der Erasmusbrücke über die Maas sind von Zeit zu Zeit Protestierende mit Schildern wie „Scharia für die Niederlande" und „Islam wird die Welt beherrschen" zu sehen, eine Kampfansage an die politische Klasse Hollands. Der bis zu seinem Ruhestand 2006 in Holland ansässige Imam Khalil el Moumni aus Marokko predigte gar schon 2001, dass der Westen keine Moral habe und deswegen tiefer stünde als Hunde und Schweine. Ein Gericht sprach ihn frei.



Aus dem Gleichgewicht geraten: Der Anteil der Bewohner Rotterdams mit Immigrationshintergrund liegt bei rund 60 Prozent. Manche Stadtteile weisen bereits jetzt keinerlei niederländische Prägung mehr auf. Bild: laif

»Scharia für die Niederlande«?

Das ruft natürlich entsprechende Gegenrichtungen wie Wilders Partei für Freiheit auf den Plan. Der Politiker will eine weitere Einwanderung stoppen, den Bau neuer Moscheen untersagen, Kopftuch und Koran verbieten sowie Rumänien und Bulgarien aus der EU ausschließen. Zudem vergleicht er den Koran mit Adolf Hitlers „Mein Kampf". Immerhin wurde seine Partei mit solchen Postulaten drittstärkste Kraft im Land. Wilders schläft jede Nacht an einem anderen Ort und steht unter Polizeischutz, vor allem seit der muslimische Geistliche Feiz Muhammed die Enthauptung des Politikers fordert. Die Drohung ist real, wie 2004 die Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh durch den in den Niederlanden aufgewachsenen fanatisierten Moslem Mohammed Bouyeri zeigte.

Zwar ist der aus Marokko stammende, muslimische Bürgermeister der Hafenmetropole, Ahmed Aboutaleb, bemüht, mit einer straffen Sozialpolitik Ausländer über den Arbeitsmarkt zügig zu integrieren und bei Nichtbefolgung der Anordnungen mit Sanktionen zu belegen, doch auch er konnte die Turbulenzen zwischen den Kulturen nicht vermeiden. Allein mehrere hundert Millionen Euro hat die Stadt für Sicherheits- und Integrationspläne sowie ein Netz von Videokameras ausgegeben.

Im Nachbarland Belgien mit seiner Bevölkerung von elf Millionen wird die politische Lage durch die Tatsache überschattet, dass seit den Parlamentswahlen im letzten Jahr immer noch keine Regierung zustande gekommen ist. Der Streit zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, den französisch sprechenden Wallonen und den niederländisch geprägten Flamen, ist nach Jahren der Ruhe wieder entflammt, treibt das Land auf eine Spaltung zu und begünstigt anarchische Zustände, vor allem in Brüssel. Die Armutsrate von 25 Prozent schürt die Gewalt zwischen den 400 000 Muslimen und der einheimischen Bevölkerung. In einigen Brüsseler Stadtteilen hat die Polizei bereits kapituliert. Muslimische Verbände beklagen dabei eine zunehmende Aggressivität und fürchten eine weiter zunehmende Islamphobie, obwohl oder gerade weil der Islam seit 1974 gesetzlich als Religion anerkannt ist und rund 300 Imame in 328 Moscheen predigen.

Die meisten Migranten konzentrieren sich in Rotterdam auf die Stadtteile Molenbek, Sint Gillis, Schaerbeek, Sint Josst und Anderlecht. In Schaerbeek hängt mehr als die Hälfte der Bewohner dem Islam an. Die soziale Schieflage führt hinter den Kulissen zu Ghetto-Problemen, die nur darauf warten, sich ähnlich wie in den Banlieues der französischen Hauptstadt Paris zu entladen. *J. Feyerabend*

Anders als Merkel

Frankreich: Auch Sarkozy verliert Wahlen

Kaum weniger Pech als Angela Merkel hatte Nicolas Sarkozy am letzten Sonntag bei den Wahlen. Schwache 20,2 Prozent der Stimmen erhielt seine Partei, die UMP, bei den französischen Kantonalwahlen, während die Sozialisten (PS) zusammen mit Grünen und Linksradikalen 35,7 Prozent davon einfuhren. Die UMP ist bezüglich der Frage nach möglichen Koalitionspartnern zweigeteilt. Über ein Drittel ihrer Mitglieder standen für „Bündnisse gegen links" mit der Nationalen Front (FN) von Marine Le Pen, während UMP-Premierminister François Fillon den „Republikanischen Pakt" empfahl, der verpflichtet, im Zweifelsfalle für die Sozialisten zu stimmen. Das stiftete viel Verwirrung in der Truppe. Daher gingen viele UMP-Sympathisanten nicht zur Urne. Aber vor allem der Erfolg des neuen Polit-Stars Marine Le Pen hat der Sarkozy-Partei den Strich durch die Rechnung gemacht. Die FN hat bei einer Regionalwahl jede dritte Stimme an sich gezogen. Der Groll gegen die klassischen Volksparteien treibt ihr die Wähler zu, auch, weil die Franzosen der ökologischen Verführung widerstehen und eine andere Alternative als die Deutschen wollen.

Grüne profitieren von Japan kaum

Gleich nach dem Fukushima-Unfall riefen die grünen Koryphäen, Daniel Cohn-Bendit und Cécile Duflot, zu einem Volksentscheid gegen die Kernkraft auf. Doch bald stellte sich heraus, dass sie dabei die Mehrheit gegen sich hätten. Sarkozy betonte: Es gibt keinen Atomausstieg, keine Volksbefragung; wir lassen die Sicherheit prüfen, aber die Industrie braucht billigen Strom. Ins gleiche Horn stieß die sozialistische Opposition. Die Grünen standen allein da. Dann merkten die Umweltbeseelten, dass sie die Katastrophenopfer in Japan nicht gewürdigt hatten. So ließ sich die grüne Führung bei einer Schweigeminute fotografieren.

Nach einer Umfrage von Opinionway vertrauen 50 Prozent den Diagnosen der Kernsicherheitsbehörde, die sagt: Die französischen AKW sind sicher. Insgesamt meinen 58 Prozent der Franzosen, dass Frankreich mittelfristig die Kernenergie nicht aufgeben soll. Nicht anders ist es mit dem Pazifismus: 66 Prozent der Franzosen äußerten kürzlich, dass sie die Militärintervention in Libyen bejahen. Sarkozy ist es in Sachen Atom und Verteidigung gelungen, das Volk zu überzeugen, nicht aber die Wähler am letzten Sonntag. *Jean-Paul Picaper*

Schwellenland am Scheideweg

Die Wirtschaft ist in Vietnam gewachsen, doch nun will die Bevölkerung mitbestimmen

Die Schockwellen der politischen Erdbeben in Nordafrika und am Golf haben Vietnam erreicht. Der bekannte Dissident Nguyen Dan Que wurde festgenommen, weil er zum Aufstand aufgerufen hatte. Unter der „ruhigen" Oberfläche des Landes gibt es gravierende Probleme – wie die Kluft zwischen Arm und Reich –, die zu sozialen Unruhen führen könnten. Auf der lokalen und regionalen Ebene gab es bereits in letzter Zeit erste bescheidene Ansätze für eine bessere Beteiligung der Bevölkerung bei Entscheidungsprozessen. Solange die Wirtschaft wächst, kann das Ein-Parteien-Regime vermutlich die innere Stabilität wahren.

Nach einer wechselhaften Geschichte – zum Beispiel den verlustreichen Indochina-Kriegen gegen Frankreich und die USA – bilden die 90 Millionen Vietnamesen heute eine respektable politische und wirtschaftliche Regionalmacht. Ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Aufschwung war die Entscheidung der alleinherrschenden kommunistischen Partei, Mitte/Ende der 80er Jahre den Wechsel von der Planwirtschaft zu einer „gelenkten" Marktwirtschaft zu wagen, um den drohenden wirtschaftlichen Kollaps zu vermeiden.

Die Entstehung zahlloser kleinerer und mittlerer privater Unternehmen wurde ermöglicht, die heute mehr zur Wirtschaftsleistung beitragen als die maroden staatseigenen Betriebe, von denen sich die Partei noch Einfluss und Kontrolle über die Wirtschaft verspricht.

Nach der globalen Weltwirtschaftskrise sind die Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes wieder stabil bei zirka acht Prozent pro Jahr. Dazu trägt auch der Tourismus bei, der 2010 mit fünf Millionen Besuchern einen neuen Rekord erzielt hat. Vergleichsweise niedrige Kosten fördern den Tourismus, während die niedrigen Lohnkosten Vietnam zu einem Billiglohnland gemacht haben, das für das benachbarte China eine Konkurrenz darstellt und ausländische Investoren anzieht. Trotzdem ist die Außenhandelsbilanz für Vietnam negativ. Die Importe überwiegen die Exporte deutlich. Dieser Unterschied ist auf die höherwertigen Güter im Import zurückzuführen.

Hohe Abhängigkeit von ausländischen Investoren

Allerdings gibt es in Vietnam gravierendere Probleme für die zukünftige Entwicklung: Schlechte Regierungstätigkeit, Ein-Parteien-system, hohe Inflationsrate von elf bis 15 Prozent, hohe Arbeitslosigkeit von zirka 20 Prozent, Korruption, Bürokratie und eine mangelhafte Verkehrsinfrastruktur.

Da Vietnam in seiner wirtschaftlichen Weiterentwicklung weitestgehend von ausländischen Investoren abhängig ist, muss das Land die genannten Schwachstellen in kurzer Zeit beseitigen. Im Vordergrund muss die bessere Bildung und Ausbildung der Jugend – 30 Prozent unter 14 Jahren – stehen. Sie ist zugleich Chance und Gefahr für Vietnam. Der Staat muss dafür sorgen, dass sie Aussicht auf eine bessere Zukunft bekommt, sonst könnte sie sich zu einem bedrohlichen Konfliktpotenzial entwickeln. Die unzureichende Bildung der Jugend – auch erkennbar an der hohen Analphabetenrate von bis zu 30 Prozent – ist bereits heute ein Hemmnis für ausländische Investitionen.

Geopolitisch ist Vietnam von wachsender Bedeutung, die vor allen Dingen in seiner Nachbarschaft mit China begründet ist. Das Südchinesische Meer bildet zwischen China und Vietnam eine fragile Konfliktzone. Es geht dabei vor allem um die Spratley- und Paracelinseln, weil es dort beträchtliche Vorkommen an Öl und Gas gibt. China bezeichnet das Südchinesische Meer als „Hauptinteresse" – in seiner politischen Bedeutung mit Taiwan und Tibet vergleichbar – und hat bereits einige Inseln des Archipels militärisch besetzt. Die USA reklamieren als asiatisch-pazifische Macht freien Zugang zu diesem Meer, was sie 2011 mit einem Seemanöver mit Vietnam unterstrichen haben.

Es ist erstaunlich, dass sich Vietnam und die USA zu strategischen Partnern entwickelt haben, um der zunehmend aggressiveren Politik Chinas in Südostasien zu begegnen. Der rapide Ausbau der chinesischen Marine wird in Südostasien mit Misstrauen betrachtet. Er führt zu neuen Allianzen.

Es gibt zudem einen weiteren Konfliktherd Chinas mit Laos, Kambodscha und Vietnam – es ist der Mekong – die „Mutter aller Flüsse". Er versorgt die drei genannten Länder aus dem chinesischen Hochgebirge mit ausreichend Wasser und wertvollen Sedimenten. China hat auf seinem Territorium bereits drei von acht geplanten Staudämmen im Mekong gebaut. Die Nachbarn befürchten, dass sich die Staudämme negativ auf ihre Fisch- und Landwirtschaft auswirken und neue Abhängigkeiten von China schaffen. *Dieter Farwick*

»Niemand in Europa wird fallengelassen«

Angela Merkel gibt europäischen Partnern Quasi-Freibrief für weitere Verfehlungen – Bundestag schweigt

Am vergangenen Wochenende trafen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs erneut zur Euro-Rettung. Ratschläge aus Wirtschaft und Wissenschaft nehmen die Handelnden schon lange nicht mehr an, für sie heißt es „Solidarität um jeden Preis“.

Fatal ist, dass nicht nur die Beweggründe der Agierenden, sondern auch die verschiedenen Phasen der Euro-Rettung für Außenstehende nicht immer sofort nachvollziehbar sind: Beim Gipfel aller europäischen Staats- und Regierungschefs am vergangenem Wochenende in Brüssel wurde nicht der bereits vorhandene und bekannte Euro-Rettungsschirm, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), weiter ausgebaut, sondern ein neuer Rettungsschirm gespannt, der nach Auslaufen des EFSF 2013 die dann noch immer klammen Euro-Länder auffängt. Der „Rettungsschirm II“ trägt den Namen Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und ist im Gegensatz zum Vorgänger nicht nur mit Garantien der Euro-Staaten, sondern auch mit „echtem“ Geld ausgestattet. Der ESM soll über eine effektive Kreditsumme von 500 Milliarden Euro verfügen, allerdings ein Volumen von 700 Milliarden Euro haben. Diese Differenz erklärt sich aus dem Umstand, dass der ESM ähnlich wie der EFSF darunter leidet, dass seine Mitgliedsstaaten über sehr unterschiedliche Bonitäten verfügen. Daher sind die Ratingagenturen nur bereit, eine Bestnote auszustellen, wenn die Garantien über den wirklich verliehenen Beträgen liegen. Zudem muss beim ESM jetzt erstmals auch Kapital als Sicherheit hinterlegt werden. Auf Deutschland entfallen bei dem Euro-Rettungsschirm II 168 Milliarden Euro an Garantien und 22 Milliarden Euro an Bareinzahlungen. Bundeskanzlerin Angela Merkel feierte es als Erfolg, dass die 22 Milliarden Euro in fünf unterschiedlichen Jahresraten gezahlt werden dürfen.

Angesichts des Umstandes, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor wenigen Wochen die mittelfristige Finanzplanung des Bundes beschloss, allerdings noch kein Wort über die Überweisungen an den ESM verlor, fragt man sich, warum die Opposition dieses Manko nicht ausschlachtete. Denn obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits absehbar war, dass mit derartigen Belastungen zu rechnen ist – auch wenn die genaue Höhe noch unbekannt war –, schien sich im Bundestag keiner offiziell darüber zu mokieren, dass die Zahlen des Ministers längst überholt waren.

Für die Umsetzung des ESM sind vier Gesetzesinitiativen notwendig: die Ergänzung der europäischen Verträge, ein Gesetz zum Stabilitätsmechanismus, die Ratifikation eines Gesetzes zum europäischen Finanzinstitut und ein Gesetz zur Veränderung des Bürgschaftsrahmens. Nach der parlamentarischen Sommerpause sollen dem Bundestag die Entwürfe vorgelegt werden. Mit einem Veto ist zumindest nach jetzigem Stand nicht zu rechnen. Bisher gibt es sogar eher aus dem Regierungslager als aus Oppositionskreisen Unmutsbekundungen über die neuen Belastungen der Euro-Rettung. Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) sind Merkels Solidaritätsbekundungen – „Niemand in Europa wird fallen gelassen. Europa gelingt nur gemeinsam“ – noch zu wenig. Er ließ verlauten, dass bei der Euro-Rettung keine kleinlichen nationalen Egoismen eine Rolle spielen dürften.

> Ein Erfolg? Berlin darf die 22 Milliarden Euro in Raten zahlen

Derartiges sieht man in Griechenland anders. Dort fordern Gewerkschafter wegen der staatlichen Sparprogramme, für die sie nicht der desaströsen griechischen Schuldenpolitik der letzten Jahrzehnte, sondern der auf Konsolidierung drängenden EU die Schuld geben, deutsche Waren zu boykottieren. Aus Sicht vieler Griechen ist Deutschland der Hauptschuldige an den griechischen Nöten der Gegenwart. „Das Vierte Reich befiehlt“, soll ein Kommentar in dem Magazin „Epikaira“ betitelt worden sein, in dem der Verfasser behauptet, dass Deutschland das, was es mit zwei Kriegen nicht geschafft habe, nämlich die Herrschaft über Europa, jetzt mit dem Euro erreicht habe.

Und selbst die deutlich weniger heißblütigen Finnen ließen sich beim EU-Gipfel von nationalen Egoismen leiten, indem sie eine Aufstockung des bereits vorhandenen Euro-Rettungsschirms blockierten: Am 17. April sind in Finnland Parlamentswahlen und die als rechtspopulistisch abgestempelte Partei „Wahre Finnen“ erreicht gerade wegen ihrer Ablehnung weiterer Euro-Hilfen beste Umfragewerte. Angesichts dieses Umstandes will sich die finnische Regierung mit weiteren Zusagen vorerst zurückhalten.



Unendliche Geschichte? Im Namen der europäischen Solidarität darf Deutschland jetzt 22 Milliarden Euro für die Euro-Rettung zusätzlich zu den vorhandenen Garantien zur Verfügung stellen. Bild: L. Preiss/dapd

Weniger nationale Egoismen, sonder eher parteipolitische Egoismen dürften EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso dazu verleitet haben, den Sturz seines Landsmannes Jose Socrates nicht zu verhindern. Auch seine Partei stimmte gegen das Sparpaket des Regierungschefs, der daraufhin zurücktrat. Barroso, der von 2002 bis 2004 selbst portugiesischer Premier war, machte keine Anstalten, seinem Nachfolger bei seinem Versuch, das finanziell ziemlich angeschlagene Land auf Sparkurs zu bringen, zu unterstützen. Nun dürfte auch Portugal bald am Tropf des Euro-Rettungsschirmes hängen.

Einigkeit zeigte sich beim EU-Gipfel allerdings bei der Annahme des als EU-Wettbewerbspakt bezeichneten „Euro Plus Pakt“, der auf eine stärkere Abstimmung bei Sozial-, Steuer- und Haushaltspolitik drängt. Allerdings ist dieser Pakt dem Prinzip der Freiwilligkeit unterworfen, so dass es auch den Nicht-Euro-Länder der Polen, Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Litauen und Lettland nicht weh tat, sich dem symbolischen Pakt anzuschließen.

Rebecca Bellano

KURZ NOTIERT

Im Abwärtsstrudel: „Die Ratingagenturen stufen uns im Moment niedriger ein als Ägypten oder die Fidschi-Inseln. Bei allem Respekt für Ägypten und die Fidschi-Inseln – das ist einfach nicht vergleichbar“, klagte der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou bereits vergangene Woche. Nun senkte die Ratingagentur Standard & Poors das griechische Rating von BB+ auf BB-. Auch die Bonität Portugals wurde nach dem Rücktritt des Regierungschefs von BBB auf BBB- heruntergestuft, womit auch die Kapitalaufnahme für Lissabon deutlich teurer werden wird, da sich die Höhe der zu zahlenden Zinsen an der Bonität bemisst. *Bel*

Mehr Milliarden für spanische Sparkasse: Die angeschlagene spanische Sparkasse Banco Base benötigt mit 2,8 Milliarden Euro an Staatshilfen fast doppelt so viel wie erwartet. Ein Sprecher der Bank ließ verlauten, man könne sich selbst nicht erklären, warum der Kapitalbedarf so hoch sei. *Bel*

Gold als gesetzliches Zahlungsmittel: Der US-Bundesstaat Utah hat Gold und Silber als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassen. Die republikanische Landtagsmehrheit bezeichnet den Schritt als „Vorsichtsmaßnahme“ für den Fall eines Verfalls des US-Dollars. 13 weitere US-Staaten planen angeblich, dem Beispiel zu folgen. Vielen US-Bürgern bereitet die staatliche Schuldenexplosion und die ungehemmte Geldschöpfung der US-Notenbank große Sorgen. *H. H.*

Enttäuschung bei Riester-Rentnern: Die ersten Auszahlungen von Riester-Renten fielen nach Recherchen der Zeitschrift „Capital“ enttäuschend aus. Grund sei, dass die Versicherer 25 bis 30 Prozent des Geldes abzweigen, um die stabile Zahlung der Rente nach dem 85. Lebensjahr sicherstellen. Dabei gehen sie jedoch von einer weit höheren Lebenserwartung aus, als statistisch belegt. Ex-Arbeitsminister Walter Riester (SPD) gibt sich ernüchtert: Geplant sei gewesen, dass nur zehn Prozent für die Absicherung der Rente ab 85 abgezweigt würden. Die Versicherer gewinnen zusätzlich Milliarden durch die derzeitige Praxis. *H. H.*

Rente reformiert

OECD-Studie belegt: Länder reagieren

Es ist noch nicht lange her, da vereinte der Kampf gegen ein höheres Rentenzugangsalter die Sozialisten und Gewerkschafter vieler europäischer Länder, allen voran Deutschlands und Frankreichs. Und selbst manch Konservativer in Deutschland ließ es sich nicht nehmen, Vorbehalte gegen die Rente mit 67 zu artikulieren. Dabei muss man nicht gerade ein Wirtschaftsweiser sein, um zu erkennen, dass Deutschland seine Rentenausgaben nicht nachhaltig finanziert.

Mit diesem Problem steht Deutschland allerdings nicht allein. Die fiskalische Lage ist in allen entwickelten Ländern mit Ausnahme der Schweiz prekär. Es sind in erster Linie die umlagefinanzierten Systeme der sozialen Sicherung, die zur fiskalischen Schieflage führen. Umlagefinanzierte Alterssicherungen sind besonders anfällig für demographische Veränderungen. Dies gilt vor allem auch für die gesetzliche Rentenversicherung. Niedrige Geburtenraten in Kombination mit einer stetig steigenden Lebenserwartung verursachen riesige Finanzlöcher.

Deshalb hat – wie eine aktuelle OECD-Studie belegt – die Mehrzahl der OECD-Länder Reformen ergriffen, um die Rentensysteme solider zu gestalten. In der Hälfte aller OECD-Länder müssen die Menschen künftig länger arbeiten, bevor sie in Rente gehen können. Diese Entwicklung scheint unumkehrbar und alternativlos. Ohne die Rente mit 67 würden 2060 etwa 18 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts in die Renten fließen – das ist doppelt so viel wie heute. Doch eine Anhebung des Renteneintrittsalters kann nur der Beginn und darf nicht das Ende nachhaltiger Reformen zur Alterssicherung sein. Viele Rentner in Deutschland gehen weit vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter in den Ruhestand. Mit gezielten Maßnahmen gegen die sogenannte Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt lässt sich diese Entwicklung eindämmen, gestoppt wird sie dadurch jedoch nicht.

> Weitere Veränderungen notwendig

Der Königsweg wäre eine freiheitliche, viel stärker kapitalfundierte Alterssicherung, die in der Schweiz bereits den „Praxistest“ bestanden hat. *Tobias Müller*

Gelassen zu Wohlstand

In Australien wächst die Wirtschaft kontinuierlich und das ohne jede Hektik

Die Experten staunten: Der weltweite Einbruch der Industrieproduktion 2009 hat der Wirtschaft des globalen Rohstofflieferanten Australien kaum etwas anhaben können. Ebenso schnell wurden die Folgen der Überschwemmungen wirtschaftlich überwunden, welche etliche Tagebaue über Wochen lahmgelegt haben. Was ist das Geheimnis der blühenden Ökonomie am anderen Ende der Welt?

Australien gehört zu den wohlhabendsten Nationen der Welt, beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP) liegt es auf Rang 11. Nur wenige Länder – meist Kleinstaaten wie Katar, Luxemburg, Singapur oder die Schweiz – übertreffen den Kontinent mit seinen nur 22 Millionen Einwohnern in diesem Punkt. Auch die weiteren Eckdaten der Wirtschaft sind stark: Nur etwa fünf Prozent Arbeitslosigkeit und wenig Inflation, dafür zuletzt 3,3 Prozent reales Wachstum – davon können andere Völker nur träumen. Der Staat ist mit nur 22 Prozent seines jährlichen BIP verschuldet; zum Vergleich: Der deutsche Staat steht mit 76 Prozent seines BIP in der Kreide.

Die verbliebenen Wirtschaftsprobleme sind vergleichsweise gering: Die Sparquote könnte höher sein und die Immobilienpreise gelten als überhöht, wobei letzteres auch eine Folge des anhaltenden Bevölkerungswachstums und überhaupt des steigenden Wohlstands ist.

In den großen Städten haben sich die Häuserpreise seit 1990 nahezu vervierfacht, im selben Zeitraum gewannen deutsche Immobilien kaum noch an Wert. Seit langem wird über eine Blase im Immobilienbereich diskutiert, erst recht seit der Weltfinanzkrise, denn in den am stärksten betroffenen Ländern USA, Großbritannien, Spanien, aber auch Irland war diese Krise ja vor allem eine Immobilienkrise. Verfallende Preise fraßen sich dort wegen unsolider Finanzierungen wie Säure durch das Bankensystem und rissen nacheinander Staatsfinanzen und Realwirtschaft hinunter.

> Die Staatsfinanzen sind solide, der Arbeitsmarkt gesund

Auch dieser Einbruch ging an den Australiern vorbei. Hier gibt es bisher keine Immobilienkrise: Selbst in der heißen Phase des weltweiten Einbruchs gaben die Preise nur um fünf bis zehn Prozent nach und liegen inzwischen höher denn je.

Tatsächlich blieb das Land von der globalen Krise sogar fast ganz verschont. Selbst im „schwarzen“ Jahr 2009 wuchs die Wirtschaft real noch um 0,3 Prozent, nur ganz wenige Länder schafften damals ein Plus. Grund: Australiens Banken hatten grundsolide gearbeitet. Auf dieser soliden Grundlage konnte das Land die Rückgänge seiner Rohstofflieferungen in das strauchelnde Ausland leichter schultern. Kohle, verflüssigtes Erdgas, Eisenerz, Gold, Weizen, Wolle, Wein sowie etliche weitere Rohstoffe und Agrarprodukte sind die wichtigsten Exportgüter. Deren Preise brachen – ausgehend von hohem Niveau – 2008 erheblich ein, die Handelsbilanz rutschte ins Defizit, über Bergbau und Landwirtschaft zogen dunkle Wolken auf.

Doch bevor es hier zur Krise kam, hatten sich die Weltmarktpreise schon wieder erholt und sogar neue Rekorde erreicht. Umso besser steht die Wirtschaft des fünften Kontinents heute da, und auch die weitere Perspektive gilt als exzellent. Rohstoffe und Agrar, also der primäre Sektor der Volkswirtschaft, sind zudem nur beim Export dominierend. Kaum jedoch auf dem australischen Arbeitsmarkt: Nur vier Prozent der Beschäftigten arbeiten hier, dagegen 25 in der Industrie und 71 Prozent im Dienstleistungsbereich.

Vergleicht man Australien mit Deutschland, springen drei große wirtschaftliche Vorteile ins Auge: der enorme Rohstoffreichtum, eine intelligente Zuwanderungspolitik, die das Land vor Integrationsproblemen und Überalterung bewahrt hat, und der Umstand, dass Australien nicht wie Deutschland relevante Teile seines Wohlstandes durch Transferzahlungen schlicht an andere Länder abgeben muss. Bei dieser Ausgangslage könnte sich der Wohlstand des Landes durchaus in den Sphären Luxemburgs oder Katars bewegen.

Dass er tatsächlich nur moderat höher ist als der deutsche hat wohl auch mit dem entspannten Arbeitsverhalten der Australier zu tun. Bildungssystem und Wirtschaftsleben haben europäischen Zuschnitt, aber man lässt es doch ruhiger angehen. Der pünktliche Dienstschluss gilt den Australiern als heilig. *Konrad Badenheuer*

Chimärenjagd

Von Rebecca Bellano

Mit ökonomischem Sachverstand darf man die Euro-Rettung schon lange nicht mehr betrachten. Man muss offenbar nach anderen Erklärungen suchen, um zu verstehen, was genau die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder bei ihrer Euro-Rettung leitet. Der „Spiegel“ wagte einen Verweis auf den deutsch-britischen Soziologen, Politiker und Publizisten Ralf Dahrendorf, der bereits vor dem Euro-Start davor gewarnt habe, in der europäischen Währungspolitik „Chimären nachzujagen“. Dabei konnte Dahrendorf damals noch nicht wissen, dass Chimären, Fabelwesen aus der griechischen Mythologie, gleich in mehrfacher Hinsicht ein ideales Bild für die nun eingetretene Euro-Krise darstellen: Die Verbindung aus Illusion und Griechenland, wo die Euro-Krise ja ihren Anfang nahm, passt perfekt.

Partner, kein Vasall

Von Wilhelm v. Gottberg

Die Stimmenthaltung Deutschlands bei der Abstimmung im Weltsicherheitsrat über die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen ist im Ausland milde, im eigenen Land geharnischt kritisiert worden. Deutschland habe sich isoliert, es habe in einer bündniswichtigen Angelegenheit die gebotene Solidarität mit den führenden Westmächten verweigert. Damit stehe Deutschland nun an der Seite Russlands und Chinas; ein verheerender Vertrauensverlust der westlichen Partner an der Zuverlässigkeit Deutschlands sei eingetreten. So der durchgängige Tenor.

Unser Land hat sich seit über 60 Jahren als demokratischer und sozialer Rechtstaat bewährt und nach der Zäsur von 1945 seinen anerkannten Platz in der Weltvölkerfamilie eingenommen. Seit 1949 war und ist Deutschland verlässlicher Partner in allen Mitgliedsorganisationen. Nun soll dieses Land plötzlich aufgrund eines gut zu begründenden Abstimmungsverhaltens im Weltsicherheitsrat isoliert dastehen? Wer das behauptet, meint es nicht gut mit Deutschland. Er billigt uns allenfalls eine Vasallenrolle zu, keinen eigenständigen Partnerstatus. Europa und die Welt haben inzwischen die eigenständige Rolle Deutschlands als gleichberechtigter Partner in der Weltvölkerfamilie akzeptiert.

Deutschland als Land in der Mitte Europas ist eine große Kulturnation. Es ist heute auch eine ernst zu nehmende Wirtschaftsmacht; es hat das Hauptverdienst am Stand der bisher erreichten europäischen Einigung. Die Zahlungen Deutschlands an Uno, Nato, EU, in die Entwicklungshilfe und zur Wiedergutmachung der NS-Verbrechen bringen es mit sich, dass die Partner bemüht sind, sich nicht von Deutschland zu isolieren.

Besonders ärgerlich, dass der Politrentner Volker Rühe, der in seiner aktiven Zeit vieles falsch gemacht hat, die Stimmenthaltung Deutschlands als Fehlverhalten mit historischer Dimension bezeichnet hat.

Die Mär vom »guten« Rebell

Von Hinrich E. Bues

Eine fast unheimliche Sympathie schlägt den Rebellen in Nordafrika und dem Nahen Osten entgegen. Es heißt, sie würden sich für Freiheit und Demokratie erheben. Dabei bleibt völlig unklar, wer oder was nach der Absetzung der Diktatoren an ihre Stelle treten soll.

Der Rebellenkampf in Libyen, der derzeit von alliierten Luftstreitkräften unterstützt wird, gibt in dieser Hinsicht besonders viele Rätsel auf. Warum dieser Einsatz jetzt in Libyen? Im Vergleich zu Gaddafi gäbe es auf der Welt weit blutrünstigere Diktatoren. Der libyschen Bevölkerung ging es in den letzten Jahrzehnten relativ gut. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt an der Spitze Afrikas. Libyen verfügt über reiche Bodenschätze an qualitativ gutem Erdöl und Erdgas, zudem über ein gewaltiges Trinkwasserreservoir unter dem Wüstenboden, das ganz Nordafrika versorgen könnte.

Wer aber sind die Rebellen? Man weiß nicht viel von ihnen. Für eine republikanische Demokratie haben sie bisher nicht offiziell plädiert. Sie sind in der Mehrheit Moslems. Die „Welt“ bildete jüngst auf der Titelseite einen betenden Rebellen im Wüstensand ab. Bei genauerer Betrachtung dieses Fotos kamen jedoch Zweifel auf: Der angebliche Wüstenkämpfer trug blitzsaubere Schuhe und eine ebenso blitzblanke Panzerfaust. Ein solches Bild sollte misstrauisch machen, zumal wenn es um die unselige Verbindung von Waffengewalt und Gebet geht.

»Jugendliche« machen inzwischen ihre eigenen Gesetze

Aus den umkämpften Provinzen sind nur wenig objektive Informationen zu erhalten. Oftmals werden die Rebellen als junge Männer beschrieben, die nach ihrer Schul- oder Hochschulausbildung als „Techniker“ oder „Ingenieure“ arbeitslos sind. Das liegt in Libyen (anders als in Ägypten) nicht an mangelnden Gelegenheiten, sondern an einer gewissen Arbeitsscheu. Ein Heer von Gastarbeitern hat diesen Mangel bisher ausgeglichen. Nun ziehen die jungen Männer, fast gänzlich unvorbereitet, teilweise mit Privatwagen in den Krieg.

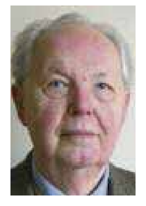
Die neuen Milizionäre scheinen dabei keineswegs „besser“ als die alten Gaddafi-Truppen zu sein. Flüchtlinge aus der Rebellenhochburg Bengasi berichten an der ägyptischen Grenze von systematischen Hausdurchsuchungen, Plünderungen und sofortigen Exekutionen von vermeintlichen Revolutionsgegnern. Allein die schwarze Hautfarbe reiche schon aus, um jemanden als „Söldner“ Gaddafis zu töten. Der von Frankreich bereits anerkannte Übergangsrat der Rebellen erklärt dazu schulterzuckend, dass „Jugendliche“ ihre eigenen Gesetze machen würden. Die westliche Allianz steht mit dem vorschnellen Militäreinsatz in Libyen, der in Umfragen von zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung abgelehnt wird, vor gewaltigen Problemen. Die Einheit des rohstoffreichen Libyen ist nicht erst seit der europäischen Kolonialherrschaft gefährdet, sondern seit Jahrhunderten durch Stammesfehden bedroht. Der Islam hat diese Tendenz eher verstärkt als besänftigt. Auch nach den negativen Erfahrungen im Irak und Afghanistan lässt der Westen die zentrale Frage „Was kommt nach Gaddafi?“ ungeklärt. Es ist sträflich, die Kultur und Geschichte eines Landes, besonders die Stammes- und Religionskonflikte, weitgehend unbeachtet zu lassen. Hier hilft die Mär vom vermeintlich „guten“ Rebellen in den westlichen Medien nicht weiter.



Anti-Gaddafi-Rebell: Gerade weil es offenbar keine richtige Führung bei den Rebellen gibt, ist zu vermuten, dass es sich auch oft um gelangweilte junge Männer handelt, die im Krieg das Abenteuer suchen. Berichte über reine Willkürtaten lassen zudem nichts Gutes über ihre Motive und Ziele vermuten.

Bild: pa

Gastbeitrag:



Deutschland zahlt, andere kassieren

Von Rudolf Dorner

Vor lauter Banken und Euro-Rettung ist ganz aus dem Blick geraten, wie viel Deutschland noch alles zahlt. Zahlungen an internationale Organisationen und Institutionen scheinen kaum jemanden zu interessieren. Zu Unrecht, wie sich zeigt.

Wer sich anhand amtlicher Statistiken wie des Statistischen Jahrbuchs der Bundesrepublik Deutschland oder Fachstatistiken des Statistischen Bundesamtes über die Empfänger deutscher Zahlungen informieren will, sucht vergeblich. Eine akribische Internet-Recherche führt schließlich zu einem aufschlussreichen Treffer. Das Auswärtige Amt gab am 6. November 2007 folgende Stellungnahme ab: „Ein Verzeichnis aller internationalen Organisationen, in denen Deutschland Mitglied ist, existiert leider nicht. Dies liegt daran, dass es eine Vielzahl von internationalen Organisationen mit den unterschiedlichsten Aufgaben gibt, mit Zuständigkeitsbereichen quer durch alle Bundesbehörden.“

Daraus lässt sich schließen, dass die Bundesregierung entweder an für sie politisch, wirtschaftlich und finanziell wichtigen Mitgliedschaften desinteressiert scheint oder dass sie der Öffentlichkeit absichtlich ihre Engagements verschweigt. Jedenfalls ist offenkundig, dass Steuergelder in unbekannter Höhe an ungenannte Organisationen fließen und damit öffentlicher Kontrolle entzogen werden, das heißt auch dem Parlament und dem Bundesrechnungshof.

Angeblich gibt es kein Gesamtverzeichnis, an wen Deutschland alles zahlt

Immerhin die 76-seitige Bundestagsdrucksache 16/10036 von 2008 gibt einen Gesamtüberblick über die Zusammenarbeit in den Schwerpunktbereichen Friedenssicherung, Entwicklung und Nachhaltigkeit, Rechtsdurchsetzung sowie den Teilbereichen Menschenrechtsschutz, Humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention, Abrüstung und vieles mehr. Der Bericht gibt auch Auskunft über die deutschen Finanzbeiträge an die UN, die sich aus Pflichtbeiträgen und freiwilligen Leistungen zusammensetzen. Gemäß den vom Außenministerium durch Ressortumfrage ermittelten Zahlungen an 69 Institutionen der UN betrugen die Zahlungen 2008 1,05 Milliarden Euro, davon 568 Millionen Pflichtbeiträge und im Jahr 2009 1,04 Milliarden Euro, davon 559 Millionen Euro Pflichtbeiträge. Mittelbare Zahlungen wurden hierbei nicht erfasst. Bei den Pflichtbeiträgen war Deutschland hinter den USA und Japan der drittgrößte Beitragszahler. Wie die Debattenbeiträge und Beschlüsse der UN-Vollversammlung zeigen, trifft das übliche Sprichwort „Wer zahlt, bestimmt die Musik“ nicht mehr zu. Vielmehr werden die tatsächlichen Einfluss- und Machtverhältnisse in der den UN obliegenden Global- und Sicherheitspolitik nicht mehr durch die größten Beitragszahler allein bestimmt. Bei Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gilt hingegen anstelle des Grundprinzips der UN „one state, one vote“ die Regel des „weighted voting“, das heißt eine am finanziellen Beitrag des Mitgliedes ausgerichtete Stimmengewichtung.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die mangelnde Informationsbereitschaft der Bundesregierung zum Teil durch diplomatische Rücksichtnahme gegenüber den höchst prestigebewussten kleinen Mitgliedstaaten, die nur den Minimalbeitrag bezahlen (immerhin sind es ein Viertel), jedoch ein gewichtiges Wort mitreden wollen, bedingt ist. Nicht zu verkennen ist auch die Tatsache, dass aus den vielfältigen Aufgabenbereichen der UN eine Vielzahl von Zuständigkeiten deutscher Ministerien resultiert. Mag die Ressortverteilung aus Gründen der Fachkompetenz sinnvoll und zweckmäßig sein, so stellt sich doch die Frage nach einer Koordinierungsstelle, die nicht nur eine einheitliche Positionierung und Interessenwahrung deutscher Belange gewährleistet, sondern auch die Finanzbeiträge der BRD und ihre zweckbestimmte Verwendung kontrollieren sollte. So stammen die deutschen Zahlungen an das UN-System aus zehn der insgesamt 22 Einzelpläne des Bundeshaushaltes. Der mit Abstand größte Betrag für 2009 entfällt mit 669 Millionen Euro auf das Auswärtige Amt, dem auch die federführende Rolle im Verhältnis zu den UN zukommt. Namhafte Beträge kommen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit 183 Millionen Euro, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) mit 49 Millionen und einigen anderen Ministerien. Die Bundesrepublik zahlt auch für die von den UN eingerichteten Strafgerichtshöfe.

Neben den Pflichtbeiträgen, die den ordentlichen Haushalt der UN, friedenserhaltende und spezielle Maßnahmen finanzieren, gibt es die freiwilligen Leistungen. Hier rangiert Deutschland jedoch erst auf Platz 11 (2007). Vermutlich ist dieser bescheidene Rang auf die Bevorzugung bilateraler Hilfe zurückzuführen.

Wenngleich die UN unter ihrem Dach die weitaus größte Zahl der internationalen Organisationen vereinen, gibt es dennoch eine nicht genannte Zahl anderer internationaler Organisationen, an die die BRD aufgrund ihrer Mitgliedschaft Pflicht- und freiwillige Beiträge abführt.

Kosten für die UN und ihre Unterorganisationen auf Einzelpläne verteilt

Ins Gewicht fallen aber weniger die Pflichtbeiträge, sondern vielmehr die freiwilligen Beiträge, die sich aus der Mitgliedschaft in diesen weltweit agierenden Hilfsorganisationen ergeben und ein Vielfaches der Mitgliedsbeiträge ausmachen. Das liegt nicht zuletzt an der ständigen Ausweitung der Aufgaben dieser Organisationen. Zu erwähnen sind die friedenssichernden und -erhaltenden Maßnahmen der Nato in den Regionen Balkan, Afghanistan, Nahost und Afrika, über deren Kosten weder detailliert, zeitlich abgegrenzt, zeitnah noch regelmäßig berichtet wird.

Neben den internationalen Organisationen ist die Bundesrepublik auch bei einer Reihe internationaler Finanzinstitutionen engagiert: der Weltbank (seit 1952) und der ihr angeschlossenen Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), für die die BRD mit 4,6 Prozent der drittgrößte Kapitalgeber ist. Darüber hinaus ist die BRD an einer Reihe von Entwicklungsbanken der Regionen Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika beteiligt. Die für alle diese Beteiligungen eingesetzten und bereitzustellenden Finanzmittel, einschließlich der Kapitalaufstockungen, bergen ein unkalkulierbares Risiko für das Geberland Deutschland in sich. In keiner veröffentlichten deutschen Statistik und keinem Jahresbericht findet sich eine Gesamtaufstellung der in diese Beteiligungen investierten Mittel, eine Ergebnisrechnung, ein Status der Kapitaltransfers in die Empfängerstaaten oder der Eventualverbindlichkeiten der BRD.

Dem politisch und wirtschaftlich vernünftig denkenden Staatsbürger ist bewusst, dass Deutschland als bedeutendes Industrieland und bis vor kurzem weltweit größter Warenexporteur sich seinem Rang entsprechend an internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen beteiligen muss. Der um das Wohl seines Landes, seines Volkes und der zukünftigen Generationen besorgte Bürger stellt sich zu Recht die Frage, weshalb ihm seine Regierung eine umfassende Auskunft über Gesamtzahlungen, Gesamtengagement und Gesamtverpflichtungen der BRD vorenthält. Soll er etwa annehmen, dass sie diese Beträge selbst nicht kennt und der Einfachheit halber zahlt, um dann eines Tages feststellen zu müssen, dass Deutschland zahlungsunfähig geworden ist. Es besteht dringender Aufklärungsbedarf.

*Dr. Rudolf Dorner, *1930, Wirtschaftswissenschaftler, Veröffentlichungen über wirtschafts- und finanzpolitische Themen, vier Jahrzehnte in leitender Stellung im nationalen und internationalen Bankgeschäft tätig.*

Die unbekannte Seite des Künstlers

Barlach und die Frauen – Zwei Ausstellungen in Lübeck zeigen Bilder einer problematischen Beziehung

Religiosität und menschliches Leid stehen im Mittelpunkt des Werks von Ernst Barlach. Zwei Ausstellungen in Lübeck zeigen jetzt, wie sich das Frauenbild des Bildhauers und Grafikers im Laufe von nahezu drei Jahrzehnten gewandelt hat.

Vielleicht lag es daran, dass Ernst Barlach fünf Großmütter hatte, wie er in seiner Autobiografie schrieb. Die Weiblichkeit hat ihn sein Leben lang fasziniert, erregt und überfordert. Sein problematisches Verhältnis zu Frauen spiegelt sich in seinem Schaffen wider. Die bislang umfassendste Barlach-Schau zeigt jetzt in Lübeck den bedeutenden Expressionisten von einer unbekannten Seite. Das Museum Behnhaus Drägerhaus

Überraschende Facetten präsentiert

präsentiert seine Frauengestalten in überraschenden Facetten, das Günter Grass-Haus sein literarisches Schaffen mit lange verschollen geglaubten Manuskripten.

Seine Bilder der Frau sind geprägt von ambivalenten Gefühlen, von Lust, Ängsten und von Ehrfurcht vor der Mutter des Lebens. Er zeichnet Heilige, Hexen, Femmes fatales, Furien, erotische Venus-Gestalten und verbrauchte Leiber. Schon zu Beginn seines Studiums befasste Barlach sich wie gebannt mit den weiblichen Formen und ihrer künstlerischen Formung, obwohl er das Aktzeichnen als Zumutung empfand. Sein Kampf gegen seine Mutter – sie wollte den Sohn, der sich zu Hohem berufen fühlte, aus der „Enge ihrer Küche“ nicht entlassen – prägte wohl seine gestörte Beziehung zum weiblichen Element. Auf seinem Bild „Die Siegerin“ sitzt ein Mann vernichtet in einer Ecke, eine Frau wendet ihm ihre pralle Kehrseite zu. Die sündigen Kellnerinnen im Pariser Etablissement „Caveau de Innocentes“ („Keller der Unschuldigen“) tragen auf der Zeichnung „Ballpause“ Engelsflügel.

Barlachs Weg führte steil nach oben. Der 1890 in Wedel (Holstein) als Sohn eines Arztes geborene Künstler wurde mit 18 Jahren Meisterschüler der Kunstakademien in Hamburg und Dresden. Nach Abschluss seiner Ausbildung verbrachte er Studienjahre in Paris, wo er sich von Auguste Rodin und Edgar Degas inspirieren ließ. Zurück in Deutschland erhielt er Aufträge für Plastiken, Ehrenmale und Lithografien. Der Kontakt zum Künstlerkreis Berliner Secession und zu Paul Cassirer, dem mächtigen Verleger und Galeristen, beflügelte seine Karriere. 1919 wurde er Mitglied der Preußischen Akademie der Künste.


Ernst Barlach: Der Schwebende (Bronze, 1927) Bilder (2): Ernst-Barlach-Haus


Ernst Barlach: Die Siegerin (Zeichnung, 1897)

Seine Beziehungen zu Frauen verliefen weniger glücklich. Der Akt „Sitzende Frau von vorn“ hat eine für Barlachs Werk ungewöhnlich erotische Ausstrahlung. Modell stand ihm die Näherin Rosa Limana Schwab. Sie wurde Mutter seines Sohnes Nikolaus. Die Liaison hielt nicht lange.

Nach der Trennung von Rosa Schwab erfocht Barlach in einem Aufsehen erregenden Prozess das alleinige Sorgerecht für seinen zu diesem Zeitpunkt vierjährigen Sohn. Das schlechte Gewissen darüber, dass er der Mutter ihr Kind nahm, aber auch seine Rechtfertigung, verarbeitete er in seinem Drama vom „Toten Tag“. Darin heißt es: „Göttersöhne sind keine Muttersöhne.“

Im späteren Lebensalter wandelte sich Barlach zum mitfühlenden Betrachter geplagter, benachteiligter Frauen. Er zeichnete schwer arbeitende Bäuerinnen, Bettlerinnen, Trauernde und verhärmte Alte. Die weibliche Anatomie verschwindet vollständig unter Stoffhüllen, ist blockhaft verfremdet. Er skizziert auch Verlorene und Verfemte, Alkoholikerinnen und Engelmacherinnen mit einer Schar ungeborener Kinder. Leidende Frauen werden zum Symbol für das Leid der Welt. Sein Sinn fürs Pragmatische hindert ihn aber nicht daran, das Motiv einer Bettlerin in einem Werbeplakat für eine Thermoskanne aufzunehmen.

In seinen bekanntesten Auftragswerken, „Der Schwebende“ für den Güstrower Dom, eine Bronzeplastik, welche die androgynen Gesichtszüge von Käthe Kollwitz trägt – wenn auch nur zufällig, wie Barlach betonte: „Rein zufällig, nicht beabsichtigt. Übrigens, ganz nebenbei, ist die Kollwitz ja wohl eine Ehrung wert" –, und der „Frau im Wind“ aus dem Relief für die Lübecker Katharinenkirche schuf Barlach einen vergeistigten, überirdischen Frauentyp.

Den Figurenzyklus konnte er nicht vollenden. Die Nationalsozialisten diffamierten Barlachs Werk als „entartete Kunst“. Der „Geistkämpfer“ vor der Kieler Nikolaikirche und der „Schwebende“ wurden abmontiert.

Als Barlach im Oktober 1938 in einem Rostocker Krankenhaus starb, fuhr Käthe Kollwitz zur Trauerfeier nach Güstrow. Eindrucksvoll ist ihre Schilderung der Begegnung mit dem toten Kollegen, von dem sie eine Kohlezeichnung auf dem Totenbett fertigte: „Der Sarg steht in der Mitte des Raumes. Er ist feierlich und kostbar aufgebaut. Ein schwarzer Teppich und weiße Atlasdecken. Barlach ist ganz klein. Er liegt mit ganz zur Seite gesenktem Kopf – als ob er sich verbergen wolle. Die weggestreckten und nebeneinander gelegten Hände ganz klein und ganz mager. Ringsherum an den Wänden seine schweigenden Gestalten. Hinter dem Sarge Tannen aufgebaut. Über dem Sarge die Maske des Güstrower Dom-Engels. Um den Sarg herum läuft sein kleiner Hund und schnuppert zu ihm auf ..." Seinen Frieden mit der Weiblichkeit hat Ernst Barlach zuletzt gemacht. Bis zu seinem Tod lebte er zwölf Jahre mit der Bildhauerin Marga Böhmer in einer harmonischen Beziehung in Güstrow. 2010 wurde Ernst Barlach posthum zum Ehrenbürger der mecklenburgischen Stadt ernannt.

Klaus J. Groth/os

Die Lübecker Doppelausstellung ist bis zum 29. Mai zu sehen: „... das Kunstwerk dieser Erde. Barlachs Frauenbilder“, Museum Behnhaus Drägerhaus, Königstraße 9–11; „Ernst Barlach – Mythos und Zukunftstraum“, Günter Grass-Haus, Glockengießerstraße 21, geöffnet bis 31. März, dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr, ab 1. April von 10 bis 17 Uhr, Eintritt 8/4 Euro.

IN KÜRZE

Der Kunst auf der Spur

Rote Spuren führen durchs Foyer des Edwin-Scharff-Museums. Waren Wölfe da? Wer den Tatzenabdrücken folgt, kommt dabei Tieren auf die Spur, wilden und zahmen und sogar kuriosen wie etwa dem Horchtier. Derzeit wimmelt es im Edwin-Scharff-Museum am Neu-Ulmer Petrusplatz nur so von Tieren. Die neue Sonderausstellung „Giraffe, Pudel, Dromedar – Tierplastik deutscher Bildhauer des 20. Jahrhunderts“ und parallel dazu die Kabinettsausstellung des Künstlers Thomas Putze „Wilde Tiere“ präsentieren rund 80 Werke aus einer Berliner Privatsammlung und zahlreiche Werke des Stuttgarter Bildhauers. Die kleinste Tierfigur ist nur vier Zentimeter hoch, die größte immerhin über einen Meter. Wie auf eine saftige Weide gestellt werden die Tiere in zartgrünen Räumen präsentiert.

Die Ausstellung will zeigen, wie unterschiedlich sich Bildhauer im 20. Jahrhundert dem Thema Tier näherten. Zahlreiche Vertreter der autonomen Plastik haben sich dem Tiermotiv zugewandt, bei einigen – wie August Gaul oder Renée Sintenis – stand das Tier sogar im Mittelpunkt ihres Schaffens. Auch Edwin Scharff, der „Hausherr“ in Neu-Ulm, hatte Tiere zu einem seiner Hauptthemen gemacht. Pferde galt sein Augenmerk. Eine seiner Pferdeskulpturen ist in der


Bild: Museum

Emy Roeder: Einsame Ziege (Bronze, 1958)

Ausstellung zu finden. Auffallend ist, dass sich auch viele Bildhauerinnen wie Renée Sintenis, Emy Roeder oder Etha Richter dem Thema Tier zugewandt haben und damit sehr erfolgreich waren. Während Tiere in der Kunst bis weit ins 19. Jahrhundert hinein meist symbolische Bedeutung hatten, wurden sie seit Beginn des 20. Jahrhunderts um ihrer selbst willen geschildert. Die Ausstellung zeigt Werke von August Gaul, Ewald Mataré, Gerhard Marcks, Rudolf Belling und vielen anderen Künstlern, die naturalistische Darstellungen und präzise anatomische Studien schufen, aber auch abstrahierte, reduzierte Tierskulpturen entwarfen.

Kontrastiert beziehungsweise in Dialog gestellt werden diese Tierplastiken mit „Wilden Tieren“ des Stuttgarter Bildhauers Thomas Putze, denen im Neubau des Edwin-Scharff-Museums ein ganzer Raum gewidmet wird. Er wählt Materialien wie altes Holz, Metallschienen, Gummischläuche oder ausrangierte Besen. Dabei nähert er sich den Tieren respektvoll und zugleich mit Augenzwinkern. Ein Schwein etwa übt sich gymnastisch im Kletterseil, ein Greifvogel findet notdürftig Halt auf einem Abflussstampfer – die tierischen Charaktere haben ihre Nöte und Befindlichkeiten und sind offensichtlich in je individuelle Befindlichkeiten verstrickt.

esm

Die Ausstellungen „Giraffe, Pudel, Dromedar – Tierplastik deutscher Bildhauer des 20. Jahrhunderts“ und „Thomas Putze: Wilde Tiere“ im Edwin-Scharff-Museum, Petrusplatz, Neu-Ulm, sind bis 22. Mai dienstags und mittwochs von 13 bis 17 Uhr, donnerstags bis sonnabends von 13 bis 18 Uhr sowie sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen.

Ostpreußen nicht ausblenden

Joachim Mähnert spricht über den Stand des Ostpreußischen Landesmuseums auf dem Deutschlandtreffen

Am letzten Mai-Wochenende wird die Messe in Erfurt ganz im Zeichen der Elchschaufel stehen. Dann werden sich Tausende Ostpreußen aus nah und fern treffen, um ein Bekenntnis zu ihrer Heimat abzulegen. Neben politischen und kulturellen Veranstaltungen werden auf dem traditionellen Deutschlandtreffen auch zahlreiche Informationsstände auf großes Interesse stoßen. Zu den Ausstellern gehört das Ostpreußische Landesmuseum. *PAZ*-Redakteurin Silke Osman sprach mit dem Direktor des Museums, Joachim Mähnert.

PAZ: *Herr Dr. Mähnert, Sie sind mit einem Stand des Ostpreußischen Landesmuseums auf dem Deutschlandtreffen in Erfurt vertreten. Wie kann man auf etwa zwölf Quadratmetern die Arbeit eines Museums deutlich machen?*

Joachim Mähnert: Selbstverständlich kann ein solcher Stand nicht einen Besuch unseres Hauses mit zirka 2000 Quadratmetern Ausstellungsfläche ersetzen. Aber neben unserem Stand zeigen wir in Erfurt zwei Ausstellungen, mit denen wir zum einen über das Leben und Werk des Naturschriftstellers und Fotografen Walter von Sanden die wunderbare Landschaft Ostpreußens thematisieren, zum anderen mit einem Kunstzyklus an Flucht und Vertreibung erinnern. Unser eigentlicher Stand dient der Information und Kommunikation. Unser Museum wird und muss sich bekanntlich in den kommenden Jahren modernisieren, das werden wir vorstellen. Diesen Weg wollen wir mit den Ostpreußen gemeinsam gehen. Aber natürlich hat unser Stand auch ein Thema: Dieses Mal steht Trakehnen im Mittelpunkt.

PAZ: *Viele Landsleute kennen das Haus in Lüneburg. Was können Sie denen Neues präsentieren?*

Mähnert: Dank vieler Gespräche habe ich immer wieder erfahren, dass viele zwar unsere Ausstellungen schon gesehen haben, aber doch eigentlich sehr wenig über unsere Arbeit wissen. Ostpreußens Kulturgüter sind durch die Schrecken des Krieges, durch Flucht und Vertreibung, viel stärker vernichtet worden als andere Landesteile Deutschlands. Wir sammeln das, was gerettet wurde, um diese so reiche Kulturregion nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir sind auch ein wichtiger Ansprechpartner für Heimatstuben, insbesondere, was deren Zukunft angeht. Unsere Arbeit ist schließlich ein Sprachrohr für Ostpreußen: Wir wollen informieren, wir wollen Aufmerksamkeit erzielen, wir wollen faszinieren. Es wäre schön, wenn dies aus Erfurt mitgenommen würde, wenn all den Ostpreußen klar würde, wie wichtig wir für die Zukunft ihrer Heimat sind.

PAZ: *Die Erlebnisgeneration ist mehr als 60 Jahre nach dem Krieg deutlich weniger geworden. Wie wollen Sie der nachwachsenden Generation Flucht und Vertreibung sowie das Leben in der Heimat der Eltern und Großeltern anschaulich machen?*




Joachim Mähnert, Direktor des OL Bild: OL

Mähnert: Es ist unsere ureigenste Aufgabe, die deutsche Geschichte Ostpreußens kommenden Generationen zu erzählen und sie für Land und Leute zu begeistern. Wir können feststellen, dass gerade bei den Jüngeren das Interesse an Ostpreußen wieder wächst, sei es, weil sie das Land als Touristen erleben, sei es, weil diese unsinnigen Vorurteile zu Flucht und Vertreibung der Deutschen glücklicherweise langsam weniger werden. Nicht zuletzt setzt sich – wenn auch mühsam – die Erkenntnis durch, dass auch in einer globalisierten Welt eine nationale Kulturidentifikation Bedeutung hat. Hierbei kann Ostpreußen nicht ausgeblendet werden.

PAZ: *Sehen Sie eine Chance, auch die Menschen zu interessieren, die keine Wurzeln im Osten haben?*

Mähnert: Kultur und Geschichte Ostpreußens sind reich und vielfältig. Um auch die anzulocken, die bislang ohne Beziehung zum Land sind, werden wir immer wieder Brückenschläge versuchen, mit denen wir die enge Verquickung Ostpreußens mit der deutschen Geschichte aufzeigen und klar machen, wie viele bereichernde Impulse vom Osten ausgingen.

PAZ: *Mit welchen Mitteln wollen Sie dies erreichen?*

Mähnert: Wir werden Geschichten erzählen, den Menschen und seine Erfahrungen in den Mittelpunkt rücken. Flucht und Vertreibung lassen sich am besten durch die vermitteln, die diese Schrecken selbst durchleben mussten. Hierfür sammeln wir noch Material.

Traum und Trauma

Napoleon-Ausstellung in Bonn zeigt auch die Schattenseiten seiner Herrschaft

Mit gewisser Regelmäßigkeit gibt es große historische Ausstellungen über Napoleon. Speyer 1998, Wesel 2007 oder zuletzt 2009 die Schallaburg sind Stationen einer Annäherung. Seine Persönlichkeit und sein Wirken sind nicht einfach zu beschreiben. Mit der Ausstellung „Napoleon und Europa. Traum und Trauma“ gibt nun die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in der Bundesstadt Bonn einen großen Ein- und Überblick.

Der besondere Reiz von historischen Ausstellungen sind deren Exponate. Natürlich können und wollen Kuratoren unterschiedliche Bilder ihrer Thematik vermitteln, wollen Meinungen prägen. Bei Napoleon ist das auch 180 Jahre nach seinem einsamen Ableben auf St. Helena nicht einfach. Gegen Ende seiner Herrschaft 1814 stellte der österreichische Staatskanzler Gentz fest, man halte den Franzosen „entweder für einen Halbgott oder für ein Ungeheuer oder allenfalls für beides zugleich“. Es kommt sehr auf den Standpunkt an, von dem er damals und auch heute betrachtet wurde beziehungsweise wird. Er schuf einen effizienten Staat. Er sorgte sich um Kommunikationsmittel, vereinheitlichte das Rechtswesen und die Maßeinheiten. Er zerstörte Herrschaften und überlieferte Gefüge, was besonders durch Aufhebung der geistlichen Staaten in deutschen Territorien nachhaltig wirkte. Die Zerstörung war ihm Mittel zur Errichtung neuer, von Frankreich abhängiger Staaten. Gerade in Polen wird er darum verehrt, wird das kurzlebige Herzogtum Warschau (1807–1815) verklärt, ohne diesen Satrapenstaat als Spielball seines raumgreifenden Machtstrebens erkennen zu wollen. Um diese europäischen Wechselbeziehungen zu präsentieren, wartet die Ausstellung in der Bundeskunsthalle mit einem fast unbegrenzten Spektrum an Exponaten aus Europa auf.

Napoleons Genie, sein Glück und Scheitern vollzog sich im Felde. Quer durch Europa war der kleine Korse unterwegs mit seinen Armeen. Immer auf der Suche, den nächsten Gegner zu schlagen. Größer war Frankreich nie geworden. Kein europäisches Reich hatte seit dem Mittelalter bestanden, das vom Atlantik bis zum Rhein, von der Elbmündung bis zu den Pyrenäen, vom Ärmelkanal bis zum Tiber reichte. Aber alle abhängigen neuen Königreiche reichten ihm nicht aus. An England und Russland scheiterte sein Anspruch. Von der Invasionsflotte, die zur englischen Insel übersetzen sollte, zeigt die Ausstellung illusionäre Bilder. Von seinem fatalen Russlandfeldzug 1812 gibt es genügend Zeugnisse. Vom Hilfslazarett im Remter der Marienburg bis zum 2002 aufgedeckten Massengrab in Wilna ist es eine Linie, die einen Ausschnitt von den Leiden der Grande Armée bietet. In Wilna waren die Verwundeten im Winter 1812 schlichtweg erfroren, als die Temperaturen auf 39 Grad minus abstürzten. Im Massengrab wurden auf 6000 Quadratmetern 35000 besonders junge Soldaten gefunden. Ob die Präsentation durch Installationen für dieses Leid sensibilisiert? Die Reaktion der Besucher lässt eine Antwort nicht zu. Klaglos betrachten die Besucher die nachgestellten Einschüsse in Seife, die die großen aufgerissenen Wunden durch Bleikugeln belegen, oder den Volltreffer einer Kanonenkugel durch einen namentlich gekennzeichneten Küraß. Im Katalog wird ausführlicher beschrieben, wie aus Verwundeten Helden wurden. Auf den Schlachtfeldern störten die Verwundeten. Sie mussten liegen gelassen und durften erst nach dem Ende des Kampfes geborgen, somit zu spät betreut und auch dann ungenügend versorgt werden. Zu viele verwundete Helden störten und folglich hat sich Napoleon weder eigener Verwundungen gerühmt, noch Verwundungen wirklich beachtet. Diese Menschenverachtung ließ eine ganze Generation für den unersättlichen Machthunger des Franzosenkaisers verbluten. Die napoleonischen Kriege sollen bis zu fünf Millionen Tote und die doppelte Anzahl an Verwundeten verursacht haben. Am Ende hatte Napoleon keine Reserven mehr. Solche Ansichten lassen die ausgestellten Bilder siegreicher Einzüge, so seines Bruders Jérome am 7. Januar 1807 in Breslau, als kurze Episode erscheinen. Das Gemälde stammt aus Fontainebleau, wo eine ganze Galerie die fremden Siege feiern sollte. Napoleons Hybris steht seiner Eleganz, seinen Visionen entgegen. Kurz nur währte seine Freude über die Eroberungen, wie sie sich auch in einer Serie großformatiger, als Vasenschmuck vorgesehener Porzellanplaketten aus der Kaiserlichen Porzellanmanufaktur Sèvres zeigt. In dem Tondo ritzen die antikisierenden Personifikationen von Geschichte und Friede in eine Marmorsäule die Namen schlesischer Festungen ein. Am längsten war das zu unterst genannte Glogau in französischem Besitz. Die kürzere Anwesenheit in Breslau, Brieg, Glatz, Schweidnitz und Neisse reichte aus, überall den Hass auf alles Französische derart zu entfachen, das sich daraus auch in einem bis dahin ruhigen Schlesien die Erhebung der Befreiungskriege speiste.

Eine vielseitige, gelungene und gut besuchte Ausstellung

Wenn nun die Fama der Geschichte idealisiert auf der Festung Silberberg sitzt und auch Kosel auf ihr Schild schreibt, so zeigt dies im fernen Frankreich manche fälschliche Stilisierung. Es waren und sind die scheinbaren Kleinigkeiten, die auch große Systeme entlarven.

Mit erstaunlicher Deutlichkeit wird in Bonn der europäische Kunsttransfer thematisiert, der in Napoleons Gefolge stattfand. Paris zu einem Mekka der Künste und Wissenschaften zu machen, sei Ausdruck der „brutalen und massiven Aneignungspolitik Frankreichs“, sei „zum sichtbarsten und spektakulärsten Ausdruck einer … Aneignungsideologie“ geworden, die man als „die höchste Stufe der Unterwerfung des Kontinents“ und „die völlige Entmündigung der gedächtnislos gemachten Staaten“ zu verstehen habe. Eine solche Bilanz ist das Trauma, das auch Deutschland über den Moment geblieben ist, das freilich damals über „sich steigernde patriotische Identifizierung“ die Kunstrestitution 1814/1815 brachte. Verklärung kann es unter solchen Vorzeichen nur dort geben, wie bei unseren polnischen Nachbarn, wo das Träumen ohne Betroffenheit fortleben konnte. Vielleicht sollte man für sich selbst solche Leitsätze zum Kapitel „Objekte der Begierde. Napoleon und der europäische Kunst- und Gedächtnisraum“ aber doch in Verbindung mit Polen und insbesondere mit Russland setzen. Denn nach einem weiteren und in vielen unvergleichlichen Epochejahr 1945 wurde dort deutsches Kulturerbe ebenfalls eingesammelt, angeeignet und behalten. Die Ausstellung vermeidet es aus guten Gründen, den Helden Napoleon mit anderen Herrschern zu vergleichen, in deren Fußstapfen er sich selber sah oder die sich später mit ihm messen mochten. Wenn solche Aspekte dem Besucher in den Sinn kommen, wenn der programmatische Untertitel zu Assoziationen anregt, dann vermag man dies der vielseitigen, gelungenen und gut besuchten Ausstellung eben auch als einen wichtigen Beitrag zur historisch-politischen Bildung zuzuschreiben und zu danken.

Stephan Kaiser (KK)



Bild: Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland

Auch in der Ausstellung zu sehen: Französisches Militärlazarett in der Marienburg, wo die französischen und russischen Verwundeten nach der Schlacht von Friedland im Juni 1807 versorgt wurden

Die Ausstellung wird bis zum 25. April 2011 in Bonn, danach beim Musée de l'Armée in Paris gezeigt. Der fast 400-seitige, gebundene Katalog ist im Prestel-Verlag erschienen (ISBN 978-3-7913-5088-2) und kostet in der Ausstellung 32 Euro, im Buchhandel knapp 40 Euro.

Der »Vater« des Michelin-Männchens

Vor 80 Jahren starb mit André Michelin einer der beiden Gründer des gleichnamigen französischen Reifenkonzerns

Nicht nur Auto- und Zweiradfahrern ist „Michelin“ ein Begriff. Schließlich ist der französische Reifenhersteller mit seinen rund 100000 Mitarbeitern ein ganz großer in der Branche, nach Bridgestone sogar der größte. Gegründet wurde er von dem am 16. Januar 1853 geborenen Franzosen André Michelin und dessen sechs Jahre jüngerem Bruder Édouard. Am 28. Mai 1889 riefen die beiden in der Hauptstadt der französischen Region Auvergne, Clermont-Ferrand, die Gesellschaft Michelin et Cie ins Leben. Sinn und Zweck des Unternehmens war die Herstellung von Kautschukprodukten.

Zwei Jahre später hatte in Clermont-Ferrand ein Radfahrer einen Reifenschaden. Er fuhr einen an die Felgen geklebten englischen Luftreifen und wusste nicht, wie er den reparieren sollte. So ging er zur Michelin-Fabrik, die schon damals für ihre Kautschukprodukte bekannt war. Edouard Michelin nahm selbst die Reparatur des Reifens vor. Sie dauerte drei Stunden, noch einmal sechs Stunden dauerte das Trocknen. Michelin machte eine Probefahrt und entdeckte den unglaublichen Komfort des Luftreifens. Das war der Initialfunke für die Entwicklung des heutigen Weltunternehmens.

Edouard Michelin sah das riesige Marktpotenzial für Luftreifen, sobald ein grundlegendes Problem gelöst sein würde: Jeder Radfahrer müsste in der Lage sein, einen beschädigten Reifen schnell und einfach zu reparieren! Die Forschungen und Versuche, die Michelin in der Folgezeit betrieb, führten 1891 zur Anmeldung eines Patents für den demontierbaren Luftreifen.

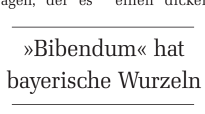
Demontierbare Luftreifen

Das Produkt war erfolgreich. In den industriellen Zentren Europas und der USA entstanden Michelin-Niederlassungen. Das Stammwerk in Clermont-Ferrand zählte 1906 bereits 4000 Beschäftigte. In London gründete Michelin die Michelin Tyre Co. Ltd. und in Deutschland die Michelin Pneumatik AG. 1907 entstand in Milltown das erste Michelin-Werk Nordamerikas. 1908 produzierte Michelin die ersten Zwillingsreifen für Autobusse und Lastkraftwagen, um höhere Traglasten möglich zu machen. Im gleichen Jahr verstärkte Michelin sein Engagement für die Luftfahrt, stiftete zwei Große Preise zu ihrer Förderung, baute im Ersten Weltkrieg sogar selber Flugzeuge.

Wer auf den eigenen vier Rädern die Fremde bereits, benötigt außer Reifen auch Informationen. Ein Jahr nach der ersten Tour de France für Autos und passend zur Pariser Weltausstellung von 1900 erschien der erste rote Michelin-Führer in einer Auflage von 35000 Exemplaren. Kostenlos wurde er an Autofahrer verteilt. Er gab das Modell ab für weitere Automobil-Führer, die zwischen 1904 und 1914 für Europa, Nordafrika, Ägypten und andere Länder herauskamen. 1908 gründete André Michelin sein Pariser Verlagsprojekt „Routenplanungsbüro“ und startete einen regen Informationsaustausch über Reisen und Reiserouten. Hier konnten sich Reiselustige über Reiserouten in vielen Ländern kostenlos informieren, ebenso über Straßenzustände, Sehenswürdigkeiten sowie Hotels und Restaurants. 1910, kurz nach einer Petition an die Nationalversammlung, bei der die Nummerierung der französischen Straßen vorgeschlagen worden war, brachte Michelin die erste Straßenkarte heraus. 1926 wurde der erste Michelin-Stern für gutes Essen außerhalb der Hauptstadt vergeben. Im selben Jahr erschien von Michelin der ersten „Guide régional touristique“ für die Bretagne.

André Michelin Bild: Archiv

Über alledem wurde das Kerngeschäft mit Luftreifen nicht vergessen. 1923 entstand der „Comfort“, der erste Niederdruckreifen für Personenkraftwagen, der es auf eine Laufleistung von 15000 Kilometern brachte. Im Jahr 1930 erhielt Michelin sein Patent auf einen Reifen mit einvulkanisiertem Schlauch. Das war der Vorgänger des „Tubeless“, des schlauchlosen Reifens. Ebenfalls 1930 erfand Michelin das Zick-Zack-Profil, das deutlich mehr Grip liefert. 1931 nahm in Karlsruhe das erste deutsche Werk die Produktion von Michelin-Reifen auf.



Im selben Jahr, am 4. April 1931 starb André Michelin, neun Jahre vor seinem Bruder Édouard. Vorher, nämlich bereits 1894, hatte André allerdings noch den weltberühmten Sympathieträger des gemeinsamen Unternehmens geschaffen. Als sein Bruder auf der Weltausstellung in Lyon einen Stapel unterschiedlich großer Reifen sieht, die in weiße Stoffhüllen verpackt sind, meint dieser zu ihm: "Wenn er Arme hätte, sähe er fast wie ein Mensch aus." Angeregt durch ein Werbeplakat, das einen dicken, Bier trinkenden Bayern mit dem Spruch „Nunc est bibendum" zeigt, bestellt André ein Plakat, auf dem ein imposanter Reifenmann einen mit Glasscherben und Nägeln gefüllten Pokal hochhält – dazu die Worte „Nunc est bibendum! À votre santé! Le pneu Michelin boit l'obstacle!" (Nun wird getrunken! Auf Ihr Wohl! Der Michelin-Reifen verschluckt die Hindernisse!) „Bibendum" oder kurz „Bib" wird der Reifenmann deshalb in Frankreich und anderen Ländern genannt. Bei uns ist er einfach nur das Michelin-Männchen. *M.R.*

Bequeme Alternative zum Stadtschloss

Im Hotel Adlon verkehrten Europas Hochadel und Prominenz – Kaiser Wilhelm II. war Stammkunde

Das Hotel Adlon ist und war eine der ersten Adressen in Deutschlands und Preußens Hauptstadt Berlin. Vor 90 Jahren, am 7. April 1921, starb sein Gründer und Namensgeber Lorenz Adlon den Unfalltod.

Wer wünscht sich nicht eine Hochzeitsfeier in einem der angesagtesten Luxushotels der Welt? Für Prinzessin Viktoria Luise von Preußen ging dieser Traum 1913 in Erfüllung. Am 24. Mai heiratete die einzige Tochter von Kaiser Wilhelm II. den Prinzen Ernst August von Hannover im Berliner Schloss. Das Brautpaar erhielt so viele Geschenke aus dem Volk, dass zum Transport mehrere Möbelwagen eingesetzt werden mussten. Zu den Festlichkeiten waren zahlreiche gekrönte Häupter aus ganz Europa geladen, darunter der englische König Georg V. und der russische Zar Nikolaus II., die alle im Hotel Adlon residierten. In prunkvollem Ambiente stießen die Fürstenhäuser zum letzten Mal mit Sekt an und ließen die Pracht der Monarchie noch einmal aufleben, bevor der Erste Weltkrieg ausbrach. Zudem bedeutete die Hochzeit eine Aussöhnung zwischen Welfen und Hohenzollern, nachdem Preußen im Deutschen Krieg von 1866 Hannover besiegt hatte.



Lorenz Adlon Bild: Archiv

Die Geschichte des Hotel Adlon beginnt mit ihrem Gründer und Eigentümer Lorenz Adlon. In den 1880er Jahren zog es den aus Mainz stammenden Gastronom und Hotelier in die Hauptstadt. Dort errichtete er kurz nach der Jahrhundertwende das Hotel in feinster Lage am Pariser Platz mit Ausblick auf das Brandenburger Tor. Dafür musste das von Karl Friedrich Schinkel umgebaute Palais Redern weichen. Wilhelm II. weihte am 23. Oktober 1907 höchstpersönlich das Haus ein und wurde zu seinem größten Fürsprecher. „Kinder geht doch lieber ins Adlon, im Schloss ist es kalt und im Bad geht das heiße Wasser nicht“, empfahl er seiner Familie. Der Kaiser mochte den „alten Kasten“, wie er das Berliner Schloss nannte, nicht besonders, da es unkomfortabel war und das steife Hofzeremoniell sein Privatleben einschränkte. Ferner brauchte Berlin seiner Ansicht nach ein Nobelhotel für offizielle Anlässe, das es mit den Topadressen in Paris und London aufnehmen könne.

Hinter den klassizistischen Mauern mit Jugendstilzierrat des „Adlon“ verbarg sich zudem eine beeindruckende Ausstattung. Elektrizität und fließend warmes Wasser gehörten zum Standard. Rund um die Uhr konnten die Gäste das Café, das Restaurant, die Lounge, die riesige Lobby, den Rauchersalon, die Bibliothek, das Damenzimmer, den Musiksalon sowie den Wintergarten nutzen. Zusätzlich standen große Konferenzzimmer und ein Ballsaal zur Verfügung. Fast alle Räumlichkeiten waren im Stil Louis XVI. oder in Neobarock gehalten. Die Inneneinrichtung stammte von der bekannten Mainzer Möbelfirma Bembé, bei der Adlon einst eine Tischlerlehre gemacht hatte. Das Projekt verschlang die damals unvorstellbare Summe von 17 Millionen Goldmark.

Fortan fanden im „Adlon“ regelmäßig Gesellschaften, Kongresse und politische Diners statt. Um während der Ballsaison in den edlen Suiten des Hotels zu logieren, verkauften vornehme Adlige sogar ihre Winterpalais in Berlin. Ganze Ministerien zogen den prächtigen Kaisersaal ihren eigenen Festsälen vor. Internationale Prominente aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Film und Kultur gaben sich hier die Klinke in die Hand. Thomas Mann, Gerhart Hauptmann, Hans Albers, Mary Pickford, Herbert von Karajan, Eduard Künneke, Albert Einstein und Thomas Edison standen in den „Goldenen Zwanzigern“ ebenso auf der Gästeliste wie John D. Rockefeller, Henry Ford, Franklin D. Roosevelt, Aristide Briand, Gustav Stresemann und Friedrich Ebert. Hier wurde Marlene Dietrich entdeckt und Charlie Chaplin verlor auf dem Weg ins Hotel seine Hosenknöpfe. Der spätere Showmaster Peter Frankenfeld scheiterte als Page, weil er von einer für Reichspräsident Paul von Hindenburg bestimmten Eisbombe genascht hatte, und Billy Wilder interviewte als junger Reporter namhafte Gäste. Lorenz Adlon selbst erlebte die spätere Blütezeit seines Etablissements nicht mehr. Er starb vor 90 Jahren, am 7. April 1921, an den Folgen eines wenige Tage vorher erlittenen Verkehrsunfalls, woraufhin sein Sohn Louis und dessen zweite Frau Hedda die Leitung übernahmen.



Lorenz Adlons Werk: Das vom vor 90 Jahren verstorbenen Gastronomen und Hotelier errichtete „Adlon“

„In der großen Halle des Hotels“, kommentierte die „Berliner Morgenpost“ 1929, „hört man die Sprachen aller Kulturnationen durcheinanderschwirren.“ Diese weltoffene Atmosphäre behagte den Nationalsozialisten nicht, weshalb die SS-Oberschicht bei ihren Treffen auf den „Kaiserhof“ in der Wilhelmstraße auswich. Dabei hatte die Hoteldirektion extra auf der Speisekarte das französische Ragout durch das Würzfleisch ersetzt und für Reichsjugendführer Baldur von Schirach zeitweilig alle Federhalter, Tintenfässer, Bleistifte, Polstermöbel und Wandstoffe im berühmten „Adlon Blau“ verbannt, da der Politiker eine Abneigung gegen diese Farbe hatte.

Nachdem die Luxusherberge die Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg unversehrt überstanden hatte, brannte sie in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1945 bis auf einen Seitenflügel völlig aus. Schuld war wahrscheinlich eine brennende Zigarette, die die Russen bei ihrem Eindringen in den Weinkeller fallen gelassen hatten. Die Rotarmisten bescherten auch Louis Adlon ein tragisches Schicksal. Als sie in dessen Landhaus nach Akten suchten, schrie die Frau eines Angestellten die Soldaten an: „Nix Documenta! Da Generaldirektor.“ Die Russen verstanden nur „General“ und führten Adlon ab. Laut Totenschein soll er am 7. Mai 1945 gestorben sein.

Zu DDR-Zeiten wurde der erhalten gebliebene Flügel bis in die 1980er Jahre als Hotel und Restaurant genutzt und diente schließlich als Internat für Berufsschüler. Aufgrund des starken Verfalls entschied man sich 1984 für den Abriss. Nach dem Mauerfall erwarb die Kempinski Hotelbetriebsgesellschaft die Genehmigung für den Wiederaufbau des Hotels. Am 23. August 1997 war es soweit: Der damalige Bundespräsident Roman Herzog eröffnete das ehrwürdige Haus an seinem historischen Ort wieder. Die illustre Gästeliste mit Namen wie Queen Elizabeth II., Königin Silvia, Michail Gorbatschow, George Bush, Tina Turner, Dustin Hoffmann und dem Dalai Lama bestätigt das Motto: Adlon verpflichtet!

Sophia E. Gerber

Als Kriegsminister führte er das Zündnadelgewehr ein

Der Militäringenieur Gustav von Rauch gilt als letzter Vertreter der politischen Restauration

Ein Spezifikum der Technik ist, dass es bei ihr unbestreitbar einen Fortschritt gibt. Als Ingenieur im weiteren Sinne selber Techniker, war sich Gustav von Rauch dieser Tatsache bewusst. Und als Kriegsminister führte er das im preußisch-österreichischen Kräftemessen von 1866 so wichtige neuartige Zündnadelgewehr ein.

Abgesehen vom Sonderfall Technik stand Rauch Neuem allerdings kritisch gegenüber. Der am 1. April 1774 in Braunschweig geborene Preuße gilt denn auch trotz der von ihm beförderten militärischen Modernisierung als letzter Vertreter der politischen Restauration.

Innovation und Kreativität waren dem bedächtigen, auf die Verteidigung des Status quo bedachten Zauderer fremd. Mit Fleiß, Ordnung und Akribie verstand er es, das einmal Gelernte auf ihm gestellte Aufgaben anzuwenden. Der große preußische Militärreformer Gerhard von Scharnhorst bescheinigte ihm, „seine Geschäfte mit seltenem Eifer“ zu versehen und schrieb ihm: „Ohne Ihre Ordnungsliebe, Betriebsamkeit, Menschenkenntnis und Einsicht würde der mir bestimmte Wirkungskreis schlecht verwaltet werden.“ Verwaltung war Rauchs Stärke, nicht Gestaltung. Rauch war nicht der Typ, der mit Hurra in neue Sphären vorstieß. Als Angriff angesagt war, hat Rauch mehr als einmal gefehlt. Die Verteidigung des Bekannten und vermeintlich Bewährten war seine Stärke.

So lobte der von der Konvention von Tauroggen bekannte General Ludwig Yorck von Wartenburg denn auch bezeichnenderweise Rauchs Ordnung in der Defensive, wenn er nach dem Gefecht bei Königswartha-Weißig am 19. Mai 1813 schrieb: „Vorzüglich erwähne ich auch bei dieser Gelegenheit den Chef meines Generalstabes, den Obrist von Rauch, dem ich die Ordnung, mit welcher der nächtliche Rückzug durch die Defiléen vor sich ging, ganz besonders zuschreiben muss.“ Ansonsten soll Yorck, so zumindest sein Biograph Johann Gustav Droysen, Rauch eher „langweilig“ gefunden haben.

Er riet zur Defensive, als Offensive geboten war

Wenn Rauch Vertrauen und Achtung seiner Untergebenen besaß, dann lag das außer an seiner von Scharnhorst konstatierten Menschenkenntnis und großem Wohlwollen gegenüber seinen Mitarbeitern auch an seiner Ordnung, an ihrer ordentlichen Behandlung durch ihn. Rechtlichkeit und Unparteilichkeit werden in diesem Zusammenhang ausdrücklich als Tugenden von ihm genannt.

Menschenkenntnis und der ihm eigene Defensivgeist kennzeichneten auch seinen Umgang mit Vorgesetzten. Vorsichtig war er darauf bedacht, bei seinen Anträgen nie die Grenzen des Erreichbaren zu überschreiten.

Wir stoßen nun in das Feld der Spekulation vor, aber angesichts des Wesens und Wirkens Rauchs ist die Mutmaßung erlaubt, dass es bei ihm denn auch weniger Freude an technischen Neuerungen als die Neigung zum Festhalten an eingefahrenen Gleisen war, was ihn den Beruf des Militäringenieurs ergreifen ließ. Vor ihm hatte bereits sein Vater diesen Berufsweg eingeschlagen und an der Potsdamer Ingenieurakademie (Ecole de génie) hatte er diesen zum Lehrer.

Das Ende von Rauchs Ausbildung fiel in die Zeit der drei Teilungen Polens. Preußen expandierte in den polnischen Raum und Rauch wurde zur Erschließung und Verteidigung der neu erworbenen Gebiete eingesetzt. Er beteiligte sich an Landesaufnahmen und Befestigungsarbeiten und nahm auch an der Niederschlagung des Kosciuszko-Aufstandes 1794 teil. Über eine Tätigkeit als Adjutant des Generalquartiermeisters und Chefs des Ingenieurkorps kam er nach Berlin und in den neugebildeten Generalstab.

Dort lieferte er nach dem Ausbruch des Vierten Koalitionskrieges einen Beweis seiner defensiven Grundeinstellung, als er statt eines offensiven Vorgehens gegen die napoleonische Armee Maßregeln empfahl, die zur Teilung der eigenen Kräfte in die bei Jena und Auerstedt vereinzelt geschlagenen Heerhaufen führten. Nach der Doppelniederlage konnte er sich nach Preußen absetzen und fungierte erst beim vergeblichen Versuch, Danzig zu entsetzen, und dann beim Gouverneur Königsbergs Ernst von Rüchel als Generalstabschef.

Nach der Beendigung des Vierten Koalitionskrieges durch den Tilsiter Frieden wurde Rauch Scharnhorsts Kriegsministerium zugeteilt. Als sein Minister erst aus Rücksicht auf die französischen Besatzer aus der Schusslinie genommen wurde und dann nach dem Ausbruch der Befreiungskriege 1813 fiel, übernahm Rauch von diesem die Leitung des Ingenieurkorps und des Generalstabs. Als Generalstabschef diente Rauch erst Yorck und dann Gebhard Leberecht von Blücher. Und wieder verleitete seine defensive Grundeinstellung Rauch zu einem schlechten Rat. So riet er vom Übergang über die Elbe bei Wartenburg, die den Sieg der Alliierten in der Völkerschlacht bei Leipzig ermöglichte, mit der Begründung ab, dass der Zustand der schlesischen Festungen nicht gut genug sei, um im Falle des Misslingens das Heer genügend sicher zu stellen. Trotz dieses schlechten Rates wurde Rauch 1813 vorübergehend faktischer Leiter des Kriegsministeriums.

Ordnungsliebe und Betriebsamkeit statt Innovationen und Kreativität

Rauch war jedoch eher der Typus Zuarbeiter und nach dem Ersten Pariser Frieden übernahm im August 1814 Hermann von Boyen das Kriegsministerium. Rauchs Stärke war eben weniger die Schaffung neuer Formen, wie es so schön heißt, sondern die Ordnung verworrener und verwickelter Verhältnisse. Als Chef des Ingenieurkorps und Generalinspekteur der Festungen leitete er in der Friedensperiode nach den napoleonischen Kriegen den Aufbau der preußischen Befestigungslinien an Rhein, Elbe und Oder-Weichsel. Als Leiter der Seewehr-Kommission entwickelte er 1824 die Pläne zur Küstenverteidigung, aus denen nach seinem Tod 1848 die preußische Marine hervorging.

Als typischer Vertreter des preußischen Konservatismus und der Befreiungskriegsteilnehmer stand Rauch für ein gutes Verhältnis zur konservativsten der fünf Großmächte, zu Russland. Die Sympathie beruhte aus Gegenseitigkeit. Die russischen Zaren schätzten den Preußen. Wiederholt nahm er am preußisch-russischen Ingenieur- und Planaustausch teil. Auf Wunsch des Zaren Alexander I. besichtigte er 1822 die Festungen in Russland und auf Einladung von dessen Nachfolger Nikolaus I. später auch jene in Kongresspolen. Auch nahm Rauch als Abgesandter seines Landes an Nikolaus' Krönung teil.

Zum Ende seines Lebens wurde Rauch dann noch einmal formell, was er interimistisch und faktisch bereits in den napoleonischen Kriegen kurz gewesen war, Leiter des Kriegsministeriums. Nach dem Tode des Kriegsministers Job von Witzleben, den er vorher schon vertreten hatte, wurde er am 30. Juli 1837 dessen Nachfolger. Allerdings fing Rauch Ende 1838 selbst an zu kränkeln und bat deshalb Anfang Februar 1841 um seinen Abschied, der ihm noch im selben Monat gewährt wurde. Einen guten Monat später, am 2. April 1841, starb er in Berlin.

Manuel Ruoff

Politikern endlich die rote Karte zeigen

Zu: „Schnellabschaltung der Hirne“ (Nr. 11)

Der Artikel von Herr v. Gottberg ist gut. Wenn unsere Bevölkerung ihr Gehirn einschalten würde, dann hätte sie das Gelichter schon längst zum Teufel gejagt. Den Deutschen geht es immer noch zu gut, wie es schon bei den Römern hieß: „Brot und Spiele“. Brot ist immer noch vorhanden, auch wenn es immer teurer wird, und Spiele und Desinformation bringt das Fernsehen, damit die Bürger ruhig bleiben.

Wann erhebt sich der Deutsche von seinem Hintern und zeigt diesen Leuten endlich die rote Karte. Dieses Pack sind Angestellte des deutschen Volkes und nicht seine Herren. Der Amtseid, den Sie schwören – „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren“ –, ist für diese Leute nur ein Witz.

Aber: Ein großes Maul ist nichts mehr wert, wenn die harten Realitäten kommen und Menschen Not leiden. Hoffentlich haben sie sich schon einen schönen ruhigen Ort ausgesucht, um ihren Lebensabend zu verbringen. Wir möchten unsere Umwelt nicht versauen.

Horst Polakowski, Gernsheim

Nicht die Religion, sondern Respekt entscheidet

Zur Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“

In dem Zusammenhang und der Wortwahl kann man durchaus von „Blödsinn“ sprechen.

Der Islam und das Christentum, das seine gemeinsamen Wurzeln mit den Israeliten hat, sind Weltreligionen. Und: In Deutschland haben wir die Religionsfreiheit, die unter Friedrich II. von Preußen ihren Ausgang nahm. Wirkt sich eine Religion aber störend auf das Allgemeinwohl der gesamten Volksgemeinschaft aus, ist es die Pflicht der Regierung, dagegen einzuschreiten. Ausgenommen sind die Riten einer Religion in der Gemeinschaft und der Familie. Da Deutschland aber ein christliches Land ist, sollte der Islam die Rufe eines Muezzins nicht mit dem Läuten der Kirchenglocken vergleichen.

Wer zu Deutschland gehört, entscheidet nicht die Religionszugehörigkeit, sondern die Staatszugehörigkeit und die Einhaltung und Respektierung unserer Gesetze. Jede Debatte darüber ist wirklichkeitsfremd und daher Wortklauberei und Zeitverschwendung.

Elfriede Baumgartner, Brigachtal

Grüne wären GAU

Zu: „Schnellabschaltung der Hirne“ (Nr. 11)

Schon die Überschrift könnte nicht treffender formuliert sein! Dazu noch das Foto mit den rotgrünen Spitzenfunktionären, in deren Gesichtern sich förmlich die Betroffenheit widerspiegelt. Sollten diese Politiker an die Macht gelangen, so wäre das eine echte Katastrophe für unser Land oder – um es in der „Atomsprache“ auszudrücken – es wäre fürwahr das GAU, das Größte Anzunehmende Unheil, das der deutschen Politik widerführe! **Wolfgang Reith, Neuss**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Atomkraftgegner marschieren wieder: Teilnehmer eines Schweigemarsches für die Opfer der Katastrophe in Japan

Bild: M. Vedder/dapd

Frage von Anstand, Moral und Würde

Zu: „Vertritt die Bundesbank noch deutsche Interessen?“ (Nr. 6)

Nein! Eher französische, holländische. Mit Wettbewerb hat das nichts zu tun. Aber mit Abbau des Begriffes und wofür er steht.

Was veranlasste die Bundesbank zu ihrer Entscheidung gegen eine deutsche Einrichtung, deutsche Arbeitsplätze und deutsche Qualität. So wie es ist – Bundeskartellamt wies Klage der deutschen Bundesdruckereien ab –, ist es eine politische Entscheidung. Anstand, Moral und Würde sind Begriffe, die Deutschland in unbefristeten Urlaub geschickt hat.

Solange Politiker, Medien und andere von einer Gesellschaft statt einer Nation sprechen, solange gibt es keine nationale Würde. Was ist Würde in unserer Zeit? Würde im Fernsehen? Würde der deutschen Sprache (coffee to go, weblogs)? Würde gegenüber der Natur, einschließlich der Menschen, der Toten, der gefallenen Soldaten, der Ziviltoten? Wir müssen uns unsere Würde wieder erarbeiten! Dann kommen wir zum Anstand, der vielfach verloren gegangen ist. Moral? Kennen Politiker und Medien dieses Wort noch? Derartige Begriffe verführen nicht zu irgendeinem Gehorsam, nicht zu falschem Stolz. Sie sollen jeden Bürger, jede Bürgerin ermutigen, für sich und die Sache zu sprechen. In diesem Fall: Beibehaltung der deutschen Bundesdruckereien mit ihren angesehenen Druckerzeugnissen! Wenn man eine gute Bundesdruckerei hat, behält man sie. Das würde Frankreich ebenso tun, die Grand Nation mit großem Nationalgefühl – Deutschland mit mickrigem bis keinem.

Dr. M. Wriede, Hamburg

Instrumentalisierung der »Umwelt«

Zu: „Am Bürger vorbei“ (Nr. 10)

Auf dem E10-Gipfel wurde bessere Aufklärung beschlossen. Wird nun dieser Beschluss wirklich „Aufklärung“ bringen oder nur weitere Verschleierung? Bei der Diskussion vom E10 wurde ein wesentlicher Punkt nicht ausgesprochen, der Mitschuld an der Kaufenthaltung bei E10 sein könnte: Der Autofahrer fühlt sich bei der Preisgestaltung zum Narren gehalten.

E10 müsste ja eigentlich teurer sein als das in der Herstellung billigere alte Super und weil bei E10 bereits ein Risikozuschlag von zwei Cent je Liter „eingepreist“ ist, um Ölkonzerne vor Verlusten zu bewahren, wenn sie die EU-Quote nicht erfüllen. Heute wird aber dem Autofahrer für das eigentlich billigere alte Super ein deutlich höherer Preis abgenommen. Muss er sich dabei nicht veräppelt vorkommen?

Es ist sicherlich nicht das erste Mal, dass durch Instrumentalisierung der „Liebe zur Umwelt“ verursacht wird, aus gruppenegoistischen Motiven heraus den Bürger zur Kasse zu bitten. Ich denke dabei an die diktierte Einführung der Energiesparlampen „aus Liebe zur Umwelt“, aber ohne Rücksicht auf die Gefahr einer Umweltvergiftung durch Quecksilber.

Martin Knappke, Karlsruhe

Es war die NVA, die Schlimmeres verhinderte

Zu: „Kritik an Veteranen“ (Nr. 11)

Ja, Sie haben leider Recht. Nicht nur der Berliner Linkenchef Lederer will „mit denen nichts zu tun haben“. Auch andere linke Politiker wollen mit denen nichts zu tun haben, wie ich es selbst mehrfach erfahren durfte. Meist sind es gar die alten strammen SED- und FDJ-Kader, die es nach 1990 am schlimmsten trieben und zum Teil wie in Brandenburg heute noch treiben. Es könnte nämlich sein, dass die Ehemaligen Fragen stellen.

Zum Beispiel wie es dem ehemaligen Oberleutnant der NVA und damaligen Offiziershörer an der Militärakademie Dresden, Frank Marczinek, Anfang 1990 so schnell möglich war, zum Staatssekretär im DDR-Verteidigungsministerium aufzusteigen und ob dort vielleicht bereits der Grundstein für sein mehr als umstrittenes Agieren im Lande Brandenburg gelegt wurde? Denn im Herbst 2010 durften wir alle lernen, dass es eine mehr als enge Verquickung zwischen den Herren Marczinek und Speer (ehemaliger Brandenburger Innenminister) gab. Man muss dank Google kein Kriminalist sein, um herauszufinden, dass beide Ende der 1970er in Löbau waren.

Es könnte aber auch sein, dass ehemalige Generale und NVA zu Recht fragen, wer wirklich 1989 ein Blutbad verhindert hat? Modrow, Gysi und Konsorten waren es bestimmt nicht. Hierzu lohnt sich endlich eine ideologiefreie Diskussion. Nach meinen eigenen Recherchen und eigenen persönlichen Erfahrungen aus dem Herbst 1989 als ehemaliger Offizier der NVA komme ich zu der Schlussfolgerung, dass es Generale und Offiziere der NVA waren, die damals Schlimmeres verhüteten.

Verständlicherweise haben die linksdrehenden Medien heute keinerlei Interesse daran, dies zu thematisieren. Denn dann würden nicht nur der Linken die Wähler davonlaufen und manch linke Ikone wie Modrow vom Sockel fallen.

Gunter Flügel, ehemaliger Hauptmann der NVA, Potsdam

Reine Belastung

Betr.: Wem nützt die Zeitumstellung?

Ich erinnere mich, dass während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland die Sommerzeit eingeführt wurde. Es hieß damals: „Die Tageshelligkeit besser ausnutzen.“ Für die Rüstungsbetriebe wohl richtig. Als dann deutsche Truppen zwei Zeitzonen im Osten im Einsatz waren, also Moskauer Zeit, erklärte man uns, dass es wegen Nachschubtransportregelung sein muss.

Damit möchte ich betonen, dass die heutige Zeitumstellung von der Normalzeit keine neue Erfindung ist. Ich sehe heute keinen Grund für eine Zeitumstellung, sondern nur Nachteile. Man denke an die Gewohnheiten der Kleinkinder, Kranken, Haustiere und so weiter. Auch haben ältere Menschen technische Probleme beim Umstellen der modernen Uhren.

Wenn ein Betrieb einen längeren Abend wünscht, kann man eben eine Stunde früher anfangen. Deshalb muss ja nicht das ganze Volk (Mensch und Tier) darunter leiden.

Walter Fischer, Bochum

Falscher Adelstitel: Glücksburg mit Glücksstadt verwechselt

Zu: „Adelige entdeckt Kommune“ (Nr. 10)

Ein Gutteil meines Wochenendes widme ich der Lektüre Ihrer wirklich empfehlenswerten und gut recherchierten Zeitung, die auch dazu beiträgt, den eigenen politischen Horizont zu erweitern. Über einen kleinen Fehler bin ich dann aber doch gestolpert: In der Ausgabe 10 schreiben Sie vom „Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glückstadt“. Ein solches Haus hat es nie gegeben. Richtig müsste es heißen „Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg“.

Glückstadt ist ein entzückender Flecken nordwestlich von Hamburg nahe der Elbe. Das Schloss Glücksburg/Ostsee (fünf Kilometer östlich von Flensburg an der Förde gelegen) hingegen ist die Wiege einer Reihe von Herrscher- und Adelsgeschlechtern.

Aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg stammen aktuell auch die Herzöge zu Schleswig-Holstein und die Monarchen von Dänemark und Norwegen. Auch Prinz Philip, Ehemann der englischen Königin, sowie seine Kinder – also auch Kronprinz Charles und dessen Kinder William und Henry – sind Angehörige des Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg.

Torsten Schulze, Schleswig an der Schlei

Anmerk. der Redaktion: *Ja, der Leserbriefschreiber hat vollkommen Recht. Der Rezensentin, selbst in Lübeck geboren und somit Schleswig-Holsteinerin und zudem als Kind oft bei der aus Königsberg stammenden und in Flensburg lebenden Stiefoma zu Besuch gewesen, ist hier ein Schreibfehler unterlaufen.*

Zum Lokführerstreik: Einheitliche Lohnstandards sind keine Einheitslöhne

Zu: „Zu viel Einheit“ (Nr. 10)

Leider kratzt der Kommentar zu einem an und für sich wichtigen Thema nur an der Oberfläche; wie fast immer lohnt sich auch hier ein Blick hinter die Kulissen und auf die Vorgeschichte! Also los: Bis vor nicht allzu langer Zeit gaben im Bahnbereich drei Gewerkschaften den Ton an – die mit etwa 60 Prozent dominierende DGB-Gewerkschaft GdED, später in Transnet umbenannt, die etwa 25 Prozent der Beschäftigten umfassende und er zum Deutschen Beamtenbund (DBB) gehörende GDBA und die mit ihr im DBB verbundene Gewerkschaft deutscher Lokführer (GdL), in der nicht nur fast sämtliche Lokführer, sondern auch ein großer Teil des übrigen Fahrpersonals organisiert war (und ist).

GDBA und GdL bildeten bis vor wenigen Jahren eine Tarifgemeinschaft; selbige wurde aufgrund eines Streites um einen eigenen Tarifvertrag für das Fahrpersonal durch die GDBA aufgekündigt. Die Führung der GDBA wurde durch einen „Proporz-Ossi“ übernommen, dessen Vita ähnlich der von Frau Merkel aussieht: Im Westen geboren, als Kind mit den Eltern in die sogenannte „DDR“ gekommen, weil im Sozialismus ja alles viel besser sei – in diesem Geiste wuchs der kleine Klaus-Dieter Hommel auf; noch heute schreibt er gelegentlich für das „Neue Deutschland“. Kein Wunder, dass er nach der Trennung von der GdL auf eine Zwangsvereinigung von Transnet und GDBA hinarbeitete – selbstverständlich im DGB, der als Dachverband ja die größte Ähnlichkeit mit dem verflossenen FDGB hat! Zu dieser Zwangsvereinigung (zur jetzigen EVG) kam es dann im Herbst 2010. Etliche Mitglieder der früheren GDBA haben diese seither aus Protest verlassen – die GDBA war nach dem Krieg als konservatives Gegengewicht zur eher proletarisch gestrickten GdED (=Transnet) gegründet worden!

Die kleine, aber traditionsreiche GdL hingegen sah sich seit dem Ausstieg der GDBA aus der Tarifgemeinschaft nunmehr allein auf weiter Flur; wollte sie existieren, so musste sie für die Interessen ihrer Mitglieder kämpfen! Dass sie dies seither mit allen legalen Mitteln tut, ist legitim. Vor allem aber muss man sich klarmachen, dass die Ausschreibungspraxis in der Europäischen Union dazu führt, dass immer billigere Anbieter aus den entlegensten Ländern auf unsere Verkehrsmärkte drängen! Sehen Sie sich die Lkw-Kennzeichen auf der A2 und der A6 an – dann wissen Sie, was Sie demnächst auch im Bahnverkehr erwartet! Wollen wir, dass Rumänen und Bulgaren unsere Regionalzüge fahren (auf den Güterzügen sind schon viel mehr von ihnen unterwegs!), während unsere hiesigen ehemaligen Bahnangestellten von Hartz IV leben? Nein, die GdL hat Recht: Einheitliche Lohnstandards (das sind keine „Einheitslöhne“!) sind Minimalanforderungen, um das Schlimmste auf deutschen Schienen zu verhüten!

Merkwürdig auch: Der DGB fordert sonst bei jeder Gelegenheit Mindestlöhne; wenn jedoch jetzt die „feindliche“ (weil DBB-)GdL etwas ganz Ähnliches für ihre Leute verlangt, so muss das erbittert bekämpft werden!

Zum Abschluss sei noch an folgenden Sachverhalt erinnert: Bis Ende 1993 gab es die Deutsche Bundesbahn, das war eine Oberste Bundesbehörde; es gab einen kilometerabhängigen Fahrpreis, der von vereidigten Beamten sorgfältig ausgerechnet wurde, die niemals streikten; ein Gepäckstück konnte für (umgerechnet) 5 Euro durch die ganze Republik geschickt werden – fragen Sie mal nach, was das jetzt kostet! Neue Fahrzeuge wurden durch ein Zentralamt geprüft und erst abgenommen, wenn sämtliche Kinderkrankheiten auskuriert und abgestellt waren. Die Züge fuhren pünktlich, und wenn einmal nicht, so wurde auf jeden Fall der Anschluss abgewartet oder ein Ersatzbus beziehungsweise -Taxi bereitgestellt. Bei Personenunfällen wie Selbstmorden wurde einer der Beamten im Zug an der Unfallstelle zurückgelassen, und dann fuhr der Zug sofort weiter! Da dachte niemand an psychologische Betreuung und dergleichen, am allerwenigsten der betroffene Lokführer! Jetzt erst einmal die Reisenden ans Ziel bringen, hieß die Devise, danach sieht man weiter!

Dann hieß es: Der Staat könne nicht wirtschaften, die Privaten müssten 'ran. Ab 1994 bekamen die Bürger die private Eisenbahn, die sich die politischen Parteien – und nicht nur diese, sondern auch manch einer, der heute jammert! – so sehr gewünscht hatten; man wollte sie – jetzt soll man gefälligst nicht lamentieren, sondern sich mit den unvermeidlichen Folgen abfinden.

Die Preußen unter Bismarck haben klar erkannt, dass es ein Fehler gewesen war, Eisenbahnen privat betreiben zu wollen, und sie haben diesen anfänglichen Systemfehler mit hohem Aufwand und für teures Geld korrigiert. Unsere Politiker, namentlich die vielen „Verkehrsexperten“, hätten ruhig mal im Archiv nachlesen sollen, bevor sie damals im Bundestag die Hand hoben. Aber das hätte ja erstens Arbeit und zweitens Denken erfordert – für Parlamentarier völlig ungewohnte Tätigkeiten und daher nicht ernsthaft zumutbar.

Rainer Claaßen, Wülfershausen (Saale)

Das Ostpreußenblatt

Nr. 13 – 2. April 2011

MELDUNGEN

Brückenarbeiten begonnen

Lötzen – Nachdem vor einigen Wochen die denkmalgeschützte Klappbrücke über den Lötzener Seekanal durch einen russischen Lastkraftwagen beschädigt worden war, hat eine Firma aus Wilkassen nunmehr mit den Arbeiten zur Wiederherstellung des historischen Bauwerks begonnen. Der schwere Laster war aus Richtung Rhein kommend trotz Durchfahrverbots in Richtung Schloss abgebogen, um von dort über die Brücke in die Stadtmitte zu gelangen. Durch das Gewicht des Lasters wurden die Brückenträger und die Klapptechnik so stark beschädigt, dass die Brücke fortan weder befahren noch geöffnet werden konnte; die Durchfahrt durch den Kanal war dadurch komplett blockiert. Das Amt für Denkmalpflege war von Anfang an in die Planungen zur Instandsetzung eingebunden; der zuständige Konservator überwacht die Arbeiten persönlich. So ist sichergestellt, dass die Brücke, die eine der Sehenswürdigkeiten Lötzens darstellt, vollständig in den alten Zustand gebracht wird. Bis zur Sommersaison soll die Reparatur beendet sein. *R. C.*

»Baltiski« wirft Schatten voraus

Tilsit – Ungeachtet der Probleme mit dem japanischen Kernkraftwerk in Fukushima wird der Bau des Atomkraftwerks „Baltiski" unweit von Tilsit zügig vorangetrieben. Tilsit mit seiner Vielfalt an kulturellen und sportlichen Angeboten wird zum bevorzugten Ansiedlungsort für das künftige Personal des Kernkraftwerks. Eine St. Petersburger Grundstücksgesellschaft hat bereits im Osten der Memelstadt ein Areal von 26 Hektar zum Bau von Eigenheimen aufgekauft. Wie der Tilsiter Stadtarchitekt Alexej Samargin bestätigte, wird noch in diesem Jahr mit dem Bau von insgesamt 276 Fertighäusern begonnen. Fünf bis sechs verschiedene Typen sind im Angebot, die in moderner Bauweise errichtet werden und über eine Grundstücksfläche von je 700 bis 800 Quadratmetern verfügen. Die neue Eigenheimsiedlung im Osten der Stadt ist nicht das einzige Bauvorhaben angesichts des erwarteten Zustroms an Einwohnern. Zwischen der Ragniter und der Kastanienstraße sollen mehrere fünfgeschossige Wohnblöcke errichtet werden. *H. Dz.*

Falsche Unterschrift

Allenstein/Hamburg – Die von der Fotoagentur übernommene Unterschrift unter dem Bild zum Beitrag „Als Tilsit verloren ging" auf der Seite IV der letzten Ausgabe der *Preußischen Zeitung* ist falsch. In April 1945 wurde Allenstein nicht von den Sowjets erobert, sondern war es bereits. *PAZ*

Barrierefreier Trolleybus eingeführt

Doch viele Probleme alter und behinderter Königsberger bleiben bestehen

Auf Königsbergs Straßen verkehrt auf der Linie Nr. 7 ein ungewöhnlicher Trolleybus. Es ist das erste öffentliche Verkehrsmittel mit senioren- und behindertengerechter Ausstattung.



Barrierefreier Trolleybus: Er ist der neue Stolz des Königsberger Öffentlichen Personennahverkehrs. Bild: Tschernyschew

Der neue Trolleybus wird im Volksmund „Schmied" genannt. Er wurde in der weißrussischen Fabrik „Belkommunmasch" hergestellt. Der 8,6 Millionen Rubel (rund 125 000 Euro) teure Bus ist mit einer Auffahrrampe ausgestattet, die Rollstuhlfahrern die Fahrt in dem öffentlichen Verkehrsmittel erleichtern soll. Allerdings funktioniert die Rampe nicht vollautomatisch, das heißt, der Fahrer muss bei jeder Benutzung die Rampe persönlich ausfahren und wieder einklappen.

Der Bus ist in der Lage, zirka 500 Meter im Akkubetrieb zu fahren. Das ist besonders praktisch beim Umfahren von Hindernissen auf der Strecke, wenn der Kontakt zur Oberleitung einmal verloren gehen sollte. Bürgermeister Alexander Jaroschuk hat angekündigt, weitere zehn dieser Busse mit Sonderausstattung anzuschaffen, falls sich der erste bewähren sollte. Er stellte außerdem in Aussicht, dass die Stadtverwaltung die Fuhrunternehmer in Zukunft dazu anhalten werde, wie schon jetzt in Ausschreibungen, mindestens zehn Prozent ihres Fuhrparks behindertengerecht auszustatten. Die Stadtverwaltung will insgesamt den öffentlichen Nahverkehr den Bedürfnissen von Behinderten anpassen.

Im Rahmen des Programms „Erhöhung der Verkehrssicherheit 2009 bis 2012" wurden in den vergangenen zwei Jahren bereits zehn Fußgängerampelanlagen mit Signaltönen für Sehbehinderte ausgestattet.

Doch die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr ist nur eines der Alltagsprobleme für Menschen mit Behinderungen. Denn Invaliden sind vom aktiven Leben praktisch ausgeschlossen. In Königsberg leben heute zirka 40 000 Menschen mit Einschränkungen, also jeder zehnte Bürger. Sie leben auf 500 Häuser der Stadt verteilt. Nur 34 von ihnen sind mit Rampen und Geländern versehen, 142 verfügen über Aufzüge. Die meisten sind jedoch so eng, dass kein Rollstuhl hineinpasst. Das führt dazu, dass die Mehrheit der Rollstuhlfahrer in ihren eigenen vier Wänden eingesperrt lebt und nicht einmal den Weg zur Bushaltestelle schafft. Das ist der Grund, weshalb auf den Königsberger Straßen auch keine Menschen mit Rollstühlen zu sehen sind.

> Jeder Bus kostet rund 125 000 Euro

Selbst Krankenhäuser verfügen meist nicht über die notwendige Ausstattung, oft nicht einmal über Aufzüge. Es gibt noch großen Nachholbedarf bei der Schaffung behindertengerechter Zugänge, nicht nur zu sozialen Einrichtungen, sondern auch zu Geschäften. Auch bei den Bordsteinen, die in Russland sehr hoch sind und schon Gesunden leicht zur Stolperfalle geraten können, wurde bisher nicht daran gedacht, sie für Rollstühle oder Kinderwagen abzusenken.

So wundert es nicht, dass der neue Trolleybus halbleer seine Route abfährt und Invaliden darin nicht zu sehen sind. *Jurij Tschernyschew*

Grundsanierung in Allenstein abgeschlossen

Mit EU-Hilfe wurde das Wasserleitungs- und Kanalisationssystem der Woiwodschaftshauptstadt modernisiert

Nach zehn Jahren wurden in Allenstein die Modernisierungen des Wasserleitungs- und Kanalisationssystems abgeschlossen. Aus diesem Anlass fand im Sitz des städtischen Unternehmens unter Beteiligung von Stadtbeamten, Abgeordneten, Regierungsvertretern sowie Vertretern der Auftragnehmer eine Pressekonferenz statt. Der Vorstand des Unternehmens, Wiesław Panzer, beteuerte, die Stadt werde jetzt mindestens 30 Jahre lang keine Probleme mit der Wasserwirtschaft haben. Stadtpräsident Piotr Grzymowicz weihte auf dem Gelände des Unternehmens ein Wasserpumpen-Denkmal ein, das an diese historisch zu nennende Investition erinnern soll.

Die Modernisierung der Wasserleitungen und der Kanalisation wurde im Jahr 2001 begonnen. Damals wurde in Allenstein ein Finanzmemorandum über die notwendigen Zuschüsse unterzeichnet, anhand dessen der Stadt eine Subventionierung zugesichert wurde im Rahmen des ISPA-Programms der Europäischen Union. Als erstes förderte die EU die Modernisierung der veralteten Kläranlage „Lyna" („Alle"). Die Arbeiten daran begannen im Februar 2003 und endeten im Mai des folgenden Jahres. Die Investition hatten ein Volumen von über 9,2 Millionen Euro, die Hälfte davon kam vom ISPA-Programm.

Noch vor der Inbetriebnahme der modernisierten Kläranlage willigte die Europäische Kommission ein, dieses Projekt um eine Modernisierung des gesamten Wasserleitungs- und Kanalisations-Systems in Allenstein zu erweitern.

2006 unterzeichnete die Stadt ein Abkommen über den Entwurf und die Errichtung einer Trocken- und Verbrennungsanlage für die Abwasserabfälle. Weitere Modernisierungsarbeiten wurden 2010 abgeschlossen. Im Rahmen dieses Projekts wurden 22 Kilometer einer neuen Sanitäranlage, 18 Kilometer Wasserleitung und 13 Kilometer Regenwasserabflüsse gebaut, so Halina Zaborowska-Boruch, die stellvertretende Stadtpräsidentin für städtische Investitionen. Es sei auch hervorzuheben, dass bei diesen Arbeiten gleichzeitig Anlagen montiert wurden, die eine Verpestung des Flusswassers in der Alle verhindern sollen, wovon ja die ganze Region und das benachbarte Königsberger Gebiet profitieren würden.

Auf den Internetseiten des Wasserversorgungs- und Kanalisationswerkes Allenstein (PWiK) ist eine kurze Geschichte des Unternehmens veröffentlicht. Die Autoren haben dabei nicht vergessen, an die Anfänge vor 1945 anzuknüpfen. So ist dort auch nachzulesen, dass in den Jahren 1927 bis 1935 ein vollständiger Umbau des Pumpwerks und der Wasseraufbereitungsanlage durchgeführt und in den Jahren 1938 und 1939 eine Hilfskläranlage mit einer Leistung von 1000 Kubikmetern pro 24 Stunden sowie 1942 die Wasserentnahmestelle „Nord" mit einer Leistung von 100 Kubikmeter pro Stunde errichtet wurden. *Grzegorsz Supady*

Was ist ISPA?

ISPA" ist die Abkürzung von „Instrument for Structural Policies for Pre-Accession", zu deutsch "Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt". Es war eines von drei Programmen, mit denen die Europäische Union zu Beginn dieses Jahrtausends die Beitrittsvorbereitungen der damaligen Kandidatenländer unterstützte. In Ergänzung der Programme PHARE (Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies, Polen und Ungarn: Hilfe zur Restrukturierung der Wirtschaft) und SAPARD (Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development, Spezielles Beitrittsprogramm für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung) zielte ISPA auf die strukturpolitische Förderung von Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Umwelt und Verkehr sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in diesen Bereichen. Für den Zeitraum 2000 bis 2006 wurde es jährlich mit 1,04 Milliarden Euro ausgestattet. Zusammen mit PHARE und SAPARD wurde ISPA am 1. Januar 2007 durch IPA (Instrument for Pre-Accession Assistance, Instrument für Heranführungshilfe) ersetzt. *PAZ*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute Nacht war ich in Königsberg. Ich ging die Königstraße entlang, es war die alte Straße mit ihren Häuserfronten, an denen ich mich vom Roßgärter Markt kommend entlang tastete in Richtung Königstor. Das ich schon sehen konnte, aber ich wollte nicht dorthin, ich wollte in die Augustastraße, wo ich geboren wurde, oder in die Dinterstraße, in der wir zuletzt gewohnt hatten. Aber es war seltsam: Ich fand keine Straße, die abbog, weder die Jägerhof- noch die Lobeck- oder die Ziegelstraße, kein Königseck, keine Wilhelmstraße und erst recht nicht die von mir gesuchten Straßen meiner Kindheit und Jugendzeit. Es war alles wie zugemauert, und das Königstor blieb immer in der Ferne, auch wenn ich weiter ging. Als ich aufwachte, hatte ich das Gefühl, dass meine Füße einen sehr langen Weg gegangen waren.

Es sind die Träume, die immer wieder kommen. Und dann verstärkt, wenn in unserer „Familienpost" Briefe sind, die von Schicksalen berichten, die mit der verlassenen Heimat verbunden sind. Die kann man nicht so einfach lesen und beiseite legen, auch wenn keine Veröffentlichung gewünscht wird. Da wird so vieles wach und zwingt zum Nachdenken und bestimmt die Träume. Das geht nicht nur mir so, wie ich aus den Reaktionen auf die Erzählungen, die in die Heimat führen, entnehme. Manchmal ist es nur ein Wort, ein Name, ein Bild, ein Begriff, nach dem gesucht wird – schon ist die Erinnerung da, auch nach 60, 70 oder noch mehr Jahren. Das habe ich auch aus den vielen Zuschriften zu meiner Erzählung von den „Veilchen am Litauer Wall" zu spüren bekommen, die ich noch immer erhalte. So schrieb mir eine Königsbergerin, die heute in der Schweiz lebt: „Ihre wunderschöne Geschichte hat mich tief berührt. Alles ist auch in mir vorhanden und wurde wieder lebendig. Meine Kindheit war genau so, wie Sie es beschreiben. Vielleicht haben wir als Kinder Kontakt gehabt?" Kann schon sein, liebe **Edith Eckell-Eggert**, denn die Straße Ihrer Kindheit, die Altroßgärter Predigerstraße, lag ja auch in Litauer Wall-Nähe. Die Sehnsucht nach der Heimat hat auch das Leben dieser Königsbergerin geprägt, und sie hat ihr schreibend und malend Ausdruck verliehen. In ihrem Buch „Schatten der Sehnsucht" und in ihren wunderschönen Rosenbildern.

„Wieder hat ein Beitrag von Ihnen in mir Kindheitserinnerungen aufgerührt", schreibt auch Frau **Hanna Büchele** aus Backnang. Sie liest erst seit kurzem unsere Zeitung und spontan griff sie zur Feder, als sie unsere Ostpreußischen Familie entdeckte, denn sie wurde 1920 in Gumbinnen geboren. Als ihr Vater, der Bahnhofsvorsteher **Erich Lübberstedt**, 1926 nach Königsberg versetzt wurde, war das zuerst ein Schock für die Sechsjährige, denn sie wohnten nun in einer Großstadtstraße, die Gumbinner Garten- und Wiesenfreiheit gab es nicht mehr, aber dafür herrliche Sommerferien in Neukuhren. Schon in ihrem ersten Brief berichtete Frau Büchele ausführlich über ihre Kindheit und Jugend in Ostpreußen, ergänzte ihre Ausführungen dann im zweiten und legte auch einige Wünsche vor. Ich kann leider nur auf einige gravierende



Beinwell (Symphytum) Bild: privat

Ereignisse eingehen, die vielleicht auch bei anderen Leserinnen und Lesern Erinnerungen wecken. Die junge Hanna wurde zum Kriegsdienst in Lötzen verpflichtet, musste in Rastenburg Panzergräben ausheben, kam dann nach Heiligenbeil, wo sie in der Apotheke des Flugplatzes arbeitete. Dann im Februar 1945 Flucht über das Frische Haff nach Pillau, von dort mit einem Handelsschiff nach Gotenhafen, weiter mit der Kriegsmarine nach Swinemünde. Frau Büchele erinnert sich noch sehr genau an einige Episoden aus dieser Zeit, auch an ihre Schulzeit auf dem Körte-Oberlyzeum, die sie 1929 mit dem Abitur abschloss. Von ihren damaligen Mitschülerinnen ist ihr leider nur noch ein Name – **Ruth Mai** geborene **Pickard** – in Erinnerung. Vielleicht melden sich jetzt ehemalige Klassenkameradinnen, darüber würde Frau Büchele sich sehr freuen. Auch wenn ein kleiner Wunsch, bei dem ich leider passen muss, aus unserem Leserkreis erfüllt würde. Es handelt sich um eines der damals sehr beliebten Scherzlieder, das Hanna bei ihrer Königsberger Lautenlehrerin lernte: Eine Pellkartoffel liebte einen Hering und schleppte ihn schließlich zum Altar. Refrain: Du böse Pellkartoffel du, lässt den armen Hering nicht in Ruh! Ich kenne nur ein ähnliches Lied, das von dem Hering, der sich – oh Wunder – in eine dicke Flunder verliebt. Na ja, jede Zeit hat ihre Lieder. (Hanna Büchele, Erlenweg 20 in 71522 Backnang, Telefon 07191/88501.)

Und viele Erinnerungen hat auch das Spiel „Gottes Segen bei Cohn" geweckt. Übrigens habe ich es auch noch bis vor einigen Jahren mit meinen Enkeln gespielt, deshalb konnte ich die Regeln so gut erklären. Dass die stimmen, stellte ich zu meiner Genugtuung fest, als ich in meinem Archiv den Briefwechsel mit einem Leser fand, der mir die Regeln zugesandt hatte – vor 27 Jahren! Herr **Pfaehler** konnte damals als Quelle das Buch „99 Kartenspiele" angeben, womit er beweisen wollte, dass das Spiel nicht nur auf Ostpreußen begrenzt war. Er selber hatte es als Kind daheim in Szittkehmen/Wehrkirchen nur zu gerne bei Familienfeiern gespielt, weil die Kinder als vollwertige Partner galten. Für Frau **Roswitha Kulikowski** gehörte in ihrer Kindheit die Karten-Lotterie zum wöchentlichen „Großelterntag". Opa **Paul Saßnick** war Bankdirektor, und so standen Zahlenspiele auf dem Programm, die vier Enkelkinder waren eifrig dabei, denn es gab Belohnungen. Bei der Karten-Lotterie wurde auf jede zugedeckte Karte etwas Süßes gelegt. Es begann mit Zuckerlinsen und führte mit aufsteigenden Werten über Kekse und Bonbons bis zu zum Hauptgewinn, einem Stück Schokolade. Das war für die Kinder damals schon wirklich etwas Besonderes, denn es war ja mitten im Krieg! Als Frau Kulikowski später mit ihren Kindern diese Tradition fortsetzen wollte, stieß sie allerdings auf wenig Gegenliebe. Vielleicht weil sie mit einem einsamen Gummibärchen auf der ersten Karte begann, das war wohl zu mager. Ja, das sind so liebenswerte Erinnerungen, die sich aufgrund einer kleinen Anfrage ergaben.

Und dann lassen wir mal wieder „Heimat schmecken". Da geht es um das „Judenmus", nach dem wir auf Wunsch von Frau **Irene Sanden** aus Bergheim in Folge 5 gefragt hatten. Ein voller Erfolg, denn sie erhielt rund ein Dutzend Faxe, Anrufe und Briefe mit Rezepten. Frau Sanden schreibt: „Seltsamerweise kamen die meisten Rezeptspender aus dem Norden Ostpreußens. Ein Grundrezept schälte sich heraus: Wasser kochen, Mehl mit Wasser zu Klunkern kneten und in das kochende Wasser geben. Pfeffer und Salz zugeben, eventuell Lorbeerblätter, Speck (Spirkel) ausbraten, Zwiebel zugeben und zischend in die heiße Suppe geben. Fertig. Mit Roggenmehl hieß die Suppe Schwarzmus. Als ich das Rezept hatte, wurde ich auch im Doennigschen Kochbuch fündig." Frau Sanden besitzt noch dieses klassische ostpreußische Rezeptbuch, nachdem schon unsere Urgroßmütter kochten, in einer Ausgabe von 1923, die ihre Schwiegermutter ihr vererbt hat. Darin fand sie das Rezept als „Buttermus" (Mehlsuppe), in dem unsere guten ostpreußischen „Klunker" so fein als „Klümpchen" bezeichnet werden. Ich wurde dann auch in meiner Nachkriegsausgabe des Doennigschen fündig, und da steht es in zwei Versionen, als „Mehlsuppe" wie als Roggensuppe mit Speck (Speckmus) verzeichnet. Der Ausdruck „Judenmus" für dieses einfache, aber sättigende Gericht wurde also nur im allgemeinen Sprachgebrauch verwendet.

Was Frau Sanden besonders berührte, waren die Gespräche, die sich aus den Anrufen ergaben. Denn es blieb zumeist nicht bei den Rezeptangaben, sondern es kam auch zu einem Austausch der Erinnerungen an die Heimat und das gemeinsame Vertriebenenschicksal. „Wie wohl Leid kam da zur Sprache!", schreibt Irene Sanden. „Und wir mussten damit fertig werden ohne Psychiater oder andere seelische Betreuung. Ich bin übrigens im letzten Zug aus dem südlichen Ostpreußen gewesen, der bei Grünhagen auf einen Lazarettzug fuhr. Wir Flüchtlinge wurden dann anschließend auf den Bahngleisen von den Russen zusammen geschossen. Panzersplitter haben auch mich erwischt." Wie bei Frau Sanden, die ja „nur" nach einem Rezept suchte, genügt ein kleiner Anstoß, um in ein Gespräch zu kommen, das besonders für ältere Menschen wichtig ist.

Auch bei Frau **Ilse Conrad-Kowalski** war dies der Fall, als sie Antworten zu ihrer Frage nach dem Hotel Germania in Königsberg erhoffte – es blieb aber bisher bei einem nicht auf das Thema bezogenen Anruf, der in einem Gespräch über Heimat und Flucht auslief. Dafür konnte mir die so verlässliche Mitdenkerin wieder einmal helfen, denn sie teilte mir alles über das Kaninchenfutter „Komfrei" mit, das Frau **Dorothea Blankenagel** unbekannt war, und mir auch. Unter diesem Namen jedenfalls, denn es handelt sich um den „Gemeinen Beinwell" oder Schwarzwurz aus der Familie der Borretschgewächse. Seit **Hildegard von Bingen** als Heilpflanze bei Beinleiden bekannt, weil sie schmerzlindernd, entzündungshemmend und abschwellend wirkt. „Komfrei" ist die deutsche Schreibweise der englischen Bezeichnung für das Heilkraut „Comfrey". Es wurde in Ostpreußen vor allem als Schweinefutter verwendet und ist auch hier in vielen Gärten und wild wachsend zu finden, wie uns Herr **Helmut Hermann**, der heute am Niederrhein wohnt, mitteilt. Auch im Lübecker Garten von Frau Conrad-Kowalski wächst „Komfrei", und zwar kräftig, denn er hat tiefe Wurzeln. „Wo Komfrei ist, da ist er", schreibt sie. „Ich lege die Blätter zwischen die Kartoffeln oder verjauche sie mit Brennnesseln zusammen." Auch unser Leser **Axel Michaelis** aus Dobersdorf meldet sich zu Wort, denn „Komfrei" hat bei ihm Kindheitserinnerungen geweckt. „Als meine Eltern und Großeltern mit mir nach der Flucht aus Ostpreußen in der Nähe von Kiel strandeten, gelang es ihnen, eine kleine Siedlerstelle zu erwerben. Nun war es eine meiner Aufgaben, Grünfutter für Kaninchen und Schweine zu beschaffen. Ein Teil des Grünfutters kam aus dem eigenen Garten, denn Opa hatte Komfrey gesät. Er kannte die Futterpflanze mit Sicherheit aus Ostpreußen, war in Rhein geboren und machte als Postbeamter in Lötzen und Eydkuhnen Dienst. Unsere Kaninchen bekamen sie allerdings nicht, Opa war der Meinung: Das taugt nuscht. Dem Schwein aber taugte es aber mit Schrot und Kartoffeln gemischt sehr." Zu „Seeblättern" bekam ich bisher keine Informationen, lediglich über das „Wasserblatt", aber diese Unterwasserpflanze, die auch als Bodendecker verwendet wird, dürfte wohl nicht damit gemeint sein.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Warten wir also ab, was uns Frau Blankenagel darüber mitzuteilen hat. Sie sandte mir zwischenzeitlich eine Karte mit dem kurzen Vermerk, dass sie jemand gefragt habe, warum wir so heimattreu seien. Unsere Kinderzeit in Ostpreußen sei doch nur ein geringer Teil unseres Lebens. Ihre Antwort: „Ja, aber mit besten Erinnerungen an unser Zuhause!"

Manche Menschen, auch wenn sie nur eine kurze Rolle im eigenen Leben spielten, bleiben unvergessen. Und immer wieder taucht die Frage auf: Was ist wohl aus ihnen geworden? Auch Herrn **Konrad Moysich** aus Bautzen geht sie nicht aus dem Kopf, und deshalb wendet er sich an uns, obgleich es fraglich ist, ob wir die betreffenden Menschen erreichen. Denn es handelt sich um eine Berliner Familie, die 1943 nach Ostpreußen evakuiert wurde, also nur kurz in Ostpreußen war. Allerdings muss ein sehr gutes Verhältnis zu ihrer ostpreußischen Gastfamilie bestanden haben, sonst würde deren Sohn nicht noch immer nach ihr suchen. Es handelte sich um eine junge Mutter mit zwei Kindern, die Tochter etwa drei bis vier Jahre alt, der Sohn wurde in jener Zeit geboren. Sie waren in Pr. Holland bei der Familie Moysich auf dem Tannenbergplatz 2 einquartiert. Der Familienname war **Tomkowiak**, das Mädchen hieß **Siegrid**, der Junge **Holger**. Der Vater, so vermutet Herr Moysich, war wohl damals als Soldat an der Front, er kam jedenfalls nie zu Besuch, dafür die Großmutter der Kinder. Es müsste sich um die Mutter der jungen Frau gehandelt haben, die ihre Tochter unterstützen wollte, denn sie war mehrmals in Pr. Holland. So, das ist alles, was ich unseren Leserinnen und Lesern als Information anbieten kann. Vielleicht ergibt sich anhand des Nachnamens – Tomkowiak – ein Hinweis. (Konrad Moysich, Wallstraße 12 in 02625 Bautzen, Telefon 03591/41058.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

VW kauft Geburtshaus

Der deutsche Automobilkonzern Volkswagen hat das Geburtshaus Ferdinand Porsches erworben. Der sudetendeutsche Automobilkonstrukteur hat nämlich nicht nur das Automobilunternehmen Porsche gegründet, sondern auch den VW „Käfer" zur Serienreife gebracht. Bis September dieses Jahres hat der Verkäufer, der im hinteren Teil des Geschäftshauses eine Schlosserei betreibt, zugesagt, das in Maffersdorf, Kreis Reichenberg stehende Haus zu räumen. Über den Kaufpreis des renovierungsbedürftigen Gebäudes ist nichts bekannt geworden. Wie Volkswagen seinen neuen Besitz nutzen will, ist noch unbekannt. Möglich wäre ein Museum. Eine Gedenktafel ist an dem bisher als Geschäftshaus genutzten Bau bereits angebracht. Vor Volkswagen hatten bereits andere Kaufinteresse gezeigt, darunter auch die Familie Porsche.

PAZ

Gutes Thema, aber ...

Ausstellung zum 90. Jahrestag der Volksabstimmung im Museum des Oppelner Schlesiens

Die Ausstellung des „Museums des Oppelner Schlesiens" (Museum Slaska Opolskiego) aus Anlass des 90. Jahrestags der Volksabstimmung in Oberschlesien vom 20. März 1921 stößt auf ein gemischtes Echo.

Ausgestellt sind dort neben Briefmarken aus der Abstimmungszeit, darunter ein Viererblock mit dem Motiv der Germania, deutsches und polnisches Werbematerial, Urkunden und Übersichten über die Stationierung der 13000 bis 22000 französischen, italienischen und britischen Soldaten, mit denen die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitskommission für Oberschlesien (Commission Interalliée de Haute Silésie, C.I.H.S.) unter Leitung des französischen Oberkommissars Henri Le Rond die Herrschaft im Abstimmungsgebiet während der Abstimmungszeit ausübte. Zu sehen sind auch historische Exponate des Museums sowie Briefmarken, Postkarten und philatelistische Erinnerungsstücke rund um das Plebiszit. Zu den Hauptattraktionen gehört eine Original-Abstimmungsurne vom 20. März 1921, zweisprachig beschriftet mit „Opole-Oppeln" und „powiat opolski-Kreis Oppeln Stadt". Die Urne ist vor 20 Jahren aus Frankreich nach Oppeln zurückgekehrt. Interessant sind auch deutsche und polnische Plakate, Fotos und Zeitschriften. „Zweierlei ist bei dieser Ausstellung wichtig: erstens, dass sie vom Plebiszit in Oppeln handelt, und zweitens, dass unsere Heimat dabei vor der hochwichtigen Frage stand, wo sie hingehören wollte. Ich denke dennoch, dass das Museum bereits bessere Ausstellungen zu diesem Thema gehabt hat, so zum Beispiel die des aus Tarnau bei Oppeln stammenden Gerhard Torz, Besitzer der größten Sammlung rund um das Plebiszit. Außerdem vermisst man hier ein wenig die moderne Rezeption des Plebiszites, also etwa einschlägige Publikationen, die in der letzten Zeit erschienen sind, denn die aus den 50er, 60er und 70er Jahren wurden ja auf Bestellung geschrieben", sagte Krzysztof Wysdak, Oppelns stellvertretender Landrat (Vizevorsitzender des Landkreises Oppeln). Und Rafał Bartek Generaldirektor des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit (HDPZ), eines Vereins in Oberschlesien, der unter anderem von Vertretern der deutschen Volksgruppe in der Minderheit in der Republik Polen getragen wird, fügte noch hinzu: „Wir bekommen in der Ausstellung mit individuellen Sammlungen zu tun, deshalb kann man sie schwerlich nach polnischen oder deutschen Gesichtspunkten beurteilen. Es sind schlichtweg Sammlungen aus jener Zeit. Um sie einigermaßen beurteilen zu können, müsste man sich gründlich in den Gesamtkontext hineinlesen".

PAZ

Bild: Archiv

Abstimmungsplakat 1921

Neujahrstreffen in Kreuzenort

Den Auftakt des Neujahrstreffens der Mitglieder des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) im Saal der Feuerwehr in Kreuzenort, Landkreis Ratibor, Woiwodschaft Schlesien bildete eine herzliche Begrüßung aller Gäste durch Georg Latton. Nach einer Zusammenfassung der Tätigkeiten des DFK im vergangenen Jahr durch den Vorsitzenden wurden sieben Personen aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des DFK für sehr gute und treue Dienste ausgezeichnet. Zum kulturellen Programm gehörten Aufführungen von Kindern und Jugendlichen aus der Grundschule und dem Gymnasium in Kreuzenort unter Leitung der Lehrerinnen Gabriela Kupiec-Kwasnica und Teresa Fichna. Die Schüler sangen Lieder und rezitierten Gedichte in deutscher Sprache und schlesischer Mundart. Die örtlichen Pflegefamilien zeigten ein Programm zum Oma- und Opatag.

PAZ



ZUM 101. GEBURTSTAG

Beckmann, Magdalene, geb. **Rüggemeier**, aus Ebenrode, jetzt Hollensiek 17, 32312 Lübbecke, am 25. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Waldhof, Luise, geb. **Stankewitz**, aus Montzen, Kreis Lyck, jetzt Auf der Schützeneich, 51399 Burscheid, am 7. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kalvis, Eva, aus Ilgauden-Mauserin, Gemeinde Lankutten bei Deutsch-Crottin, Kreis Memel, am 22. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Nickel, Hildegard, geb. **Kessler**, aus Lyck, Danziger Straße 46, jetzt Wiesengrund 3, 23611 Bad Schwartau, am 5. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Monich, Herta, geb. **Goetzke**, aus Buttenhagen, Kreis Elchniederung, jetzt Auchskopfstraße 4, 34317 Habichtswald, am 9. April

Meyer, Irmgard, geb. **Hinz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Amselstieg 17-23, Seniorenresidenz, 29549 Bad Bevensen, am 10. April

Sonnenstuhl, Frieda, geb. **Scharfschwerdt**, aus Stolzenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Plöner Straße 25, 23795 Klein Rönnau, am 9. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klinger, Elsbeth, geb. **Hoffmann**, aus Wirtberg, Kreis Insterburg, jetzt Unterer Anger 12, 09394 Hohndorf, am 8. April

Mandel, Edith, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Seniorenzentrum Taunusstein GmbH, Lessingstraße 26-28, 65232 Taunusstein, am 10. April

Woelke, Helene, geb. **Wolff**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrich-Lindwedel-Straße 12, 30827 Garbsen, am 1. April

Zinke, Adelheid, geb. **Pritzkat**, aus Ebenrode, jetzt Am Hübbel 21, 34471 Lütersheim, am 5. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beinert, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Rellinghauser Straße 417, 45134 Essen, am 2. April

Boguschewski, Waltraut, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Immenweg 9, 30938 Burgwedel OT Wettmar, am 7. April

Hoffmann, Ella, geb. **Koose**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Lindenweg 21, 24340 Eckernförde, am 10. April

Rubsch, Luise, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Meiereistraße 4 A, 23826 Todesfelde, am 10. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Klosterstraße 16, 23623 Ahrensbök, am 7. April

Hennings, Waltraud, geb. **Wiesenberg**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Eilenau 122/I, 22089 Hamburg, am 3. April

Kempa, Ida, geb. **Herzmoneit**, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Odenwaldstraße 22, 61137 Schöneck, am 8. April

Knapp, Ida, geb. **Budwillat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Antoinettenstraße 19, 06406 Bernburg, am 4. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Boehm, Paul, aus Podangen, Kreis Preußisch Holland, am 6. April

Liebe, Dorothea, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Köhlhorster Straße 11, 28779 Bremen, am 6. April

Mößner, Hildegard, geb. **Dmuchowski**, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Hirschhorner Weg 32, 14163 Berlin, am 7. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bielert, Else, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Neuer Wall 6, 47441 Moers, am 7. April

Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, jetzt Goethestraße 29, 64390 Erzhausen, am 8. April

Karkossa, Anna, geb. **Fortunewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt An der Petergrube 4, 04552 Zedtlitz, am 7. April

Kowalzik, Willi, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, jetzt Schmiedestraße 8, 29364 Langlingen, am 6. April

Meyer, Hildegard, geb. **Eckstein**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Holtenauer Straße 354, 24106 Kiel, am 4. April

Morzeck, Hildegard, geb. **Marklein**, aus Stuthenen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heideweg 17, 26197 Großenkneten, am 3. April

Schulz, Max Bruno, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Bühl 24, 72461 Albstadt, am 9. April

Sickmann, Martha, geb. **Pawlowski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Roter Sand 5, 28197 Bremen, am 8. April

Sostak, Heinrich, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Grötekenstraße 12 A, 41179 Mönchengladbach, am 9. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrendt, Fritz, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Ostpreußenstraße 10, 55595 Hargesheim, am 8. April

Bernotat, Gertrud, geb. **Schwarz**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt 64670 Zwingenberg, am 10. April

Börschel, Ruth, geb. **Engelen**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrichstraße 21, 24306 Plön, am 6. April

Gawlick, Heinz, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelmstraße 13, 23769 Burg, am 28. März

Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Kolberger Ring 1, 38440 Wolfsburg, am 6. April

Gradtke, Erna, geb. **Neidhardt**, aus Heiligenbeil, Am Markt 30, jetzt Rosenhof 1, 22927 Großhansdorf, am 7. April

Komaschewski, Hildegard, geb. **Juckschat**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 101, jetzt Sternstraße 33, 40479 Düsseldorf, am 4. April

Leimberg, Erna, geb. **Kinsky**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Horner Weg 231, 22111 Hamburg, am 7. April

Schrott, Frieda, geb. **Naujok**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, jetzt Barlachstraße 10, 90455 Nürnberg, am 8. April

Schütte, Ilse, geb. **Löwens**, aus Heiligenbeil, Am Markt 11, jetzt Hindenburgstraße 64, 41061 Mönchengladbach, am 26. März

Uhlmann, Hedwig, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Stahlberg 87, 42279 Wuppertal, am 10. April

Vallentin, Erna, geb. **Brasch**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Akazienstraße 16, 59557 Lippstadt, am 10. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Apfelbaum, Hedwig, geb. **Pillath**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Gerlinghausen 61, 53804 Much, am 7. April

Bauermeister, Irmtraut, geb. **Norkeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Salzburger Straße 64, 90475 Nürnberg, am 3. April

Böhnke, Erich, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Am Wernscheid 1, 58566 Kierspe-Rönsahl, am 9. April

Brilla, Erich, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Herzfelder Steig 21, 12589 Berlin, am 9. April

Burzlaff, Christa, geb. **Zomm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Labahnstraße 23, 17424 Ostseebad Heringsdorf, am 7. April

Deter, Friedel, geb. **Kalweit**, aus Großpreußenweit, Kreis Gumbinnen, jetzt Trift 5, 16775 Teschendorf/Löwenberger Land, am 8. April

Keil, Ilse, geb. **Neuhoff**, aus Königsberg, Schifferdeckerstraße 3, jetzt Wehrhausweg 43, 53227 Bonn, am 9. April

Kernbach, Bodo, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Rosensteinstraße 33, 70806 Kornwestheim, am 10. April

Liebert, Martha, aus Laserkeim, Kreis Samland, jetzt In der Au 11, 72517 Sigmaringendorf, am 9. April

Lochner, Anna, geb. **Müller**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Irisweg 1, 23858 Reinfeld (Holstein), am 4. April

Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, jetzt 80 Nord Street, 5022 Henley Beach, S. A., Australien, am 2. April

Müller, Ruth, geb. **Albrecht**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Giddendorfer Weg 57, 23758 Oldenburg, am 6. April

Reimer, Gerhard, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Klöterbusch 5, 21614 Buxtehude, am 3. April

Riehl, Charlotte, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Plockhorstweg 23, 47626 Kevelaer, am 28. März

Schröder, Frieda, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Friedrich-Engels-Bogen 4, 81541 München, am 2. April

Seifert, Beatrice, geb. **Kraut**, aus Wehlau, Pregelstraße, jetzt Pfalzplatz 8, 68163 Mannheim, am 31. März

Stadie, Käthe, geb. **Schekatz**, aus Diebauen, Kreis Treuburg, jetzt Hohensahl 8, 29378 Wittingen, am 9. April

Timm, Adolf, aus Medenau, Kreis Samland, jetzt Joseph-Oertgen-Weg 51, 45327 Essen, am 6. April

Zimmek, Lieselotte, geb. **Lehnert**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Souliou 8, 27100 Pirgos-Ilias, Griechenland, am 3. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Boerner, Erika, geb. **Schaknat**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Königsberger Straße 5, 57439 Attendorn, am 9. April

Burchard, Elisabeth, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, jetzt Pommernweg 2, 29342 Wienhausen, am 10. April

Crispien, Hans, aus Elchdorf, Kreis Samland, jetzt Am Bödingsfeld 13, 33378 Rheda-Wiedenbrück, am 6. April

Diekmann, Else, geb. **Kowallik**, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Stettiner Straße 34, 30880 Laatzen, am 7. April

Esser, Elfriede, geb. **Bartel**, aus Tapiau, Herbert-Norkus-Straße, Kreis Wehlau, jetzt Zum Bruch 2, 52355 Düren, am 1. April

Felgendreher, Eva, aus Ebenrode, jetzt Am Rathaus 1, 01326 Dresden, am 4. April

Feyerabend, Hans, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Fischersiedlung 3, 24376 Kappeln, am 4. April

Froriep, Marie, geb. **Kochanowski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt Straße der DSF 2, 18273 Güstrow, am 10. April

Funk, Elisabeth, geb. **Przygodda**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Westenzäune 33 A, 59174 Kamen, am 5. April

Hentzschel, Brigitte, geb. **Chanton**, aus Sprindlack, Groß Balzersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Farnstraße 10, 90480 Nürnberg, am 28. März

Hönig, Mia, geb. **Matztat**, aus Kreis Pillkallen, jetzt Albrecht-Dürer-Straße 88, 09366 Stollberg, am 25. März

Hoinkes, Erika, geb. **Lyhs**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 95, 42111 Wuppertal, am 5. April

Kannapin, Edeltraut, geb. **Ritthaler**, aus Staken, Kreis Angerburg, jetzt Pflegeheim Schloß, Schloßstraße 34, 97320 Mainstockheim, am 5. April

Kausch, Fritz, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt An der Rheinbahn 31, 40670 Meerbusch, am 2. April

Lemke, Brigitte, geb. **Scheumann**, aus Ortelsburg, jetzt Plesser Straße 7, 12435 Berlin, am 9. April

Monselewski, Elfriede, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Weinberg 4, OT Asel, 34516 Vöhl, am 3. April

Moser-Schrader, Waltraut, geb. **Schrader**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Grützenstraße 49, 8600 Dübendorf, Schweiz, am 10. April

Müller, Herta, geb. **Kurpjuhn**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Ulrichstraße 17, 46519 Alpen, am 7. April

Naujok, Bruno, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 10, 24806 Lohe-Föhrden, am 7. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Horlebeinstraße 3, 64720 Michelstadt, am 9. April

Plautz, Hildegard, geb. **Berndt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Amandastraße 45, 25337 Elmshorn, am 29. März

Preiksch, Rudi, aus Goldach, Kreis Wehlau, jetzt Schulstraße 6, 06786 Vockerode, am 7. April

Ramminger, Gerhard, aus Kiefernberg, Kreis Schloßberg, jetzt Brüderstraße 69, 58507 Lüdenscheid, am 10. April

Roehrs, Ilse, geb. **Gallitz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Die Breite 33/Graf, 48531 Nordhorn, am 10. April

Schlage, Lucia, geb. **Lolischkies**, aus Raging, Kreis Elchniederung, jetzt Lamsberger Weg 24, 34281 Gudensberg, am 7. April

Schlegelmilch, Dorothea, geb. **Noreike**, aus Kahlau, Kreis

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

11.–13. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Glückwünssche

Fortsetzung von Seite 15

Mohrungen, jetzt Weinberg 11, 97711 Maßbach, am 9. April

Schneller, Theresia, geb. **Schott**, aus Schallen, Kreis Wehlau, jetzt Tonndorfer Weg 32, 22149 Hamburg, am 5. April

Szill, Gertrud, geb. **Gabbert**, aus Parnehmen, Kreis Wehlau, jetzt Hafenstraße 6, 25436 Uetersen, am 2. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aschendorf, Herbert, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Gerstengrundhöhe 4, 37124 Rosdorf, am 9. April

Augustat, Ruth, geb. **Kollmann**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Kühneweg 19, 23795 Bad Segeberg, am 9. April

Bahlmann, Ingrid, geb. **Knopff**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Marbergweg 17, 51107 Köln, am 8. April

Baumeister, Liesbeth, geb. **Geschwendt**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Christoph-von-Schmid-Straße 19, 85055 Ingolstadt, am 7. April

Bendig, Harry, aus Sensburg, Philosophenweg 63, jetzt Huthscherweg 12, 21255 Tostedt, am 6. April

Bergmann, Helga, geb. **Böhnke**, aus Wehlau, Memeler Straße, jetzt Ilenbuller 1, 21107 Hamburg, am 3. April

Bitsch, Meta, geb. **Stiemert**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, jetzt Kolpingstraße 4, 79206 Breisach, am 5. April

Böhn, Traute, geb. **Bagdahn**, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, jetzt Bockelfelder Straße 1, 21698 Harsefeld, am 1. April

Blendermann, Ingrid, geb. **Rehberg**, aus Medenau, Kreis Samland, jetzt Vilsener Straße 33, 28325 Bremen, am 8. April

Borm, Bruno, aus Trumpenau, Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 20, 17392 Strippow, am 7. April

Drews, Arno, aus Skaten, Klein Skaten, Kreis Wehlau, jetzt Stieglitzweg 12, 45772 Marl, am 4. April

Eggers, Erna, geb. **Kuprat**, aus Georgenburg, Kreis Insterburg, jetzt Eichenweg 19, 25767 Osterrade, am 9. April

Fornacon, Ida, aus Giesen, Kreis Lyck, jetzt Hollkoppelweg 15, 22115 Hamburg, am 7. April

Friederici, Waltraut, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, jetzt Gutenbergstraße 4, 99867 Gotha, am 4. April

Goertz, Lieselotte, geb. **Kroll**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Heinrich-Janssen-Straße 7, 42289 Wuppertal, am 9. April

Grirks, Agathe, geb. **Grirks**, jetzt Herbert-Mauersberger Ring 19, 09212 Limbach-Oberfrohna, am 27. März

Gronau, Charlotte, geb. **Wutta**, aus Eschenhöhe, Kreis Schloßberg, jetzt Hohenbrucher Straße 9, OT Germendorf, 16515 Oranienburg, am 6. April

Haak, Dora, geb. **Olivier**, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, jetzt Osterbachweg 13, 32584 Löhne, am 5. April

Heppner, Ursula, geb. **Domnick**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, jetzt Oberdorf 13, 64823 Groß-Umstadt, am 2. April

Huschner, Edith, geb. **Behrend**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, jetzt Kurzer Hagen 2, 38440 Wolfsburg, am 1. April

Imber, Roland, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 3 A, 18586 Middelhagen, am 6. April

Korth, Heinz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Ritterstraße 10, 61169 Friedberg, am 4. April

Koschwall, Erich, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Fischerkoppel 7, 24340 Eckernförde, am 10. April

Lange, Paul, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Rübenstraße 29, 44319 Dortmund, am 4. April

Lewerenz, Manfred, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Rohlfshagener Weg 2, 23843 Rümpel, am 31. März

Lischke, Doris, geb. **Mattukat**, aus Fuchsberg, Kreis Samland, jetzt Ibsenstraße 8, 15831 Mahlow, am 8. April

Marschall, Anneliese, geb. **Gietz**, jetzt Prof.-Wilkomm-Straße 10 B, 09212 Limbach-Oberfrohna, am 9. April

Maschlinski, Otto, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Sorpeliet 21, 44287 Dortmund, am 5. April

Melchin, Walter, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Liebherrstraße 3, 87509 Immenstadt, am 5. April

Misfeldt, Anni, geb. **Zwinckmann**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Richthofenstraße 51, 24159 Kiel, am 9. April

Reiß, Frieda, geb. **Rogowski**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 34, 95182 Döhlau, am 8. April

Remmers, Liesbeth, geb. **Kekker**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Habratsweiler 2, 88048 Friedrichshafen, am 8. April

Romeike, Hans, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Berkelstraße 65, 44628 Herne, am 10. April

Sandberg, Gerda, geb. **Koch**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Nattech Dagsgsänd 1, 16232 Vällingby, Schweden, am 6. April

Ullmann, Christel, geb. **Jaschewski**, aus Treuburg, jetzt An der Dornhecke 8, 63654 Büdingen, am 6. April

Urbanczyk, Ursula, geb. **v. Cyrson**, aus Mohrungen, jetzt Zeromskiego 14/5, PL 14-320 Zalewo/Saalfeld, am 8. April

Urbczat, Hildegard, geb. **Lasarek**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Forstweg 8, 02763 Zittau, am 5. April

Vogelsang, Arno, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Steinbachstraße 49 A, 58453 Witten / Ruhr, am 10. April

Wagner, Annemarie, geb. **Skrey**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Altenwalder Chaussee 4 A, 27474 Cuxhaven, am 4. April

Weihs, Herbert, aus Jorksdorf, Kreis Labiau, jetzt 20002 N Ponderosa Circle, Sun City AZ 85373, USA, am 8. April

Wichmann, Margot, geb. **Ziebach**, aus Ebenrode, Brunnenweg 6, jetzt Peterstraße 64, 59067 Köln, am 7. April

Zupp, Edith, geb. **Jurr**, aus Kinglacken, Kreis Wehlau, jetzt Im Hohen Felde 36, 30853 Langenhagen, am 31. März



Hübner, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, und Frau Marga, jetzt Speckener Weg 20, 26160 Bad Zwischenahn, am 7. April



Neumann, Kurt, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz, und Frau Therese, jetzt Ihrener Straße 245, 26810 Westoverledingen, am 2. April

Meine Heimat

Meine Heimat ist ein altes Haus,
auf Väter Grund gebaut.

Meine Heimat, das ist frohes Spiel
zu jeder Jahreszeit, ist sonnenhelles Kinderland und ist Geborgenheit.

Meine Heimat ist ein Lindenbaum im Garten vor dem Haus. Er breitet weit im Wind und Sonn' schützend die Äste aus.

Meine Heimat ist ein edles Pferd,
die Elchschaufel als Band, an lichterfülltem Frühlingstag ein Ritt ins weite Land.

Meine Heimat ist ein Roggenfeld,
wenn es in Blüte steht und an dem warmen Junitag der Wind darüber geht.

Meine Heimat ist ein klarer See,
von Wäldern grün umsäumt, ein Fischerboot, ein Inselchen und Buchten still verträumt.

Meine Heimat ist das ganze Glück, das mir das Leben gab und ist der harte, bittre Schmerz an meiner Mutter Grab.

Meine Heimat ist mein ganzes Sehnen,, mein ganzes Hoffen – ach viel mehr! Das, was mir niemand nehmen kann: Der Glaube an die Wiederkehr!

Eva-Leonore Danielzik, 1948

Fahrt in die Sonne

Sonderausstellung im Landesmuseum noch bis Mai

Dank ihrer landschaftlichen Reize und dank großer Namen ist die Künstlerkolonie Nidden bis heute eines der bekanntesten Aushängeschilder Ostpreußens. Der Maler Ernst Mollenhauer (1892–1963), Meisterschüler von Arthur Degner in Königsberg, war nach 1920 die bestimmende Persönlichkeit dort. Unter den Nationalsozialisten galt seine Kunst als „entartet".

Seine farbstarken Werke stellen den Betrachter ganz unvermittelt vor die Wucht der Naturgewalten, die diesen eigentümlichen Landstrich der Kurischen Nehrung prägen. Symbolisch dafür prangt auf manchen seiner Bilder die große Sonne. Mollenhauer musste „sein" Nidden nach 1945 aus der Erinnerung neu schaffen, nachdem nur wenige Gemälde die Kriegswirren überstanden hatten. Solche Ansichten werden auf Sylt entstandenen Bildern in einem großen Überblick gegenübergestellt.

Die Ausstellung bildet Abschluss und Höhepunkt des Schwerpunkts „Ostpreußische Expressionisten" im Ostpreußischen Landesmuseum. Die Ausstellung ist noch bis zum 15. Mai zu sehen.

Ostpreußisches Landesmuseum Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 75995-0, Fax: (04131) 75995-11, E-Mail: presse@ol-lg.de. informationen im Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

Geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 2. April, 18.30 Uhr, HR: Die Opel-Geschichte..

Sonnabend, 2. April, 20.15 Uhr, EinsExtra: „Das Reichsorchester". Die Berliner Philharmoniker und der Nationalsozialismus.

Sonntag, 3. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 3. April, 15.30 Uhr, Phoenix: Rekruten des Kalten Krieges.

Montag, 4. April, 15.15 Uhr, 3sat: Litauen – Das heimliche Herz Europas.

Montag, 4. April, 20.15 Uhr, WDR: Hitlers Österreich: Der Anschluss, der Krieg.

Montag, 4. April, 23.15 Uhr, WDR: Operation Donnerschlag – Israel gegen detusche Terroristen.

Dienstag, 5. April, 20.15 Uhr, WDR: Mythos Wald (1/2)..

Dienstag, 5. April, 22.05 Uhr MDR: Der Fall X – Wie die DDR West-Berlin erobern wollte.

Dienstag, 5. April, 22.45 Uhr, HRt: Die Sudetendeutschen und Hitler (1/2), Heim ins Reich.

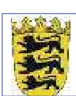
Mittwoch, 6. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte. Die Russische Botschaft; Die Beelitz-Heilstätten.

Donnerstag, 7. April, 19.15 Uhr, Phoenix: Die Russlanddeutschen. Auf der Suche nach Heimat.

Donnerstag, 7. April, 22.45 Uhr, RBB: Als der Osten noch Heimat war..

Freitag, 8. April, 21.05 Uhr,N-TV: Die gefährlichsten Flughäfen der Welt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

LANDESGRUPPE

Stuttgart – Landesfrauentagung, Sonnabend, 9. April, Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart. Beginn 9.45 Uhr, Ende zirka 18 Uhr. Der Vormittag unserer diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil unserer Arbeit gewidmet. Nach dem Bericht der Vorsitzenden Uta Lüttich über die kulturelle Frauenarbeit, werden Berichte über die Arbeit der Landesverbände der Westpreußen und der Ostpreußen zu hören sein. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil unserer Frauentagung mit einem Vortrag „Fanny Lewald – Schriftstellerin und Kämpferin für Frauenbildung und Emanzipation. Den Abschluss der Tagung bildet der DVD-Film „Von der Perle der Ostsee – rassigen Pferden und rauschendem Meer“. Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen. Anmeldung bitte an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, oder per mail: uta.luettich@w eb.de.

Busreise der Landesgruppe Baden-Württemberg und der Memellandgruppe Mannheim zum Deutschlandtreffen der LM Ostpreußen, 28.-29. Mai, Messe Erfurt, vom Mittwoch 25. bis Montag, 30. Mai. Die Landesgruppe fährt mit zwei Bussen nach Erfurt: Bus 1 ab Stuttgart mit Zusteigemöglichkeiten in Pforzheim und Ludwigsburg, Anmeldung: Uta Lüttich, Tel. (0711) 854093, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Bus 2 ab Mannheim mit Zusteigemöglichkeiten in Weinheim, Heidelberg, Ludwigshafen Anmeldung: Uwe Jurgsties, Tel. (06203) 43229, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Abfahrt: Bus 1, Mittwoch, 25 Mai 2011, 8.00 Uhr Pforzheim / 9.00 Uhr Stuttgart / 9.30 Uhr Ludwigsburg / Ankunft Erfurt zirka 14 Uhr, Bus 2, Mittwoch, 25. Mai: 7.30 Uhr Weinheim / 8 Uhr Heidelberg /8.30 Uhr Mannheim / 9 Uhr Ludwigshafen, Ankunft Erfurt ca. 14 Uhr, Hotel: Park Inn in Erfurt-Apfelstädt, Programmablauf: Mittwoch, 25. Mai: Fahrt nach Erfurt. Nach dem Bezug der Hotelzimmer Stadtführung Erfurt / Abendessen, Donnerstag, 26. Mai: Tagesausflug Gotha / Stadtführung, Wartburg / Führung, Eisenach / Stadtführung, Abendessen in Eisenach, Freitag, 27. Mai: Tagesausflug zum Kyffhäuser / Führung, Bad Frankenhausen mit Panoramamuseum / Führung, Weimar / Stadtführung, Abendessen, Samstag, 28. Mai: 9 Uhr: Fahrt mit dem Bus zum Erfurter Domplatz, 10 Uhr: ökumenischer Gottesdienst in der St. Severi-Kirche, 11.30 Uhr: Weiterfahrt vom Domplatz zur Messe Erfurt, 10 Uhr: Öffnung der Hallen, 14 Uhr: Feierliche Eröffnung des Deutschlandtreffens mit Kulturpreisverleihung (Halle 1), 15.30 Uhr: Vortrag Prof. Dr. Manfred Kittel: Stiftung Flucht, Versöhnung, 17 Uhr Diashow: Ostpreußen – Land der dunklen Wälder, 19 Uhr Folkloregruppe Wandersleben: Ostpreußisches Brauchtum, Ende ca. 21 Uhr, Rückfahrt mit dem Bus zum Hotel, Sonntag, 29. Mai: 9 Uhr Fahrt zur Messe, 11 Uhr Großkundgebung (Halle 1). Ab 10.15 Uhr Vorprogramm. Nach der Großkundgebung Gelegenheit zum Besuch der Heimatkreisgemeinschaften und Ausstellungsstände in Halle 2, 17 Uhr: Fahrt mit Bus zum Erfurter Domplatz, ca. 21 Uhr: Fahrt mit Bus vom Erfurter Domplatz zum Hotel, Montag, 30. Mai: Inselsberg, Friedrichsroda, Rückfahrt nach Stuttgart und Mannheim. Programmänderungen können kurzfristig eintreten. Dass Treffen der Heimatkreise findet am Sonnabend und Sonntag jeweils ab 9 Uhr zusammen mit den Ausstellungen der gewerblichen und ideellen Aussteller statt. Preis: DZ 400 Euro pro Person, EZ 525 Euro. Leistung: Eintrittsplakette zum Deutschlandtreffen, Fahrt in bequemen Reisebussen, Reiserücktrittsversicherung, alle Rundfahrten, Führungen und Stadtbesichtigung laut Programm, 2x ÜN mit Frühstück, 3x Halbpension. Anmeldung: bis 20. April 2011 mit Überweisung des Reisepreises an Uwe Jurgsties, Heddesheim, Kto: 38470809, BLZ: 67050505, Sparkasse Rhein Neckar Nord, Verwendungszweck: Deutschlandtreffen 2011 und Name.

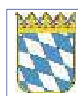
FRAUENGRUPPE

Dienstag, 19. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, kleiner Saal: Frauengruppe mit Uta Lüttich, „Ostergeschichten und Bräuche“.

Reutlingen – Nachdem die 1. Vorsitzende, Ilse Hunger, die Anwesenden zur diesjährigen **Jahreshauptversammlung** aufs Herzlichste begrüßte, erfolgte die Totenehrung durch den 2. Vorsitzenden, Andreas Praß. Nach den Rechenschaftsberichten wurde der gesamte Vorstand durch Klaus-Peter Okun einstimmig entlastet. Frau Hunger und Herr Praß hatten die wunderbare Aufgabe, 14 Landsleute für ihre Treue zur Heimat zu ehren: zehn Jahre: Brigitte Gutzeit, Eduard Paul, Peter Praß, Irmgard Wolff. 20 Jahre: Ilse Hunger, Margarete Labenski, Luise Liebich, Irmgard Schmidt. 25 Jahre: Dora Hipp, Waltraud Koch, Elisabeth Lekschas, Waltraud Neudahm, Hildegard Zaiss, 40 Jahre: Gotthardt Leimann. Eine überraschende Ehrung wurde Andreas Praß zuteil: In besonderer Würdigung der Arbeit und Verdienste für die Heimat verlieh ihm die Landesgruppe Baden-Württemberg das Dankabzeichen. Ebenso musste ein neuer geschäftsführender Vorstand gewählt werden. Dieser setzt sich, nachdem Andreas Praß aus persönlichen Gründen nicht mehr kandidierte, wie folgt zusammen: 1. Vorsitzende: Ilse Hunger, 2. Vorsitzende: Helene Stoller, Schatzmeisterin: Marianne Praß, Schriftführerin: Helene Stoller, Leiterin der Frauengruppe: Ella Orthmann Beisitzer: Waltraud Neudahm und Sigrid Kunze, Kassenprüferin: Edeltraut Merker. Den Abschluss der überaus gut besuchten Zusammenkunft, bildete das beliebte Grützwurstessen.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 14. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Die Frauengruppe begrüßt den Frühling mit Liedern und Gedichten. – Sonntag, 17. April, 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst.

Weinheim – Mittwoch, 13. April, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. An diesem Nachmittag steht auf dem Programm: Masuren – ein Land wie ein Lächeln aus Tränen. „Als der Herrgott Masuren schuf, tat er es mit einem Lächeln, doch es war ein Lächeln aus Tränen.“ (Alte masurische Eisheit)



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. April, 15 Uhr, Orangerie: **Jahreshauptversammlung.** Jahresbericht der Vorsitzenden, Kassenbericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung, Neuwahl. Anschließend gibt es ein Schmandheringsessen.

Bamberg – Mittwoch, 20. April, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: „Deutsche in Litauen“. – Die diesjährige **Jahreshauptversammlung** wurde vom 2. Vorsitzenden, Heinz Josat, geleitet, da die 1. Vorsitzende, Rosemarie Pezzei, erkrankt war. Im Jahresbericht wurden noch einmal die Themen der monatlichen Treffen in Erinnerung gerufen. Es wird das Bemühen deutlich, Geschichte und Kultur in Ost- und Westpreußen lebendig bleiben zu lassen, aber auch heutige Situationen zu beleuchten. So seien einige Themenbeispiele genannt: „Geschichte des Memellandes“, „Die preußische Bauernbefreiung“, „Deutsche Minderheiten in Osteuropa“, „Die unschuldigsten Opfer – Kriegskinder“, „Reisebericht zu einem Besuch in Gumbinnen 2010“. Beim Gedankenaustausch steht immer wieder im Vordergrund, der nachfolgenden Generation die Wurzeln der eigenen Familiengeschichte zu erklären. Bei der Wahl des Vorstandes wurden Rosemarie Pezzei und Heinz Josat als 1. und 2. Vorsitzende bestätigt. Als Beisitzer wurde Lydia Ramer und Jutta Weichsler gewählt. Weiterhin im Amt bleiben der Kassierer Hubert Sakowski und die Kulturreferentin Ruth Leskien. Überschattet war das letzte Berichtsjahr durch zwei Todesfälle von langjährigen und sehr aktiven Mitgliedern: Anne-Marie Winkler und Edita Jackermeier. Bei Schatten gibt es auch Licht, so konnten zwei neue Mitglieder dazugewonnen werden.

Hof – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Monatszusammenkunft, Thema: „Königin Luise“, in der Altdeutschen Bierstube im Hotel am Kuhbogen – Bericht über die Monatszusammenkunft am 12. März im Restaurant Altdeutsche Bierstube im Hotel am Kuhbogen: Trotz des ersten Frühlingtages waren Mitglieder und Gäste der Einladung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen zum geselligen Nachmittag gefolgt. Nach Grußworten und Abkündigungen wünschte 1. Vorsitzender Christian Joachim den Anwesenden einen angenehmen Verlauf der monatlichen Zusammenkunft. Nach gemeinsam gesungenen Liedern trug Hildegard Drogomir verschiedene Gedichte und Geschichten vor und nannte als Prominenten die Baltin Margarethe von Wrangell (1876–1932). Ihre große Begeisterung galt der Mathematik und der Naturkunde. Ganz ungewöhnlich für ihre Zeit machte sie das Lehrerinnen-Examen und wurde 1923 erste deutsche Professorin. Bernd Hüttner hielt nun einen geschichtlichen Vortrag über Heinrich von Plauen (1370–1429). Der Vortragende erzählte von der Flucht seiner in Rastenburg/Ostpreußen geborenen Mutter, die 1946 ins Sächsische Vogtland kam. Plauen wurde am 10. April 1945 zu 75 Prozent zerstört, hier fanden seine Eltern eine neue Heimat. Eine Gedenkstätte, gestiftet vom Lions Club Plauen im Jahr 2001, erinnert heute noch an Heinrich von Plauen, geb. 1370, gestorben 1429, Hochmeister des Deutschen Ordens von 1410 bis 1413. Er stammte aus dem Haus der Herren und Vögte von Plauen und zwar aus der älteren Linie. Heinrich von Plauen war als Kreuzfahrer nach Preußen gekommen und trat 1391 dem Orden bei, und übernahm im Jahre 1410 das höchste Amt des Ordens in dessen größter Not. Am 9. November 1429 starb er auf seinem Alterssitz in der Burg Lochstädt im Samland. Er bleibt in der Erinnerung und in der Literatur unvergessen. Es lohnt sich, meinte der Vortragende, sich die Statue und die Gedenktafel vor dem Rathaus in Plauen anzuschauen, überdies würde „Heinrich's“, das Lokal im Alten Rathaus, zum Verweilen und Zurückerinnern einladen. Langanhaltender Beifall war der Dank für diesen ausführlichen geschichtlichen Vortag. Mit kleinen Vorträgen und gemeinsam gesungenen Liedern klang dieser interessante Nachmittag aus. Christian Joachim dankte den Vortragenden für die Ausgestaltung und bat um rege Beteiligung für die nächste Veranstaltung.

Landshut – Dienstag, 19. April, 14 Uhr, „Insel“: Vortrag von Hans Brünler über Geschichten zu bekannten Begriffen (2. Teil).

München Nord/Süd – Sonnabend, 16. April, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Frühlingsfest mit wort- und musikalischen Beiträgen und gemeinsamem Singen. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.

Nürnberg – Freitag, 8. April, 15 Uhr, **Jahreshauptversammlung** im Tucherbräu am Opernhaus. – 27., 28. und 29. Mai Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Es sind noch Busplätze frei. Bitte anmelden.



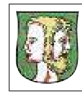
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 7. April, 14 Uhr, „Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Referat „Landleben in Ostpreußen“. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 771 2354.



Gumbinnen – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr, Café Stresemann, Stresemannstraße 90, 10965 Berlin. Anfragen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Lyck – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengl, Telefon (030) 5245479.



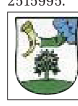
Rastenburg – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012,



Wehlau – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, „Lindengarten“, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Mittwoch, 13. April, 14 Uhr, Johann Georg-Stuben. Anmeldung bei Prof. Dr. Schulz, Telefon (030) 2515995.



Labiau – Mittwoch, 13. April, 14 Uhr, Johann Georg-Stuben. Anmeldung bei Prof. Dr. Schulz, Telefon (030) 2515995.



Samland – Mittwoch, 13. April, 14 Uhr, Johann Georg-Stuben. Anmeldung bei Prof. Dr. Schulz, Telefon (030) 2515995.



Bartenstein – Sonnabend, 16. April, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Gumbinnen / Johannisburg/ Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 20. April, „Oma Brink's Kartoffelhaus“, im Clubraum, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin: Frühlingsfest, österliche Bräuche in Ostpreußen. Anfragen Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

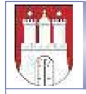
Oberhavel – Sonnabend, 16. April, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Gaststätte Niegisch in Schachtenhagen: alljährliches **Frühlingsfest mit Modenschau.** – Am 19. März wählte die Gruppe einen neuen Vorstand. Die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste begrüßten in ihrer Mitte ganz herzlich ihren Landesvorsitzenden Elard v. Gottberg. Nach der Berichterstattung wurde der Vorstand entlastet. Durch das Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern musste dieser neu besetzt werden. Die vorgestellten Kandidaten erhielten die Zustimmung der Anwesenden. Der neue Vorstand stellt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Horst Trimkowski, 1. Stellvertreter: Dagmar Jakob, 2. Stellvertreter und Schatzmeister: Dora Opitz, 2. Beisitzer: Frank-G. Quint, Hans-Joachim Kroschewasky.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Montag, 21. April, 15.30 Uhr, Hotel zur Post, Großer Salon, Bahnhofsplatz 11: Literarischer Nachmittag. Klaus Nägelen wird zum letzten Mal bei der Gruppe vorlesen. Er meint, es sei an der Zeit, einen Abschluss zu wagen. Der Titel seines Vortrags lautet: „Bei Durchsicht meiner Bücher“. Er ist noch einmal die alten Texte durchgegangen, liest einiges von dem vor, das ihm lieb gewesen war und hofft, dass man gern zuhören mag. Eintritt 10 Euro. Hierin ist die Bewirtung mit einem Stück Torte und Kaffee/Tee enthalten. – Unter dem Motto „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung“ findet das **Deutschland-Treffen** der Landsmannschaft Ostpreußen am 28. und 29. Mai auf dem Messegelände in Erfurt statt. Die **Fahrt der Gruppe** dorthin wird vom Freitag, 27. bis Montag, 30. Mai stattfinden. Der Reisepreis beträgt 260 Euro bei Übernachtung im DZ, 335 Euro im EZ. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, 3 x Übernachtung im Hotel „Park Inn by Radisson“ in Erfurt-Apfelstädt, 3 x Frühstücksbuffet mit Halbpension, Stadtführung mit der historischen Straßenbahn und anschließendem Rundgang durch mittelalterliche Gässchen zur Krämerbrücke (am 28. Mai), Besuch des Kyffhäuser-Denkmals einschließlich einer Pferdekutschenfahrt (am 30. Mai), Eintritt und Führung im Burgmuseum am Kyffhäuser-Denkmal (am 30. Mai), Transfer zum und vom Messegelände an beiden Tagen des Ostpreußentreffens, Eintritt zum Ostpreußentreffen. Anmeldungen sind bis 15. April bei JWD-Reisen, Telefon 4854633 möglich. Bezahlung bei Anmeldung auf das Konto Jürgen Wiebking, Konto-Nr. 18276727, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01.



HAMBURG

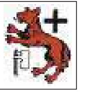
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 16. April, 10 Uhr (Ende 17 Uhr): **Ostermarkt** der ostdeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8, gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke. Die Landesgruppe ist mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.



Elchniederung – Mittwoch, 6. April, 15 Uhr, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hoheweide, U-Bahn Christuskirche: Kulturnachmittag. Nach dem Kaffee soll in einer gemütlichen Runde mit Vorträgen, frohen Liedern und Musik der Frühling angelockt werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Entritt: 2 Euro.



Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands, und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 10. April, 10 Uhr, St. Johanniskirche, Bremerstraße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst mit Pastorin Dr. Hella Lembke und Pastor Ludwig Fetingis aus Plikiai, Litauen. An der Orgel: Gernot Fries. Im Anschluss: Gespräch im Gemeindesaal bei Tee und Ge-

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

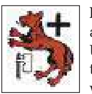
Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

bäck. Die St. Johanniskirche ist per S-Bahnlinien S3 und S31 (Station Harburg-Rathaus) in zehn Minuten Fußweg zu erreichen. Pkw-Stellplätze vorhanden.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. März, 15 Uhr: Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Motto: „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an…“ – Montag, 18. April, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Thema: Erinnerungen („stille Woche“, Fastenzeit, Palmsonntag, Ostern).

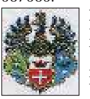
KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonnabend, 2. April, 14 Uhr, AWO Seniorentreff am Bauerbergweg 7: Die Heimatkreisgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen sollen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden verbracht werden. Vortrag zur Patienten-Verfügung und Vorsorge-Vollmacht. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt zu erreichen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Vortrag 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis Freitag, 1. April.



Insterburg – Mittwoch, 6. April, 13 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 12, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Heimatgruppe. Zum heiteren, kulturellen Frühlingsprogramm sind Gäste und neue Mitglieder herzlich willkommen! Rückfragen bei: Manfred Samel, Telefon und Fax: (040) 587585.



Königsberg Stadt – Die Gruppe Hamburg der Stadtgemeinschaft Königsberg hatte zum 12. März zu ihrem traditionellen „Königsberger Klopsessen“ eingeladen, wozu sich 30 Mitglieder angemeldet hatten und fünf sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigten. Die Gruppe trank gemeinsam Kaffee und bis zum Essen erfreute Herbert Tennigkeit mit Königsberger und ostpreußischen Gedichten und Erzählungen. Frau Gerta mit ihrer Gitarre sang die „Königsberger Küchenlieder und Ostpreußische Erinnerungen“. Zum Abschluss wurde noch das Thema „Jahresausflug“ besprochen. Man einigte sich, zum Besuch des Bernsteinmuseums in Ribnitz-Dammgarten am 17. Juni zu fahren, und den Rückweg über Rostock und Wismar zu fahren, um dann auf dem Fischmarkt noch Ostseeflundern mitnehmen zu können. Die Einladungen gehen rechtzeitig an alle 70 Mitglieder raus.



Sensburg – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Frühlingsüberraschungen. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. April, 15 Uhr, Hotel Oranien, Platterstraße 2, 65193 Wiesbaden, Telefon (0611) 18820: Kulturtagung zum 60jährigen Bestehen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW) Landesgruppe Hessen im Musiksaal des Hessischen Landtages. Der Präsident des Hessischen Landtags Norbert Kartmann hat die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernommen. Um rege Teilnahme wird gebeten. Von 14 bis 14.45 Uhr wird interessierten Teilnehmern der Landtag gezeigt. Bitte beachten Sie die Sicherheitsvorschriften im Landtag, führen Sie Ihren Ausweis mit. Das Hotel ist in Reichweite des Landtags gelegen. Die Tagungskosten betragen pro Person 100 Euro im DZ (EZ plus 20 Euro) inklusive Vollpension. Tagesgäste zahlen Sonnabend 30 Euro (inklusive Mittag- und Abendessen), Sonntag 20 Euro (inklusive Mittagessen). Bitte den Teilnehmerbeitrag umgehend auf das Konto 201 11 61, Sparkasse Wetzlar, BLZ 515 500 35 überweisen. Anmeldung bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm der Landeskulturtagung: Sonnabend, 16. April, Musiksaal des Hessischen Landtags Wiesbaden, Schlossplatz 1, bis 10.15 Uhr Anreise der Teilnehmer, 10.30 bis 11.30 Uhr Danziger Miniaturen, Karla Weyland, 11.30 bis 12 Uhr Treffen der Leiterinnen hessischer Frauengruppen der LOW, Karla Weyland, Rauschenberg, 12 bis 13 Uhr Mittagessen- und pause, 13.10 bis 13.45 Uhr Fußweg zum Landtag, 14 bis 14.45 Uhr Besichtigung des Landtages in Gruppen, 15 bis 16.45 Uhr Gedenkfeier „60 Jahre Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Hessen“, 16.50 bis 17.45 Uhr Kleiner Empfang im Landtag, 18 bis 18.30 Uhr Rückweg zum Hotel, 18.30 bis 19.30 Uhr Abendessen, 19.45 bis 21 Uhr „Trakehnen lebt“, Renata Grogé, Hasselroth, ab 21 Uhr kultureller Erfahrungsaustausch der Teilnehmer und Gäste. – Sonntag, 17. April, 8 Uhr Frühstück, 9 bis 10.30 Uhr Johannes Hevelius, Baumeister, Ratsherr und Astronom, Vortrag von Professor Joachim Buhrow, Greifswald, danach Kaffeepause. 10.45 bis 12 Uhr Gumbinnen, Sitz der Bezirksregierung, gestern und heute. Vortrag von Eckard Steiner, Idstein (Taunus). 12.15 bis 13.45 Uhr Mittagessen und –pause. 14 bis 15 Uhr Bericht über die Errichtung eines Gedenksteins zur Erinnerung der in Königsberg 1945–48 verstorbenen Kinder. Vortrag von Hannelore Neumann, Karben, und Gerhard Schröder, Darmstadt. Danach Kaffeepause. 15.15 bis 16.15 Uhr Naturerlebnis „Kurische Nehrung“. Bildervortrag von Eberhard Traun. 16.20 bis 16.50 Uhr Zusammenfassung und Auswertung der Tagung. Dietmar Strauß, Landesvorsitzender. 17 Uhr Abreise der Tagungsteilnehmer. Um Antwort wird gebeten bei Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Telefon (06206) 4851.

Darmstadt – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel gibt es einen Vortrag von Dieter Leitner „400. Geburtstag von Johannes Hevelius aus Danzig – bedeutender Astronom seiner Zeit“.

Wiesbaden – Dienstag, 12. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Nun will der Lenz uns grüßen! Ein beschwingter Frühlings-Nachmittag. Donnerstag, 21. April, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldhotel“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach, ESWE-Busverbindung, Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße: Stammtisch. Serviert werden „Königsberger Klopse“. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden, spätestens bis 15. April bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 13. April, 15 Uhr, Vortrag im Stadthotel Eversten von Prof. Dr. Wolfgang Rudzio: „Die Bewohner Ostpreußens – Zur Bevölkerungsgeschichte des Landes“. Bildmaterial wird die Ausführungen untermalen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – Bericht über unsere Versammlung am 9. März: In Hans Rettkowski hat die Gruppe erneut eine Perle unter ihren Mitgliedern entdeckt: Er erzählte flotte „Masurische Geschichtchen“, die er mit schönen Dias aus seiner eigenen Heimat bunt umrahmte. Mehr als 40 Mitglieder und Freunde folgten gespannt und aufmerksam seinen frei vorgetragenen Erzählungen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, **Frühlingsfest**, im Haus des Deutschen Ostens, Aachen, im Saal des Restaurants „Franz“, Franzstraße 74, gleich am Hauptbahnhof, neben dem Marschierotor. Mit viel Spaß und Liedern aus Ostpreußen, gesungen aus vollem Herzen und vom Chor unterstützt. Der Eintritt ist frei.

Bielefeld – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 21. April, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

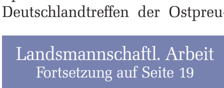
Detmold – Mittwoch, 13. April, 15 Uhr, Gaststätte „Zum Alten Fritz“, Schlüterstraße 37: Frühjahrsveranstaltung der Kreisgruppe Lippe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen und im zweiten Teil Geschichten und Gedichte aus Ostpreußen: „Heiteres und Besinnliches“.

Dortmund – Montag, 18. April, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Ennepetal – Donnerstag, 21. April, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung der Gruppe. Panhas mit Bratkartoffeln.

Essen – Freitag, 15. April, 15 Uhr, Gaststätte „Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Gruppe.

Gütersloh – Montag, 11. April, 15-17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Donnerstag, 21. April, 15 Uhr: Osterfeier, Achtung: Neuer Ort: Appelbaum, Neuenkirchener Straße 59. Die Mitgliederbetreuer/innen oder Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 7029 19 nehmen Anmeldungen bis spätestens 14. April entgegen. – Donnerstag, 21. April, 15 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Osterfeier der Frauengruppe. – Sonntag, 20. März – **Jahreshauptversammlung**. Auf der Jahreshauptversammlung der Ostpreußen blickte der Vorsitzende, Eckard Jagalla auf ein von vielfältigen Aktivitäten geprägtes Jahr 2010 zurück. Der Singkreis begleitete die Veranstaltung im Hotel Appelbaum musikalisch. Auf die Mitwirkung des Mundharmonika-Orchesters musste zum ersten Mal verzichtet werden. Nachdem Bruno Wendig die Leitung des Orchesters im Alter von 96 Jahren im vergangenen Jahr abgegeben hatte, löste es sich auf. Der Singkreis bereichert üblicherweise die Veranstaltungen der Landsmannschaft mit heimatlichem Liedgut. Die langjährige Leiterin Ursula Witt ist jedoch erkrankt. Renate Thamm, Leiterin der Frauengruppe, übernahm ihre Aufgabe. Eckard Jagalla dankte den Mitgliedern beider Klangkörper für ihr langjähriges Engagement. Knapp 20 Frauen treffen sich einmal im Monat im Gütersloher Brauhaus. „Wir möchten das Kulturgut aus dem Osten erhalten und gestalten“, sagte Renate Thamm. Für das nächste Treffen ist eine Theaterbesichtigung geplant. Die Kasse der Landsmannschaft weist einen soliden Bestand auf. Rund 2000 Euro wurden für ein Waisenheim in Tilsit gespendet. Mit 182 blieb die Zahl der Mitglieder nahezu konstant. Den größten Anteil hat die Altersklasse zwischen 70 und 80 Jahren mit 57 Personen, gefolgt von den 50- bis 60-Jährigen mit 40. 20 sind jünger als 50 Jahre. 24 Mitglieder sind älter als 85 und somit beitragsfrei. Busfahrten, Fahrradtouren, Kultur- und Tanzveranstaltungen stießen 2010 auf das Interesse der Ostpreußen. „Das Familienzelten am Lippesee war Abenteuer pur“, resümierte Eckard Jagalla. Es habe bei einer gefühlten Temperatur von mehr als 40 Grad begonnen, dann sei ein heftiges Gewitter mit Sturm und Regen aufgezogen. Das vorbereitete Essen sei mit Sand zugeschüttet gewesen. Das nächste Familien-Camping-Wochenende ist vom 1. bis 3. Juli geplant. Außer den traditionellen Veranstaltungen soll der Silvesterball wieder aufleben. „Die Ostpreußen tanzen gerne“, stellte der Vorsitzende fest. Weitere Veranstaltungen sind der Tanz in den Mai im Landhaus Heitmann und ein Herbstfest im Spexarder Bauernhaus. Zum Deutschlandtreffen der Ostpreu-



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

ßen in Erfurt wird eine 3-tägige Busfahrt organisiert. – **3-tägige Fahrt zum Deutschlandtreffen** der Ostpreußen in Erfurt von Freitag, 27. Mai bis Sonntag, 29. Mai. Leistungen: Fahrt im modernen 3-Sterne-Reisebus; der Bus bleibt vor Ort. 2 Übernachtungen im 4-Sterne-Victor's Residenz-Hotel Erfurt, 2 x Frühstück vom Büffet, 2 x Drei-Gang-Menü oder Dinnerbüffet im Rahmen der Halbpension, Eintritt und Führung Marienglashöhle in Friedrichsroda, geführter Stadtrundgang in Erfurt, Eintrittsplaketten zum Deutschlandtreffen. Pro Person. im DZ 245 Euro, EZ-Zuschlag 40,00 Euro. Anmeldung: Marianne Bartnik, Königstraße 45, 33330 Gütersloh, Telefon (05241) 29211, E-mail: marianne.bartnik@t-online.de. Es stehen nur begrenzt Plätze zur Verfügung. Bitte reservieren Sie rechtzeitig!

Leverkusen – Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich-Lübke-Straße 61: **Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe** der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen mit Neuwahlen des Vorstandes. Nach der Berichterstattung aus allen Bereichen der Tätigkeit der Gruppe findet eine gemeinsame Vesper und danach ein kleines kulturelles Programm statt. Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten.

Remscheid – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, die Kreisgruppe feiert ihr 60.jähriges Bestehen im Gemeindesaal der evangelischen Johanniskirchengemeinde, Eschenstraße 25. Gleichzeitig feiert die Frauengruppe ihr 35. Jubiläum. Für die Festansprache konnte Wilhelm v. Gottberg gewonnen werden. Umrahmt wird die Feierstunde mit Beiträgen eines Quartetts der Bergischen Symphoniker unter der Leitung von Viola Fey, einem Klaviervortrag von Nelli Illinich, die auch den Ostpreußenchor mit seinen Liedbeiträgen dirigieren wird. Alle Landsleute aus der näheren und weiteren Umgebung sind herzlich eingeladen. Interessierte wollen sich bitte unter Telefon (02191) 62121 oder (02191) 51103 anmelden.

Witten – Montag, 18. April, 15 Uhr, Ev. Luth. Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Sitten und Gebräuche zu Ostern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Freitag 8. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein in Lu.-Gartenstadt, Forsterstr.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 15. April, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Begegnungsstätte in der Clausstraße 27: Osterveranstaltung „Die Osterglöckchen läuten“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Fehmarn – Dienstag, 12. April, 15 Uhr, Treffen im „Haus im Stadtpark“. Der Vorsitzende Jochen Gawehns zeigt den 2. Teil seiner „Ostpreußen“-Trilogie.

Malente – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr, zwar fällt das Klops- und Fleckessen in diesem Jahr aus, dafür gibt es bei diesem Treffen Erläuterungen zu Pflanzen im Pflanzencenter Buchwald in Krummsee, Rövkampallee 39. Für die Teilnehmer gibt es ein Stück Torte plus Kaffeesatt, für eine Kostenbeteiligung von 5 Euro.

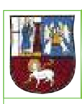
Neumünster – Mittwoch, 13. April, 12 Uhr, Mittagessen im „Restaurant am Kantplatz“, Mittagessen zur Wahl: Pikanter Kräuterbraten mit Rahmsoße, Gemüseplatte, Kroketten und Petersilienkartoffeln oder Gebratenes Lachsfilet mit Dijon-Senfsoße, Petersilienkartoffeln und Salat. Anschließend Zeit zum Plachandern, Gesang, lustige Vertellkes und ein Schlubberchen Kaffee mit frischem selbstgebakkenen Kuchen. Anmeldungen bei Brigitte Profé bitte bis zum 1. April unter (04321) 82314. – **Am 9. März fand die Jahreshauptversammlung** mit Neuwahlen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster, statt. Die 1. Vorsitzende Brigitte Profé begrüßte die Teilnehmer und Gäste. Es wurde die Beschlussfähigkeit und Tagesordnung festgestellt und genehmigt. Nach dem Kaffeetrinken erfolgte die Totenehrung. Zu Ehren der verstorbenen Mitglieder wurde eine Gedenkminute eingelegt. Es verstarben: Melitta Lullies, Charlotte Herden, Irene Holetzke im Jahr 2010, Anni Rhetz verstarb im Januar 2011. Es war ein Jahr voller Erlebnisse, neuer Eindrücke, neuer Begegnungen – ein lebendiges Jahr, das vom Vorstand viel Arbeit und Einsatz forderte, aber auch wieder Erfolg brachte. Die Vorsitzende Brigitte Profé verlas den Jahresrückblick: „Wie jedes Jahr legen wir bei unseren Veranstaltungen großen Wert auf das ostpreußische Liedgut, auf Kultur, Sitten und Bräuche. Zur Erinnerung – der Tag der Heimat im August 2010. Den kulturellen Teil gestalteten wir Ost- und Westpreußen. Wir hatten Landsmann Munin Brust eingeladen, der Interessantes über das Leben und die Werke seines Vaters Herbert Brust berichtete. Wer kann so ausführlich über ihn erzählen, über den Komponisten des Ostpreußenliedes ‚Land der dunklen Wälder‘ als der Sohn selbst?“ Der Kassenbericht durch die Kassenprüfer zeigte, dass mit den Beiträgen und Spendengeldern sparsam gewirtschaftet worden ist. Die Kassenprüfung erfolgte ohne Beanstandung. Der Wahlleiter Landsmann Horst Lessing erteilte dem gesamten Vorstand Entlastung. Der neue/alte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzende Brigitte Profé – Wiederwahl, Stellvertreter nicht besetzt, Kulturwartin Brigitte Profé – Wiederwahl, Schriftführerin Brigitte Profé – Wiederwahl, Kassenwartin Renate Gnewuch – Wiederwahl, Stellvertreterin Elli Hehner – Wiederwahl, 1. Beisitzerin Elfriede Schink – Wiederwahl, 2. Beisitzerin Elli Hehner – Wiederwahl. Sieben neue Mitglieder, die den natürlichen Schwund auffingen, konnten im Laufe des Jahres 2010 begrüßt werden. Ein Vorschlag von Landsmännin Hildegard Henning ging ein, ob das „Königsberger Klopsessen“ im Februar um 12 Uhr stattfinden könnte. Man müsste an die winterlichen Wetterverhältnisse abends denken. Dieser Vorschlag soll überdacht werden – der Zeitpunkt wurde als gut befunden. Mit dem Ostpreußenlied endete der Nachmittag gegen 17 Uhr.



Pinneberg – Sonnabend, 16. April, 15 Uhr: DVD-Filmvortrag über Ostpreußen, 2. Teil. Informationen und Anmeldung bei Frau Schmidt, Telefon 62667 oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.



Sonntag, 17. April, 10.30 Uhr, Messe in 45729 Essen-Stehle, Freisenbruch, Kütings Garten 3, dann Pfarrheim Pfarrgemeinde St. Antonius mit warmer Mahlzeit: Kirchspieltreffen Jonkendorf mit Wengaithen, Mondtken, Steinberg, Poleiken. Informationen bei Ernst Langkau, von-Laufstraße 4, 41540 Dormagen, Telefon (02133)61177. – **Sonnabend, 14. Mai,** ab 11 Uhr, Restaurant „Tiroler Stuben“, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, Essen: Kirchspieltreffen Stabigotten, Wemitten, Plautzig, Honigwalde, Grieslienen. Informationen bei Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477. – **Sonnabend, 28. Mai,** ab 14 Uhr in Bochum-Werne, Hölterweg 2: Kirchspieltreffen Göttkendorf, Alt Schöneberg, Jonkendorf. Informationen bei Familie Sawitzki, Telefon (0234) 230624, und Familie Certa, Telefon (02334) 540077. – Sonnabend, 10. September, 13 Uhr, Unna Massen, Buderusstraße 46: Kirchspieltreffen Klaukendorf, Groß Purden, Groß Kleeberg. Informationen bei Johannes Kensbock, Tim-Kröger-Weg 32, 25746 Heide, Telefon (0481) 67741 (Änderung!).



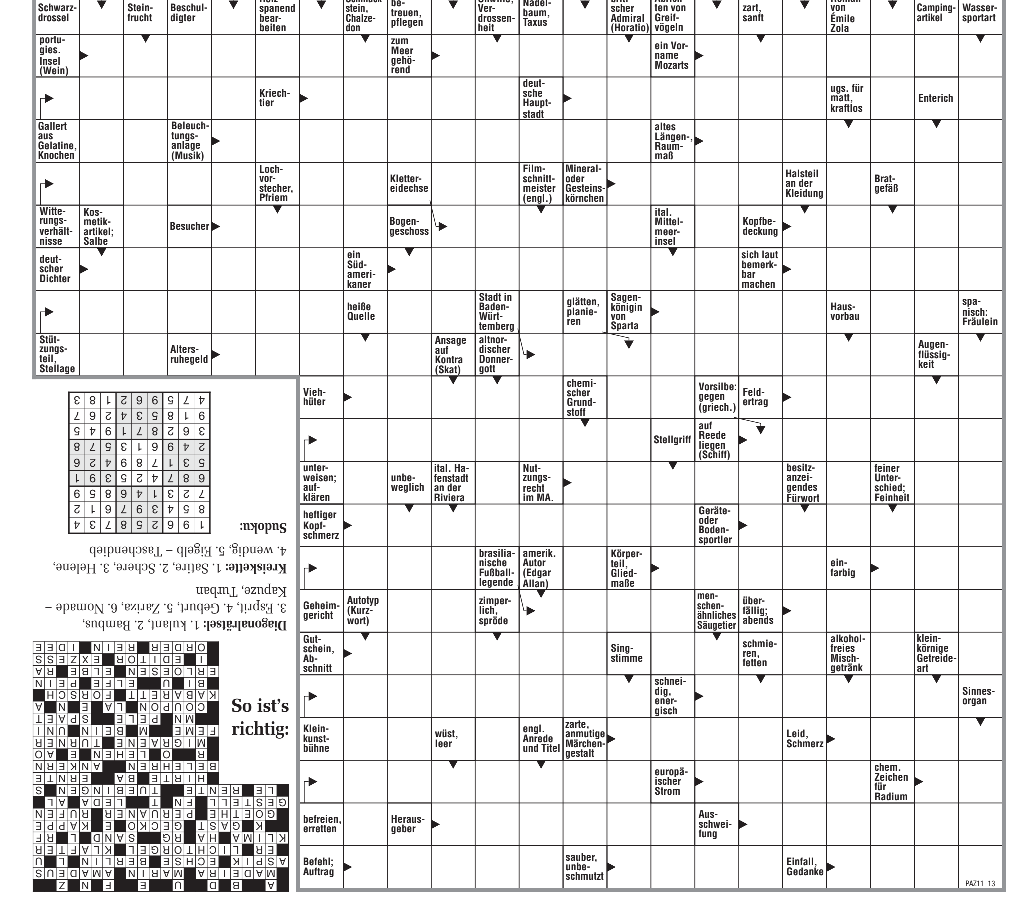
ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

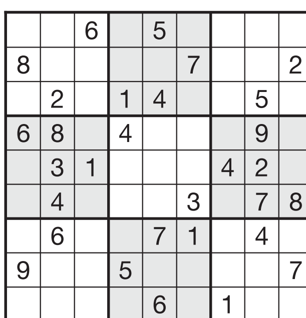
Vor der **53. heimatpolitischen Tagung** Ende Februar tagte der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg im Rotenburger Kreishaus. Kreisoberamtsrat Gerd Fricke begrüßte die Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter der Kreisgemeinschaft Angerburg zur ersten Sitzung im Jahr 2011. Der Patenschaftträger erhielt von der Stadt Rotenburg/Wümme die schriftliche Bestätigung, dass die 57. Angerburger Tage am 17./18. September wieder in der Theodor-Heuß-Schule stattfinden können. Bürgermeister Detlef Eichinger übernahm die Gastrede. Zu den diesjährigen Angerburger Tagen sollen wieder Gäste aus Angerburg (Wegorzewo) eingeladen werden. Beim Landkreis sind für den Angerburger Kulturpreis mehrere Einsendungen eingegangen, berichtete Kreisoberamtsrat Gerd Fricke. Allgemein wurde bedauert, dass es am Sonntag keinen Festgottesdienst mehr geben wird. Die 57. Angerburger Tage beginnen um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Sonnabend, den 17. September, am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche im Amtshofpark des Rotenburger Kreishauses. Anschließend tagt um 9.30 Uhr die Angerburger Kreisvertretung. Als wichtiger Tagesordnungspunkt steht die **Wiederwahl aller Vorstandsmitglieder** an, weil im

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch im Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku



		6		5				
8					7			2
	2		1	4			5	
6	8		4				9	
	3	1				4	2	
	4				3		7	8
	6			7	1		4	
9			5					7
				6		1		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

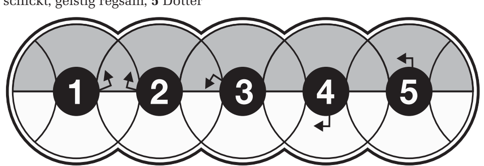
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Kopfbedeckungen.

1 entgegenkommend
2 tropisches Riesengras
3 Geist, Witz
4 Lebensbeginn
5 Frau oder Witwe eines Zaren
6 Wanderhirt

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Langfinger.

1 Spottschrift, **2** Schneidegerät, **3** fromme Gestalt bei Wilhelm Busch, **4** geschickt, geistig regsam, **5** Dotter



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

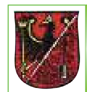
September die zweijährige Amtsperiode zu Ende geht. Nach der Kreistagsitzung ist eine Busfahrt (Kaffeefahrt) nach Sittensen geplant. Die Abfahrt erfolgt um 13.30 Uhr beim Hotel am Pferdemarkt. Die Vorbereitungen dafür hat Schatzmeisterin Brigitte Junker übernommen. Aus organisatorischen Gründen ist es notwendig, schon zwölf Monate vor Veranstaltungsbeginn mit den Vorbereitungen für die 54. heimatpolitische Tagung am 25./26. Februar 2012 zu beginnen. Die Tagung soll erneut in der Theodor-Heuß-Schule stattfinden. Mit den vorgeschlagenen Referenten wird sich der Kreisvertreter kurzfristig in Verbindung setzen. Außerdem wurde über die Beteiligung der Kreisgemeinschaft am Deutschlandtreffen in Erfurt gesprochen. Die Kreisgemeinschaft Angerburg wird dort mit einem eigenen Stand vertreten sein. Außerdem werden dort der Kreisvertreter, die beiden stellvertretenden Kreisvertreterinnen sowie weitere Vorstandsmitglieder als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Günther Kuhn wird mit der Kreiskartei dabei sein. Eingeleitet wird das Deutschlandtreffen am Sonnabend, 28. Mai, um 10 Uhr in der St. Severikirche. Die feierliche Eröffnung des Deutschlandtreffens mit Kulturpreisverleihung erfolgt um 14 Uhr in Halle 1. In der Halle 2 treffen sich die Besucher zum Wiedersehen. Aussteller verkaufen ostpreußische Spezialitäten und auch Literatur. Ferner sind Kulturausstellungen vorgesehen. Schriftleiterin Susanne Hagen wies auf einen erheblichen Zeitdruck bei der Erstellung des Angerburger Heimatbriefes hin. Sie hofft, dass der nächste Heimatbrief die Leser bis Ende Mai erreicht. Schatzmeisterin Brigitte Junker berichtete, dass das Haushaltsjahr 2010 mit einer Mindereinnahme von 163,50 Euro abgeschlossen hat und sprach von einer Punktlandung. Die finanzielle Lage der Kreisgemeinschaft ist trotz zurückgehender Spenden stabil, weil die Ausgaben reduziert werden konnten. Nach dem Ausscheiden von Norbert Skowron als Internetbetreuer hat sich für diese Aufgabe Michael Kukis aus Kassel zur Verfügung gestellt, dessen Familie aus Kutten im Kreis Angerburg stammt. Weiter berichtete der Kreisvertreter über eine Mitwirkung von Norbert Skowron bei der Überleitung der Aufgaben als Internetbetreuer der Kreisgemeinschaft Angerburg auf Michael Kukis. Die Fraktal Media GmbH Hamburg will bis zum 15. April 2011 die erforderlichen technischen Voraussetzungen für den Internet-Auftritt schaffen. Über geplante Ausstellungen des ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg und des Kulturzentrums Ellingen in Angerburg (Wegorzewo) im Jahr 2011/2012 und einen Schüleraustausch des Rotenburger Ratsgymnasiums mit dem Lyzeum in Angerburg (Wegorzewo) sowie über Weiteres von Bedeutung informierte der Kreisvertreter die Vorstandsmitglieder. Nach über drei Stunden schloss Kurt-Werner Sadowski die von ihm vorbereitete Sitzung mit einem Dank an die Sitzungsteilnehmer für das gezeigte Interesse die harmonisch verlaufene Sitzung.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Sonnabend, 9. April, um 17 Uhr, Vortrag „Die Wiedereinbürgerung des Störs in Ost- und Nordsee“, im Eckernförder Stadthallenrestaurant. Der Stör ziert nicht nur das Wappen der ostpreußischen Hafenstadt Pillau, für die Eckernförde 1955 die Patenschaft übernommen hat. Seine 27 Arten gehören zu einer selten gewordenen Familie von Knochenfischen, die nur auf der Nordhalbkugel der Erde vorkommt, sehr groß und sehr alt werden kann und nur in Süßwasser laicht. Bekannt ist vor allem der gesalzene Rogen der Fische, der Kaviar, der als sehr teure Delikatesse gilt. Überfischung, veränderte Gewässerqualität an den Laichplätzen und deren Verbauung haben in Ost- und Nordsee und deren Zuflüssen spätestens seit dem 19. Jahrhundert zu einem raschen Rückgang der Störbestände geführt. In Pillau wurde der letzte Stör – mit einem Gewicht von 180 Pfund – 1926 gefangen. In der Elbe hörte die Störfischerei zirka 1915 und in der Eider 1969 auf. Die 1994 in Frankfurt/M. gegründete und in Rostock ansässige „Gesellschaft zur Rettung des Störs e. V.“ (GRS) möchte nun mit der Wiedereinbürgerung des Atlantischen und des Europäischen Störs in Ost- und Nordsee einen Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt leisten. Der Biologe Dr. Jörn Geßner aus Berlin, ist Gründungsmitglied und Projektmanager der Gesellschaft zur Rettung des Störs. Er arbeitet am Berliner Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei. Der Vortrag ist öffentlich; alle Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

36. Gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen: Ein Heimattreffen stellt im Leben eines Vertriebenen ein besonderes Ereignis dar, so auch das 36. Gesamtdeutsche Heimattreffen am 27. November 2010 im Spornitzer Landhotel. In Erwartung, dort vermisste Landsleute anzutreffen oder allgemein etwas über die Heimat zu erfahren, reisten 50 Landsleute an. Der jüngste war 44, der älteste 88 Jahre alt. Sie kamen aus Mecklenburg, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hamburg. Unter ihnen waren auch Pommern, Schlesier und Mecklenburger. Dr. Hahn begrüßte die Anwesenden, unter ihnen den vielen schon bekannten ostpreussischen Autor des Buches „Iwan, das Panjepferd“, Lm. Heinz Buchholz aus Hamburg-Reinbek. Auch richtete Dr. Hahn Grüße Verhinderter aus und gedachte der Toten des endenden Jahres mit einer Schweigeminute. Unter der musikalischen Begleitung von Lm. Hellriegel aus Wittenberge auf seiner Violine wurde die Veranstaltung feierlich eröffnet. Propst Labesius hielt eine auf Weihnachten ausgerichtete Kurzandacht. Der dann folgende Abschnitt galt der Selbstgestaltung des Programms durch die Anwesenden. Viele Teilnehmer meldeten sich zu Wort. Insbesondere die Lm. Edig, Grandt und Jonuscheit trugen durch ihre Beiträge maßgeblich zum Gelingen des Programms bei. Dr. h.c. Glaser, kein Ostpreusse, der aber durch seine ostpreussischen Schwiegereltern für Ostpreussen begeistert wurde und dort auch war, berichtete über seine dort gewonnenen Eindrücke. Er schwärmte für dieses Fleckchen schöner deutscher Erde. Lm. Buchholz sprach über sein Buch, in dem er seine Kindheit auf der Flucht schildert. Der Bildreporter Lm. Wohlgemuth schoss zahlreiche Fotos von der Veranstaltung. Gegen 12 Uhr endete das Vormittagsprogramm. Um 13 Uhr zeigte Dr. Hahn einen Film über eine Busfahrt nach Gumbinnen aus dem Jahre 2004. Dr. Hahn lud zu einem Nachfolgetreffen im gleichen Hotel am 30. April 2011 ein.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Osnabrück – Sonnabend, 16. April, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Insterburger Teutonen zu einem gemütlichen Zusammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land Stammenden sind herzlich eingeladen.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Lübecker Treffen – Das Regionaltreffen Nord findet am Sonntag, dem 17. April 2011 in Lübeck, im Hotel Hanseatischer Hof in der Visby-Str. 7-9 (in der Nähe des Hauptbahnhofes), statt. Beginn ist 10 Uhr. Das Treffen ist insbesondere für Landsleute aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gedacht, für die der Weg zum Kreistreffen nach Hagen zu weit ist. Natürlich sind auch Hamburger, Niedersachsen und Bremer herzlich willkommen. Kreisvertreter Gerd Bandilla wird anwesend sein. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hofft auf regen Besuch. Nach einem kurzen offiziellen Teil und gemeinsamen Mittagessen erfolgt der gemütliche Teil bei Kaffee und Kuchen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Zum **Deutschlandtreffen der Ostpreußen** am 28. und 29. Mai in Erfurt lädt die Kreisgemeinschaft ein, wo sie mit einem eigenen Stand vertreten ist. Bei dieser Gelegenheit ruft die KG nochmals dazu auf, Originalfotos Ihrer Heimatgemeinde oder des Kreisgebietes aus der Zeit vor 1945 mitzubringen und diese während des Treffens dem Mitgliederdatenverwalter H.-U. Pokraka vorzulegen. Die Fotos sollten einen gewissen Allgemeinwert für die Kreisgemeinschaft haben. In Gegenwart der Eigentümer werden die Fotos auf einem mobilen Gerät abgelichtet und danach den Eigentümern sofort wieder zur Verfügung stehen. Bei der Ablichtung wird nichts verändert oder beschädigt. Desweiteren stehen Ihnen außer anderen Gesprächspartnern Familienforscher Reinhard Kays, sowie der Kreisvertreter zur Verfügung. Auch wird die deutsche Volksgruppe aus Neidenburg mit einigen Personen vertreten sein. Mit diesen Landsleuten ergeben sich erfahrungsgemäß immer wieder die interessantesten Unterhaltungen. Außerdem wird Sie das breit gefächerte Programm dieser Großkundgebung begeistern. Das Reiseunternehmen Plewka aus Herten hat für die Fahrt nach Erfurt noch einige Plätze frei. Interessenten wenden sich bitte an die Familie Plewka oder den Kreisvertreter. Über zahlreiches Erscheinen der Neidenburger und Soldauer würde sich der Vorstand sehr freuen.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Kreistagswahl: Bei dem Hauptkreistreffen und Mitgliederversammlung am 22. Oktober wird ein neuer Kreistag gewählt. Vier Jahre sind seit der letzten Mitgliederversammlung in Lüneburg vergangen. Die Amtszeit läuft 2011 aus, und so muss die Mitgliederversammlung einen neuen Kreistag mit all seinen Untergliederungen neu wählen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt zum Hauptkreistreffen und zur Mitgliederversammlung ins Hotel Krone, Heiligengeiststraße 39-41, 21316 Lüneburg, ein. Programm und Tagesordnung: 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Bläser der Jägerschaft Lüneburg. Eröffnung und Begrüßung durch den Heimatkreisvertreter. Totenehrung, Grußworte der Stadt Lüneburg. Lesung Betty Römer-Götzelmann. 11.30 bis 13 Uhr Mittagspause. 13 Uhr Vorbereitung der Mitgliederversammlung. 14 Uhr Mitgliederversammlung. Bericht des Heimatkreisvertreters über die Arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode. Änderung der Satzung: Sie ist in § 15, Nr. 3 wie folgt zu ändern: Bei der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an die Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Hamburg, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet. § 3 der Satzung ist wie folgt zu ergänzen: Neben dem Aufwandsersatz gemäß § 27.670 BGB sind auch Tätigkeitsvergütungen für Vorstandsmitglieder in angemessener Höhe zulässig. (Eventueller Zusatz: Über die Höhe dieser Tätigkeitsvergütung beschließt die Mitgliederversammlung). Wahl der Mitglieder zum Kreistag für die Wahlperiode 2011 bis 2015. Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages, gemütliches Beisammensein und Ausklang. Zusätzliche Informationen für Übernachtungen: Seminaris Hotel Lüneburg, Soltauer Straße 2, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 713530. Über andere Übernachtungsmöglichkeiten informiert die Tourist Information der Lüneburger Marketing GmbH, Telefon (04131) 713530, Fax (04131) 713634.

Eselsbank oder Fleißbildchen

Eine Sonderausstellung im Lohrer Schulmuseum macht das Kinderleben vor 100 Jahren anschaulich

Ein Kinderbuch aus alten Tagen trägt den Titel „Fröhliche, selige Kinderzeit“. Dass diese Zeit nicht immer unbeschwert war, macht eine Ausstellung im Lohrer Schulmuseum deutlich.

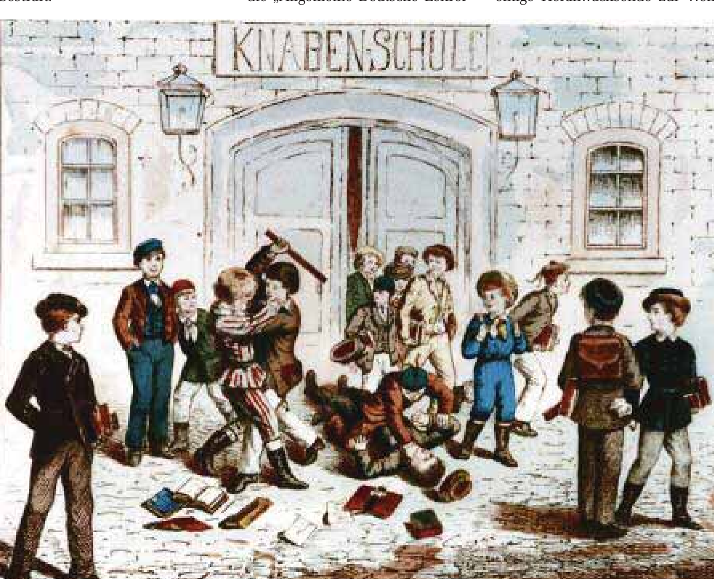
Eselsbank oder Fleißbildchen, Tadel oder Lob, die Schulkinder von damals hatten keine große Wahl – sie mussten parieren. Die Ausstellung in Lohr ist mit viel Akribie und Liebe zusammengetragen worden. Im ersten Teil werden großformatige Schulwandbilder gezeigt und Auszüge aus alten Fibeln präsentiert. So entsteht das

»Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr«

Bild einer bunten Lebenswelt vor den Augen des Betrachters, „die weitgehend von dörflich-kleinbürgerlichen Bereichen einer heilen und in sich ruhenden Heimat geprägt wird“, erläutert der Leiter des Museums, Eduard Stenger.

Auffällig sind die vielen Moralsprüche in den Fibeln, welche die Kinder erziehen sollen und die noch heute vielen ein Begriff sind. Wer kennt nicht den Spruch „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“? Und aus dem Poesiealbum kennt man den Spruch: „Artig, fleißig, folgsam, rein müssen gute Kinder sein.“

Erstaunlich sind auch die vielen Gebete, die nicht im Religionsbuch, sondern im Lesebuch zu finden sind. „Obwohl seit Einführung der Unterrichtspflicht (in Bayern 1802) Schulen allgemein als ‚Staatsanstalten‘ galten, beließen die Kirchen einen großen Einfluss auf das gesamte Erziehungswesen, zumal die Schulen bis 1918 der örtlichen Aufsicht des Pfarrers unterstellt waren“, betont Museumsleiter Stenger. „Kirchenbesuch und Sakramentenempfang der Schüler wurden als Teil der schulischen Erziehung vom Pfarrer überwacht und Verstöße bestraft.“



Nach der Schule: Schüler reagieren ihre Frustrationen nach einem anstrengenden Unterricht in Zweikämpfen ab (Lithografie aus einem Schulbuch um 1890). Bild: Schulmuseum

Entsprechend der damaligen Auffassung wurden die Kinder in der Schule auf ihre zukünftige Rolle vorbereitet – die Jungen für den Ernst des Lebens, eventuell als Soldat, die Mädchen als Hausfrau und Mutter. Für die einen gab es Turnunterricht mit militärischem Drill, für die anderen Handarbeit, Singspiele und Reigen.

Rigoros waren die Bestrafungen für nicht folgsame Schüler, mit denen sich der zweite Teil der Ausstellung befasst. Die Eselsbank, auf der die Kinder sitzen mussten und auf diese Weise ausgegrenzt wurden, ist da vergleichsweise noch harmlos. Immer wieder berichtete die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ von Züchtigungen und Misshandlungen, die gelegentlich gerichtlich gesühnt wurden. 1902 wurde ein Lehrer zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er „in nachweislich sieben Fällen sich einer barbarischen Misshandlung von Schulkindern“ schuldig gemacht hatte. Er hatte die Schulkinder mit der Faust unters Kinn geschlagen und an den Ohren in die Höhe gezogen, so dass ein Junge eine Ohrmuschelverletzung erlitt. Auch ließ er die Kinder auf kantigen Hölzern knien, legte ihnen Holztafeln auf die Köpfe, auf die sich dann andere Kinder setzen mussten. Kein Wunder, dass sich einige Heranwachsende zur Wehr setzten. „Neben Schusswaffen verwendeten Schüler Messer, Steine und andere Gegenstände bei ihren Angriffen auf die Lehrer“, berichtet Stenger. „1906 schlug ein zwölfjähriger Schüler in Meiderich in der Schule den Hauptlehrer Lukas mit einer in einen Strumpf eingewickelten Bleikugel gegen den Kopf und verletzte ihn so schwer, dass der Lehrer wenig später an dieser Verletzung starb. Auch Gewalt von Schülern gegen Schüler kam nach Angaben der Lehrerzeitung immer wieder vor. 1899 zog ein Münchner Schüler auf dem Heimweg von der Schule einen Revolver und erschoss damit einen 13-jährigen Schüler. Im Sommer 1900 zündete ein zehn-jähriger Junge einem achtjährigen Mädchen die Kleider an. Das Kind starb an seinen Brandverletzungen.“

Doch nicht genug der Schrekkensmeldungen: Immer wieder berichtete die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ auch über den Alkohol- und Nikotinkonsum der Kinder. Ein Kölner Lehrer stellte 1902 Nachforschungen

Vor 100 Jahren betrunken in den Unterricht

über den Alkohol- und Nikotingenuss in seiner Klasse an: Von den 54 Schülern des ersten Schuljahres hatten am Sonntag vorher 20 Wein, 24 Bier, 19 Schnaps, 17 Wein und Bier, 14 Wein, Bier und Schnaps getrunken. Zehn gaben an, betrunken gewesen zu sein, neun so viel, dass sie zu Boden fielen; acht hatten Erbrechen infolge des Alkoholgenusses; 19 hatten geraucht, und zwar zwölf auf Veranlassung des Vaters, vier auf Veranlassung von Brüdern und fünf auf Veranlassung von Soldaten. Einer hatte sich selbst Zigaretten gekauft.

Raufereien unter Schülern nach dem Unterricht muten dahingegen harmlos an. *Silke Osman*

Die Sonderausstellung „Fröhliche, selige Kinderzeit? – Aus dem Kinderleben vor 100 Jahren“ im Schulmuseum, Lohr am Main, ist bis zum 15. Januar 2012 mittwochs bis sonntags und an allen gesetzlichen Feiertagen von 14 bis 16 Uhr geöffnet.

Für Sie gehört

Das Beste von Tiger und Bär

Einer der erfolgreichsten Autoren Deutschlands konnte vor wenigen Wochen seinen 80. Geburtstag begehen. Janosch, dem Erfinder der Tigerente, hat der SWR aus diesem Anlass einen Dokumentarfilm gewidmet: „Da, wo ich bin, ist Panama“ von Joachim Lang.



Janosch, 1931 als Horst Eckert im oberschlesischen Hindenburg zur Welt gekommen, hat vieles, was er in seiner Kindheit erfahren hat, in seinen Bildern, Romanen und in seinen Kinderbüchern verarbeitet. Mittlerweile sind über 300 Titel mit einer weltweiten Auflage von zwölf Millionen Exemplaren erschienen, die in 40 Sprachen übersetzt wurden. Die Geschichte von einem Teddybären und seinem Freund, einem Tiger, die zusammen eine Reise machen, um das Land ihrer Sehnsucht zu suchen, begeistert noch heute junge Leser. Tiger und Bär landen schließlich wieder zu Hause, meinen aber, sie hätten Panama gefunden. „Ein schöner Irrtum“, sagt Janosch, „ist eben besser als eine schlechte Wahrheit.“ Man müsse das, was man gefunden habe, zu Panama erklären: Da wo ich bin, ist Panama.

Wer keine Lust hat, selbst zu lesen (oder es noch nicht so gut kann), der kann jetzt das Beste von Tiger und Bär auf CD hören. Gerrit Schmidt-Foss und Detlef Bierstedt lesen einfühlsam die herrlichen Geschichten von Janosch. Spaß inbegriffen. *os*

***Janosch: „Das Beste von Tiger und Bär“**, Lübbe Audio 2011, CD (75 Minuten), 7,99 Euro*

Sie nannten sich Preußen oder Türken

Gewalt und Jugendbanden sind kein Phänomen der Gegenwart – Jugendgangs in Manchester und Liverpool spielten Krieg

Ältere Menschen klagen gern über die Jugend, die sich Dinge erlaubt, die man sich seinerzeit nie herauszunehmen gewagt hätte. Mehr noch: Ältere Menschen, so fand jetzt ein amerikanisch-deutsches Forscherteam heraus, möchten diese Einschätzung gern von den Medien, vor allem den Zeitungen und Zeitschriften, bestätigt bekommen.

„Unsere Erkenntnisse stützen die Annahme, dass Menschen die Medien nutzen, um ihre eigene soziale Identität zu stärken“,

Negative Artikel ausgewählt

erklärt Silvia Knobloch-Westerwick von der Ohio State University. Gemeinsam mit ihrem Kollegen Matthias Hastall von der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen hat sie 276 jüngere und ältere Deutsche zu einem Experiment eingeladen. Den Versuchspersonen wurde gesagt, sie sollten die Nullnummer einer noch nicht auf dem Markt befindlichen Illustrierten vorab testen und am Computer lesen.

In Wirklichkeit war diese Zeitschrift nur für das Experiment eigens hergestellt worden. Genau genommen waren es sogar zwei Varianten: In der einen Illustrierten gab es Artikel, in denen junge Leute negativ dargestellt wurden, in der anderen standen die gleichen Geschichten, aber mit positiven Berichten über Jugendliche oder junge Erwachsene. Allerdings gab es in jeder Ausgabe sowohl positive wie negative Berichterstattungen über Alte und Junge. Alle Probanden sollten die Artikel lesen, die sie am meisten interessierten. Die Forscher sagten ihnen, dass sie nicht die Zeit hätten, alles durchzulesen. Ein Computerprogramm registrierte unterdessen – unbemerkt von den Versuchsteilnehmern – wer welchen Artikel anklickte.

Es zeigte sich, dass ältere Versuchsteilnehmer – das heißt, aus der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen – eher negative Artikel über junge Leute auswählten. Bei Artikeln, die ihre eigene Altersgruppe thematisierten, hatten sie keine besondere Vorliebe für positive oder negative Berichterstattung.


Gewalt im öffentlichen Raum: Jugendliche auf dem Weg zur Randale? Bild: swr

Junge Leute – das heißt 18- bis 30-Jährige – zeigten ganz allgemein nur ein sehr mäßiges Interesse an Artikeln über ältere Menschen, ganz gleich, ob diese Artikel positiv oder negativ berichteten. Nachdem die Probanden die neue „Zeitschrift“ bewertet hatten, sollten sie einen Fragebogen ausfüllen, mit dessen Hilfe die Forscher ermitteln konnten, wie groß das Selbstvertrauen der Probanden war.

Hierbei stellte sich heraus, dass jene älteren Probanden, die vor allem die Artikel über die „schlimme Jugend von heute“ gelesen hatten, ein höheres Selbstvertrauen hatten als jene Probanden, die ohne besondere Präferenzen Artikel gelesen hatten. Die Forscher schließen daraus, dass viele Ältere vor allem deshalb Berichte über die missratene Jugend läsen, weil es ihr eigenes Selbstvertrauen noch hebe. Festzuhalten bleibt dabei aber die Tatsache, dass „die schlimme Jugend“, insbesondere Schlägerbanden Halbwüchsiger, kein Phänomen neuerer Zeit sind, wie viele ältere Menschen gerne glauben wollen – es gibt sie schon länger, als die heutigen Senioren überhaupt zurückdenken können.

Geht man weit in die Geschichte zurück, so klagten Ältere über „die Jugend von heute“ bereits in vorchristlicher Zeit: „Unsere Jugend ist heruntergekommen und zuchtlos. Die jungen Leute hören nicht mehr auf ihre Eltern. Das Ende der Welt ist nahe (Keilschrifttext aus Ur, Chaldäa, um 2000 vor Chr.).

Schlägerbanden „existierten mindestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts“, sagt Andrew Davies von der University of Liverpool. Wie der Forscher berichtet, lassen sich aus Polizeiberichten und Zeitungsartikeln in den Industriestädten Manchester und Liverpool zu damaliger Zeit rivalisierende Jugendgangs nachweisen. Ähnliche Jugendgangs soll es auch in Paris und St. Petersburg gegeben haben.

„Insgesamt waren die Manchester-Gangs motiviert durch die Lust an Kampf und durch den Status, den sie dadurch bekamen“, meint Davies, „in Liverpool hingegen, wo die Jugendarbeitslosigkeit sehr viel höher lag als in Manchester, bildeten sich eher Gangs heraus, die auf Raubzüge in den Straßen aus waren. Territoriale Kämpfe wie bei den Manchester-Gangs gab es hier offenbar seltener.“ Meist ging es bei den Kämpfen zwischen verfeindeten Jugendgangs, die auch mit Waffen ausgetragen wurden, um Gebietsansprüche.

Die wichtigsten Territorien waren dabei die „Music Halls“, die man sich als Vorläufer der heutigen Diskotheken vorstellen kann. Die Herrschaft über eine solche zu gewinnen, war eines der wichtigsten Ziele der Jugendgangs, die sich dabei als starker Verband verstanden und meistens auch einen identitätsstiftenden Namen hatten.

Manchmal orientierten sich die Jugendlichen aber auch an Ländern, die gerade miteinander Krieg führten – so ließen sich manche Jugendgangs in Manchester von dem damaligen russisch-türkischen Krieg inspirieren und nannten sich „Russen“ oder „Türken“ oder, als der Deutsch-Französische Krieg herrschte, „Preußen“ auf protestantischer Seite und „Franzosen“ auf katholischer.

Damals wie heute sind materielle und wirtschaftliche Probleme für Gewaltbereitschaft maßgebend: Damals erlebte die

Gewaltbereit durch Arbeitslosigkeit

Mittel- und die Oberschicht in Großbritannien eine wirtschaftliche Blüte, denn das Empire befand sich auf dem Höhepunkt seiner Macht. Allerdings stellten Mittel- und Oberschicht zusammen nur etwa ein Drittel der Gesellschaft dar. Zwei Drittel der Gesellschaft gehörten der Unterschicht an.

„Jugendgewalt ist ein soziales, ein Unterschichtenproblem“, betont Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), „Jugendliche werden gewalttätig, wenn ihr Bildungsgrad niedrig ist und sie keine Perspektiven haben.“ Damals wie Heute.

Corinna Weinert

Wes' Geistes Kind?

Bahners über Islamkritik

Die Debatte über das Buch „Die Panikmacher – Die deutsche Angst vor dem Islam – Eine Streitschrift“ von „FAZ“-Feuilletonchef Patrick Bahners war groß, die *PAZ* hat auch über sie berichtet. Daher mag es verwundern, dass die Rezension des Buches an dieser Stelle und erst jetzt erscheint. Fakt ist aber, dass das einzig Erwähnenswerte an dem Buch der Umstand ist, dass es von einem renommierten deutschen Meinungsbildner stammt, denn seine Thesen und seine Argumentationsketten selbst sind so verquer, dass sie normalerweise nicht als nennenswerter Beitrag zur Integrationsdebatte gezählt werden würden. Denn bitte was soll man von einem Autor halten, der das Kopftuch bei muslimischen Frauen wie folgt verteidigt? „In Tücher eingehüllt wird normalerweise das Kostbare. Die Verschleierung ist ein Indiz der Vornehmheit. Es widerspricht also unserer Intuition, dass der Zweck des Kopftuchs, wie von seinen feministischen Gegnerinnen behauptet, die demonstrative Herabsetzung der Frau sein soll.“

Afghaninnen demnach besonders »kostbar«

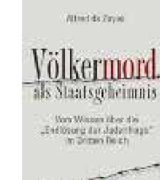
Nach Bahners müssten die Burka-tragenden Frauen in Afghanistan ihren Männern also besonders kostbar sein. Angesichts des Umstandes, dass die Frauen dort ohne jede Rechte waren und heute auch noch überwiegend sind, der Willkür der Männer, die häufig in Gewalt mündet, ausgesetzt sind, fragt man sich schon, welcher Imam oder Mullah da Bahners Feder geführt hat, denn anders ist eine derartige Argumentation nicht zu erklären. Zudem fühlt man sich bei einer derartigen Logik an die Gegner des Frauenwahlrechts erinnert. Diese erklärten ihre Ablehnung mit dem Schutz der Frauen, denn Frauen, die sich bilden, arbeiten oder mitbestimmen, seien nicht länger weiblich und liebenswert. Auch würden echte Frauen gar nicht wählen wollen, danach würden nur Mannsweiber verlangen.

Bahners beginnt seine Ausführungen übrigens damit, dass er sich verwundert zeigt, dass die Öffentlichkeit so überrascht auf die Wulff-Rede reagiert hat, schließlich habe Wolfgang Schäuble als Innenminister bereits viel früher gesagt, dass der Islam Teil Deutschlands sei. Wulff hingegen habe nur gesagt, der Islam gehöre zu Deutschland. Hierzu Bahners: „Wulff hat sich ganz einfach der Sprache bedient, in der die politische Geographie offenkundige historische Tatsachen bezeichnet: Amrum, Sylt, Föhr und Helgoland gehören zu Deutschland. Gerade diese Selbstbeschränkung des Redners, das Absehen von allem Werben und Plädieren zugunsten der schlichten Feststellung eines Faktums, rief Ablehnung und Abwehr hervor. Auch so hatte das sokratische Vorgehen eine aufklärerische Wirkung: Wulffs Kritiker offenbarten, dass für sie das Vorhandensein deutscher Muslime nicht selbstverständlich ist, keine von der deutschen Politik vorgefundene Gegebenheit wie der deutsche Papst. Zu ihrem Deutschland gehört der Islam nicht.“

Der Autor käut Kapitel für Kapitel öffentliche Debatten wie ums Kopftuchverbot oder Aussagen von Islamgegnern wie Necla Kelek, Henryk M. Broder und Ralph Giordano wider und zerlegt dabei einzelne Aussagen bis ins Detail. Er wird dabei so kleinteilig, dass der Leser den Eindruck erhält, plötzlich in einem Labyrinth gelandet zu sein, das auch noch von intellektuellen Nebelschwaden verdüstert wird. Einen Überblick über die ganze Lage hingegen bietet der Autor nicht. Nie ist die Rede von Menschenrechten, westlichen Werten, Erhalt der Identität dieses Landes, Bildung einer deutschen Gesellschaft, die für die kommenden Herausforderungen gerüstet sein muss, oder ähnlichem.

Im Grunde bereitet die Lektüre nur Kopfschmerzen, wobei der größte Anteil der Schmerzen dadurch zustande kommt, dass der Leser die ganze Zeit zu ergründen versucht, wes' Geistes Kind der Autor eigentlich ist. *Bel*

***Patrick Bahners: „Die Panikmacher – Die deutsche Angst vor dem Islam – Eine Streitschrift“**, C. H. Beck, München 2011, gebunden, 320 Seiten, 19,95 Euro*



Was wusssten die Deutschen?

Alfred M. de Zayas belegt, dass der Holocaust ein Staatsgeheimnis war

Noch ein Buch über das, was die Deutschen von Hitlers Mega-Verbrechen wussten oder nicht wussten! Dieser Seufzer kommt dem Kenner der Literatur über die Lippen angesichts der Vielzahl einschlägiger Veröffentlichungen, zuletzt Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst“ und Frank Bajohr/Dieter Pohl: „Der Holocaust als offenes Geheimnis“. Wer dennoch zu „Völkermord als Staatsgeheimnis – Vom Wissen über die ‚Endlösung der Judenfrage‘ im Dritten Reich“ von Alfred M. de Zayas greift, bereut es nicht. Das Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen, Beamten, Diplomaten, Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichtern sowie auch Anklägern und Verteidigern beim Manstein-Prozess. So dokumentiert de Zayas, ein US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker, der Standardwerke über die Vertreibung und über die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts veröffentlicht hat, viel Neues und geradezu Sensationelles.

Doch zunächst zur Gliederung: Nach einer Skizze der zeitgeschichtlichen Forschung und der zeitgeschichtlichen Mängel bietet de Zayas Porträts namhafter Funktionäre des Dritten Reiches immer mit Blick auf die Frage, ob ihnen nach Kriegsende Mitwisserschaft nachzuweisen war. Einer aus dieser Galerie der Schwerstbelasteten ist Hitlers Nachfolger als Staatspräsident, Karl Dönitz, dem die Sieger in Nürnberg keine Mitwisserschaft hinsichtlich der Judenmorde anlasten konnten, und den de Zayas zweimal interviewte. Ein weiterer ist ein SS-Richter. Gönnen wir uns eine kurze Leseprobe: „Vielleicht erscheint die Haltung Dönitz' im Jahre 2010 [er hatte 1945 die Verfolgung der NS-Mörder angeordnet] erstaunlich ... Aber was ist unwahrscheinlicher als die Tatsache, dass die deutsche Gestapo in Lublin es war, die im Jahre 1943 die Morde in Lublin-Majdanek entdeckte und um eine Aufklärung der Morde ersuchte, und dass es der mit der Untersuchung von Korruptionsfällen beauftragte SS-Richter Dr. Georg Konrad Morgen war, der auf die Spur der Morde in Auschwitz kam und Verfahren einleitete, unter anderem gegen ... Rudolf Höß und SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann.“

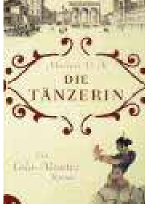
Selbst Widerständler wussten nur Bruchteile

Was wusste der Widerstand? Sogar ein Mann wie Hellmuth James Graf von Moltke wusste nur Bruchteile. So lautet eine Einsicht, die wir der Lektüre verdanken.

Natürlich hat es über die Täter hinaus Mitwisser gegeben, nach de Zayas' Schätzung: ein Prozent Beteiligte und fünf Prozent Mitwisser. Doch Wissen allein begründet noch keine Schuld. Die beste Freundin der Mutter des Rezensenten hatte drei Söhne. Der älteste wurde, weil geistig behindert, Opfer der „Euthanasie“ wie Hunderttausend andere. Also von Hitler ermordet! Das wusste die Mutter, das wussten der Vater und die Brüder (und auch wir). Dennoch taten die Männer als Soldaten weiter ihren Dienst. Was wäre die Alternative gewesen? Hätten sie den Dienst verweigert, hätte die leidgeprüfte Frau alle Söhne und ihren Mann verloren. Gab es bei anderen Völkermorden Befehlsverweigerung in großem Umfang? Konnten die Verbrechen geheimgehalten werden, zum Beispiel die Liquidierung der Armenier? Lange Zeit ja. Und bis heute wissen es Millionen nicht oder wollen es nicht wissen.

De Zayas hat seine Forschung vollkommen unbefangen begonnen. Er hat gefragt und hinterfragt. Er stellt den Deutschen keinen Persilschein aus, lehnt aber die Kollektivschuldthese nicht nur als unhistorisch, sondern vor allem als menschenverachtend ab. Das Buch gehört in jede Bibliothek. *Konrad Löw*

***Alfred de Zayas: „Völkermord als Staatsgeheimnis – Vom Wissen über die ‚Endlösung der Judenfrage‘ im Dritten Reich“**, Olzog, München 2011, gebunden, 208 Seiten, 26,90 Euro*



Des Königs gefährliche Geliebte

Biographischer Roman über die Tänzerin und Hochstaplerin Lola Montez

„Tanz ist die Poesie des Fußes“, sagte einst der englische Dichter und Dramatiker John Dryden. Im kurzen Leben der Elizabeth Rosanna Gilbert, besser bekannt als Lola Montez, wechseln sich leichtfüßige Lyrik, schwere Rhythmen, laute Töne und außer Takt geratene Passagen ab. Der temperamentvollen Femme fatale und Geliebten des bayerischen Königs Ludwig I. widmet die britische Autorin Marion Urch ihren biographischen Roman „Die Tänzerin“.

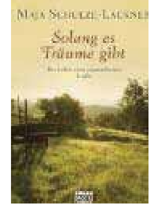
Aus der Ich-Perspektive schildert die Autorin eindrucksvoll das Leben einer ungewöhnlichen Frau, die ihrer Zeit weit voraus war. Urch entwickelt die Sprache parallel zu Montez persönlichem Werdegang vom kindlich-naiven hin zum reifen-packenden Erzählstil. Lebendige Kulisse bietet die Welt und Gesellschaft des 19. Jahrhunderts.

Elizabeth wird 1821 als Tochter eines schottischen Offiziers und einer irischen Näherin geboren. Im Alter von zwei Jahren zieht sie mit ihren Eltern nach Indien, wo der Vater bereits wenige Wochen nach der Ankunft an Cholera stirbt. Die Mutter heiratet bald wieder und schickt ihre Tochter mit fünf Jahren zu Verwandten nach Schottland. Später kommt Eliza auf ein englisches Mädcheninternat. Als 16-Jährige spannt sie ihrer Mutter heimlich den Liebhaber aus, den mittellosen Leutnant Thomas James, heiratet ihn und flieht mit ihm 1838 nach Indien. Die Ehe hält nicht lang.

1841 kehrt Eliza Gilbert zurück nach London, wo ihr neuer Liebhaber sie in die gute Gesellschaft einführt. Dort und in Spanien lässt sie sich zur Tänzerin ausbilden und gibt sich von nun an als Maria Dolores de Porris y Montez aus Sevilla aus. Bei ihrem Debüt am Londoner „Her Majesty's Theatre“ 1843 entlarven sie einige Zuschauer als Ehebrecherin und Hochstaplerin. Elizabeth flüchtet aus England und zieht fortan durch ganz Europa. In Preußen, Sachsen, Bayern, Polen und Frankreich sorgt sie nicht nur als erfolgreiche Tänzerin, sondern auch wegen ihrer zahlreichen Affären für Aufsehen. 1846 kommt sie nach München und bittet König Ludwig I. um einen Auftritt am Hof- und Nationaltheater. Der König ist dem Charme der feurigen Tänzerin erlegen und die beiden beginnen ein Verhältnis. Ludwig schenkt seiner 35 Jahre jüngeren Geliebten ein Palais, zahlt ihren Lebensunterhalt und lässt für sie sein Testament ändern. Die Kabinettsmitglieder sind empört und treten zurück. Auch bei der bayerischen Bevölkerung ist Lola Montez aufgrund ihres anmaßenden Verhaltens wenig beliebt: sie raucht Zigarren, verkehrt mit jungen, attraktiven Männern, feiert wilde Feste. Mehrfach proben die Bürger den Aufstand gegen die Skandaldame. Die tumultartigen Proteste im März 1848 im Rahmen der allgemeinen Unruhen in Deutschland enden mit der Vertreibung Lola Montez' aus Bayern und der Abdankung des Königs.

Doch damit endet das vorliegende Buch nicht. Urch schildert auch die Zeit von Montez in den USA, wo diese bereits 1861 im Alter von nur 39 Jahren in New York an einer Lungenentzündung verstarb. *Sophia E. Gerber*

***Marion Urch: „Die Tänzerin – Ein Lola-Montez-Roman“**, Aufbau TB, Berlin 2010, broschiert, 384 Seiten, 9,95 Euro*



Routinierte Romantik

Maja Schulze-Lackner legt neuen ostpreußischen Adelsroman vor

Nach „Und Wunder gibt es doch – Die Geschichte einer ostpreußischen Familie“ und „Wilde Rosen, weites Land – Eine Liebe in Ostpreußen“ „beglückt“ die Autorin Maja Schulze-Lackner die Freunde ihrer historischen Ostpreußenromane nun mit einem dritten Buch: „Solang es Träume gibt – Das Leben einer ostpreußischen Gräfin“. Die Autorin hat sicher, auch bedingt durch ihre ostpreußischen Wurzeln, eine Schwäche für das alte Ostpreußen und lässt es in ihren Erzählungen noch einmal in vollem ehrwürdigen Glanze auferstehen.

In „Solang es Träume gibt“ entführt die Autorin den Leser auf eine Reise in das prunkvolle Leben der Grafen und Gräfinnen in Ostpreußen zum Ende des 19. Jahrhunderts. Die Geschichte beginnt aus der Sicht von Carla von Harvich im Jahr 1869. Diese lebt mit ihrem Mann Hanno auf dem idyllischen Gut Buchenhain. Als ihr Bruder, Graf Leopold von Troyenfeld, eine russische Gräfin zweifelhaften Rufes ehelicht, ist sie völlig außer sich, und ahnt Böses.

Geschickterweise wechselt Maja Schulze-Lackner im weiteren Verlauf des Romans mehrfach die Protagonisten. Zunächst steht Carla von Harvich im Mittelpunkt der Geschehnisse, dann das Leben Leopolds und seiner kühlen, ihren Mann nicht liebenden Frau Natascha, und im letzten Drittel des Romans das Leben von Leopolds geliebter, bildhübscher und temperamentvoller Tochter Feodora.

Als der unglückliche Leopold aus Kummer, dass seine Frau ihn nicht liebt, nicht nur sein ganzes Vermögen, sondern auch Feodoras Mitgift verspielt hat, gibt es nur noch einen Ausweg, um Gut Troyenfeld vor dem Ruin zu retten. Und so erwartet das junge Mädchen, welches sich nichts mehr wünscht, als unabhängig und frei um die Welt zu reisen, eine Hiobsbotschaft, als es von dem Mädcheninternat nach Hause kommt.

»Ehen werden nicht im Himmel geschlossen«

„Heute sollte Feodora aus Königsberg nach Hause zurückkehren. Es war ein warmer Sommertag. Leopold und Natascha saßen auf der Terrasse und tranken ihren Nachmittagstee ... ‚Baron von Harden hat um deine Hand angehalten. Dein Vater und ich haben bereits akzeptiert.‘ Feodora starrte sie ungläubig an. ‚Er wird uns aus allen Schwierigkeiten helfen, in die uns, wie du ja weißt, einzig und allein dein Vater gebracht hat!‘ ‚Ich werde also verkauft!‘ Feodora zitterte am ganzen Körper.“ Doch wie Feodoras Tante Carla immer zu sagen pflegt: „Ehen werden nicht im Himmel geschlossen.“ Und so verhielt es sich nun mal zu diesen Zeiten.

Der Leser leidet mit Feodora, als sie den dicken, schwitzenden alten Baron heiraten muss, um ihr Leben zukünftig an seiner Seite zu verbringen. Zum Glück hält das Schicksal für Feodora jedoch noch einige Wendungen bereit.

Die Beschreibungen der für Teile von Ostpreußen typischen Intensität der Jahreszeiten, der Fuchsjagden, Bälle und Abendgesellschaften zeugen von einer großen Passion. Wobei man die Darstellungen nicht für bare Münze nehmen sollte, denn die Autorin hat im Grunde einen zuckersüßen Adel-Herz-Schmerz-Roman vor idealisierter ostpreußischer Kulisse geschrieben. *Vanessa Ney*

***Maja Schulze-Lackner: „Solange es Träume gibt – Das Leben einer ostpreußischen Gräfin“**, Bastei Lübbe, Köln 2011, broschiert, 368 Seiten, 7,99 Euro*



Ausbruch

Psychospiele durchschauen

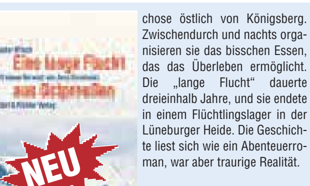
Psychospiele sind weder lustig noch sinnvoll – und es sind Spiele ohne Gewinner. Trotzdem werden sie von Erwachsenen mit Ausdauer gespielt. Stellt sich die Frage, warum. Beim ersten Hören stößt der Begriff „Psychospiele“ oft auf Widerstand. Und doch scheint er etwas Richtiges zu erfassen. So wiederholt sich zum Beispiel mancher Familienstreit in einer Weise, dass man die Tonbandaufnahme früherer Streitsituationen einschalten könnte, um den rituellen verbalen Schlagabtausch fortzuführen.

Unbewusste Motive und Prozesse lassen uns dabei immer wieder in die Rolle von „Opfer“, „Verfolger“ oder „Retter“ schlüpfen. Die Rollen können jeweils wechseln, sie sind nicht einer Person fest zugeschrieben. In der Regel laufen Psychospiele immer nach dem gleichen Muster ab. Am Ende fühlen sich die Beteiligten frustriert. Doch das muss nicht sein, es gibt Möglichkeiten, Schluss damit zu machen.

Die Autorin Christel Petitcollin beschreibt und erläutert verständlich und gut lesbar die Regeln der Psychospiele und zeigt auf, wie man lernen kann, die Muster zu durchbrechen und die destruktiven Verhaltensweisen zu vermeiden. *Corinna Weinert*

***Christel Petitcollin: „Da mach ich nicht mehr mit! Psychospiele durchschauen“**, Herder, Freiburg im Breisgau 2010, broschiert, 137 Seiten, 7,95 Euro*

Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen



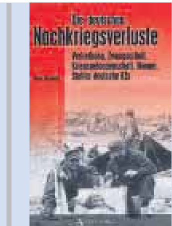
Arno Surminski führt in diesen authentischen Lebenslauf eines ostpreußischen Jungen ein.Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht" dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084

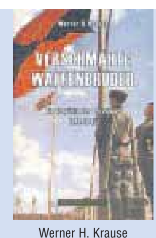
NEU

€ 19,95

Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 366 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste
Geb., 144 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6636, € 14,95



Werner H. Krause
Verschmähte Waffenbrüder
Die Tragödie der Ostvölker 1941- 1945
Geb., 382 Seiten
Best.-Nr.: 7089, € 29,80

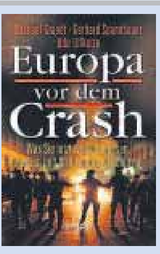
Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Vom Wissen über die „Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich
Der Massenmord an den Juden war ein ungeheures Verbrechen und gilt immer noch als historisches Ereignis von einzigartiger Tragweite. Bereits mit den Nürnberger Prozessen begann die wissenschaftliche Auseinandersetzung, jedoch erweist sich die Erforschung mancher Teilgebiete als unzulänglich. Es bleiben nach wie vor wesentliche Lücken und Fragen, die nicht gestellt, oberflächlich behandelt oder willkürlich interpretiert werden. Vor allem aber bleiben die entscheidenden Fragen: Was hat der Durchschnittsdeutsche, der Beamte, der Soldat über den Holocaust erfahren, wann und wie viel? Der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred de Zayas identifiziert in diesem Buch die Rolle der Geheimhaltung im Dritten Reich, insbesondere des Führerbefehls Nr. 1 vom 11. Januar 1940 als entscheidend für die Durchführung des Völkermordes. In jüngster Zeit wirdvon einigen Historikern behauptet, dass der Holocaust ein offenes Geheimnis gewesen sei.Den Beweis haben sie nicht erbracht, denn Mosaiksteine – Gerüchte, Feldpostbriefe, Auslandssender – sind kein Wissen. Mit Verallgemeinerungen und Pauschalurteilen wird indes die Kollektivschuldthese gestützt, die stets eine ernste Verletzung der Menschenrechte darstellt. Der Autor würdigt nicht zuletzt auch die Motive der Mitglieder des deutschen Widerstandes, die in vielen Fällen wegen ihres Teilwissens über den Holocaust den Staatsstreich wagten. Dieses Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen. De Zayas setzt sich mit den Forschungsergebnissen anderer Wissenschaftler bis Ende 2010 kritisch auseinander.
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082



€ 26,90



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten
Best.-Nr. 7081, € 19,95



Marion & Michael Grandt
Das Handbuch der Selbstversorgung
Überleben in der Krise
Geb., 312 Seiten, durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr.: 7073, € 19,95

Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Von Königsberger Klopsen bis zur Rußer Milchpunsch
Möchten Sie richtige Königsberger Klopse probieren, sich für Rußer Milchpunsch begeistern, Markstörtchen backen und den Geschmack von Sauerkraut (Kumst) mit Sahne kennenlernen? Sahne, Schmand und Quark sind in der ostpreußischen Küche nämlich außerordentlich beliebt . Man merkt den Rezepten an, dass die Autorin sie wirklich kennt, mit diesen Gerichten aufgewachsen ist und dass sie auch heute noch zu ihrem Kochrepertoire gehören. Praktische Tipps, Kombinationsmöglichkeiten und Varianten werden bei fast jedem Gericht mit aufgeführt.Gebundenes Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm durchgehend mit historischen Fotos bebildert. Neuauflage des Titels: Spezialitäten aus Ostpreußen aus dem Verlagshaus Würzburg, Rautenberg Verlag
Best.-Nr.: 7085, € 9,95

Hagen Mörig
Ein Wiedersehen mit Trakehnen- Erlebnisse eines freiwilligen Helfers
Kart., 357 Seiten
Best.-Nr.: 6421, € 24,80

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Kirchmann empfiehlt...

Adele Wilke und Bernhard Ellwanger
Die verlorene Heimat
Vom Stukapiloten zum Fremdenlegionär
Ein junger Samländer rückt 1943 zur Luftwaffe ein und erfüllt sich seinen Lebenstraum: Fliegen! Er wird Stukapilot im Sturzkampfgeschwader 77 und fliegt ab 1944 insgesamt 216 Einsätze auf Ju 87 und Fw 190. 1945 gerät er in russische Kriegsgefangenschaft, die er in Sibirien nur knapp überlebt. Als er 1948 entlassen wird, ist seine ostpreußische Heimat russisch besetzt und er steht vor dem Nichts. Er entschließt sich, in die Fremdenlegion zu gehen. Dort kommt er gerade zum Indochinakrieg zurecht, in dem er als Infanterist seinen Mann in ungemein harten Kämpfen steht. 1954 aus der Legion nach Ablauf seines fünfjährigen Kontraktes entlassen, hat er zehn Jahre Krieg und Gefangenschaft hinter sich - ein erschütterndes Schicksal.

Kart., Format A5, 250 Seiten, 30 Abb.
Best.-Nr.: 7090

€ 21,90

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



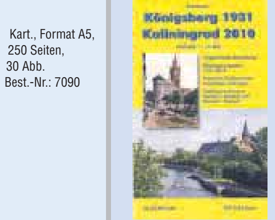
2 CDs
Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich,u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95



Klaus Marczinowski
Frieda Jung - Leben und Werk
Freud und Leid im Leben einer ostpreußischen Dichterin
Kart., 156 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6655, € 7,95



Frieda Jung
In der Morgensonne- Kindheitserinnerungen
Kart., 167 Seiten
Best.-Nr.: 7088, € 7,95



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000, Karte 75 x 50 cm, gefalzt, 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95



Josef Wimmer
Ich war dabei…
Polen, Nordfrankreich, Krim, Stalingrad, Kuban, Italien, Normandie, Ardennen
Geb., 352 Seiten,
Best.-Nr.: 7083, € 25,00

Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
DVD



Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.

Laufzeit: ca. 90 Min.
Best-Nr.: 5325

Angebot gültig bis Ende Mai 2011

€ 9,95

Erich Murawski
Der Kampf um Pommern
Die letzten Abwehrschlachten im Osten
Diese umfangreiche und detailgenaue Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert-harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen anschaulich darzustellen. Vom Zusammenbruch der deutschen Ostfront an der Weichsel bis zu den letzten Absetzbewegungen der zerschlagenen deutschen Truppen nach Mecklenburg und über die Ostsee werden alle wesentlichen militärischen Aktionen beschrieben. Der Autor konnte dazu neben deutschen auch polnische und sowjetische Quellen auswerten. Ein wissenschaftlich fundiertes Werk von großer militär- und landesgeschichtlichen Bedeutung!



Geb., 512 Seiten, gebunden, Hardcover, 16 Seiten Bilder, zahlreiche militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7078

Neuauflage

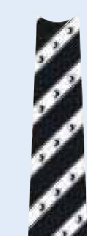
€ 24,80



General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb., 160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80

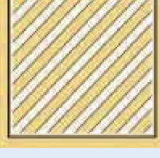
Siegfried Borkowski
Tante Martchen auf Männerfang
Kriminalfälle aus Ostpreußen, Schlesien und Ostbrandenburg
Geb., 96 Seiten
Best.-Nr.: 7087, € 9,90

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß
mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

je € 29,95



Damen- Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch,
Maße: 70x70 cm
Best.-Nr.: 7092

Die Geschenkidee zu Ostern- Nur bei uns!

Hans von Ahlfen
Der Kampf um Schlesien 1944 / 1945
Ein authentischer Dokumentarbericht



Der Verfasser dieser groß angelegten, systematischen Darstellung über die Kriegsereignisse in ganz Schlesien, Generalmajor Hans von Ahlfen, hat dort selbst gekämpft. Durch mühevolle Forschungen, durch Befragungen vieler Persönlichkeiten – von Oberbefehlshabern der Armeen bis zu Bataillonsführern, von hohen Verwaltungsbeamten bis zu einfachen Flüchtlingen – sowie durch das Studium neu erschlossener Quellen konnte er das ergänzende authentische Material erarbeiten, das, zusammen mit seinen persönlichen Erinnerungen, diesem Dokumentarbericht zugrunde liegt. Der gesamte Ablauf des Kampfes vor, in und um Schlesien ist hier in klarer Gliederung dargestellt. Dabei wird nicht nur über das Geschehen an der Front, sondern auch über die Ereignisse im Hinterland und über die Schrecken der Flucht berichtet. Im Anhang finden sich unter anderem die Namen der am Kampf beteiligten Einheiten sowie wichtige Zeitdokumente mit Lagekarten.

Geb., 285 Seiten (mit 10 militärischen Lageskizzen) + 16 Bildseiten
Best.-Nr.: 7086

€ 19,80



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80




Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 13/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Liebe zum alten Filz

Athen – Unmut erntet derzeit der griechische Gesundheitsminister Andreas Loverdos. Während Premier Giorgos Papandreou versucht, international Gelder für das Land, das am Rande der Pleite steht, anzuwerben, Filz bekämpft und versucht, massive Sparpläne durchzusetzen, hält sein 54-jähriger Minister offenbar an alter Klientelpolitik fest. Obwohl der Staat in den nächsten Jahren massiv Mitarbeiter entlassen will, stellt Loverdos fleißig neu ein. Mindestens 30 neue Mitarbeiter soll er seit September vor allem in seinem Wahlkreis eingestellt haben. *Bel*

Liebe zum Geld

Frankfurt a. M. – Die wegen ihres Wechsels von der Krankenkasse Barmer zum Verband forschender Arzneimittelhersteller (VFA) kritisierte SPD-Politikerin Birgit Fischer lässt sich ihren Wechsel zum Lobbyisten offenbar massiv vergolden: Statt 202000 Euro im Jahr als Barmer-Vorstandsvorsitzende soll sie beim VFA 440000 Euro pro Jahr erhalten. *Bel*

ZUR PERSON

Opel wieder mit deutschem Chef

General Motors nimmt zum 1. April einen Wechsel an der Führungsspitze seiner Tochterfirma Opel vor. Neuer Chef des Autobauers wird **Klaus-Friedrich Stracke**. Er soll den Briten Nick Reilly ersetzen, der in den Aufsichtsrat von Opel wechselt und dort den Vorsitz übernimmt. Reilly wird außerdem als Präsident von GM Europe Strategien für die Marken Opel/Vauxhall und Chevrolet erarbeiten.

Der Hesse Stracke arbeitet bereits seit 1979 für Opel und GM. Seit 2009 war der Ingenieur Chefentwickler im Technologiebereich von GM. Der technikbegeisterte Stracke war unter anderem verantwortlich für die Entwicklung der Elektrofahrzeuge Opel Ampera und Chevrolet Volt. Auf den künftigen Mann an der Spitze warten schwierige Aufgaben. Bereits bis zum 1. Mai muss Stracke eine Einigung mit dem Betriebsrat des Bochumer Werks zustande bringen. Bis zum Ende des Jahres sollen 1200 Mitarbeiter an diesem Standort abgebaut werden.



Der schon 2010 beschlossene Sanierungsplan für Opel sieht den Abbau von 4800 Arbeitsplätzen in Deutschland und europaweit sogar 8000 Stellen vor. Noch ist dem Unternehmen die Rückkehr in die Gewinnzone nicht geglückt – schwarze Zahlen waren vom bisherigen Chef Nick Reilly bereits für das Jahr 2011 angekündigt worden. Dieses Ziel musste auf das Jahr 2012 verschoben werden, im laufenden Jahr wird noch mit einem Verlust von 500 Millionen Euro gerechnet. In den letzten Jahren hat Opel kontinuierlich Marktanteile verloren – nach Angaben der Europäische Vereinigung der Automobilhersteller betrug der Marktanteil im Jahr 2010 europaweit nur noch 6,9 Prozent. Mit Investitionen von neun Milliarden Euro und 17 neuen Pkw-Modellen bis 2012 will Opel langfristig wieder auf einen Marktanteil von zehn Prozent kommen. *N. Hanert*



Super-GAU

Stuttgarter Zeitumstellung

Die tapferen Sieben Schwaben / Wie umweltverträglich ist Claudia Roths Farbwahl?/ Das freie Wochenende der Kanzlerin / Der Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

Tapfer waren sie, die Sieben Schwaben. Legten sich mit einem Untier an, das sich allerdings letztendlich als Hase entpuppte. Was den Schneid der Sieben Schwaben jedoch nicht minderte, denn der Hase hätte schließlich auch ein Untier sein können. Allein darauf, was vorstellbar sein könnte, kommt es bei der Beurteilung des Mutes an. Seit dem vergangenen Sonntag ist den Schwabenstreichen ein weiterer hinzuzufügen. Da haben sie die Uhren umgestellt – wie wir alle. Nur waren die alemannischen Volksstämme dabei ungleich radikaler. Sie schafften mit der neuen Zeit auch die traditionelle Erbfolge im Stuttgarter Landeshaus ab, wechselten die Landesfarben von Schwarz auf Grün und beendeten zugleich die Zukunft der Atommeiler. Die Erschütterungen dieser Stuttgarter Zeitumstellung werden noch lange anhalten, viele Nachbeben folgen lassen und manche Zukunftsplanung persönlicher Art zur Makulatur werden lassen.

Auf der Schwäbischen Alb kann die Erde schon mal ein bisschen wackeln, damit muss man rechnen. Aber dass die Ausläufer eines Erdbebens in Japan die Schwäbische Alb erreichen, das war nicht zwangsläufig zu erwarten. Aber so ist das eben immer: Man kann gar nicht so blöd denken wie es kommen kann. Darum hat man uns auch immer versichert, die Kernkraftwerke bei uns im Land seien erdbebensicher. Das sei zwar gut, aber eigentlich gar nicht notwendig, weil so ein richtiges Erdbeben gar nicht stattfinden könne. Weil, haben sie uns gesagt, wir uns für unser Land einen schönen Platz mitten auf einer Erdplatte ausgesucht haben. Da wackelt es nicht so. Jedenfalls nicht so wie am Rand einer Erdplatte. Aber das ist eine Geschichte von gestern. Heute, also einige Tage nach der Stuttgarter Zeitumstellung, sind viele Geschichten „von gestern“. Jetzt wissen wir, dass es egal ist, ob wir am Rand einer Erdplatte wohnen oder mitten drauf, Ausläufer können uns überall erwischen, selbst dann, wenn auf unserem Teil der Erdplatte alles noch ruhig bleibt.

Wir haben immer davor gewarnt, triumphieren nun die grünen Schwaben. Und die anderen Grünen anderswo auch. Die Sonne der Kernkraftgegner ging auf, als Fukushima unterging. Je verstrahlter die Umgebung des japanischen Kernkraftwerkes wurde, desto heller leuchtete die Sonne der Anti-Atombewegung hierzulande. Ob die Kantine des Landtages in Stuttgart in Dankbarkeit für die Wahlhilfe aus Japan künftig kostenloses Sushi anbietet, wird noch in den entsprechenden Gremien geprüft. Die Aussichten, den Vorschlag zu realisieren, gelten als gut, wenn der erste grüne Ministerpräsident sein Amt antritt.

Nach der Stuttgarter Zeitumstellung drohte Jürgen Trittin vor Freude schier zu platzen, eine Überprüfung des Blutdrucks scheint unter medizinischen Gesichtspunkten angeraten. Und Claudia Roth drückte ihre überbordende Zufriedenheit wie gewohnt mit einem Outfit aus, dessen schrille Farbkombination dringend auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft werden müsste.

> Gabriel ist immer obenauf – selbst bei zehn Prozentpunkten minus

Rainer Brüderle hingegen wirkte selbst im dunkelblauen Anzug am Wahlabend wie in Sack und Asche. Recht so. Brüderle hat's vermasselt, das hat Folgen. Aber gegen die Macht des Schicksals hätte seine Partei sich auch nicht stemmen können, wenn Brüderle keine Protokoll-Affäre gehabt hätte. Egal, was er bei ein paar Herren des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ausgeplaudert hat oder nicht ausgeplaudert hat, er hat nichts gesagt, was nicht ohnehin jeder wusste. Und was bei der Wahl am vergangenen Wochenende hinreichend bestätigt wurde. Oder will jemand sagen, die Wahlentscheidung sei rational nachvollziehbar? Verständlich ja, aber rational? Diffuse Ängste sind niemals rational und darum auch nicht rational zu beseitigen. Angst bleibt Angst.

Gerade darum aber darf man eben nicht alles sagen. Sonst hat man bald nichts mehr zu sagen. So kann es auch einer ganzen Partei gehen. Aber den doppelten Absturz der Freien Demokraten in die Bedeutungslosigkeit mit einem unbedachten Plauderstündchen zu erklären, wäre zu bequem. Und nicht ausreichend. Guido Westerwelle hat denn auch schon mal vorsorglich seinen Westwall gezogen, als er noch vor dem Schließen der Wahllokale erklärte, er werde auf keinen Fall zurücktreten, ganz gleich, wie die Wahl ausgehe. Da muss er schon was geahnt haben, aber dass es so schlimm kommen könnte, dafür dürfte die Phantasie nicht ausgereicht haben. Und so muss das Publikum dem Parteivorsitzenden und Außenminister schon wieder beim Aufbau einer Verteidigungslinie zusehen. Wir wissen ja, der Mann lässt sich den Schneid nicht abkaufen.

Wegducken ist auch keine gute Taktik. Die funktioniert höchstens für eine kurze Zeit. Dass sie ausgerechnet von der Schwäbischen Hausfrau geräuffelt wurde, mag Angela Merkel besonders geschmerzt haben. Natürlich waren auch etliche Schwäbische Hausmänner dabei, aber das kann die Kanzlerin leichter wegstecken, weil gerade unter Hausmännern viel Grünzeug zu vermuten ist. Aber die Schwäbische Hausfrau mit ihrem Sinn für Sauberkeit und Sparen ... Nun wird sie sehen, was sie davon hat, wenn im Stuttgarter Parlament die Grünpflanzen sprießen.

Jedenfalls war nach der Stuttgarter Zeitumstellung von Angela Merkel erst einmal nichts zu sehen. Wahrscheinlich hatte sie gerade ihr freies Wochenende (was man der armen Frau ja auch wirklich von Herzen gönnen kann, was hat die nicht alles um die Ohren: den Gaddafi piesacken, aber nicht bekriegen; die Schulden von irgendwelchen leichtlebigen Randstaaten Europas absichern, aber nicht begleichen; den Köhlern in ihren Atommeilern die Lust am Kokeln verderben, aber den Strom aus der Steckdosen billig machen). Will sagen, die arme Frau hatte sich ihr freies Wochenende wirklich verdient. Schließlich sollte sie am Montag ausgeruht weiterregieren. Dass ihr dann genug Kladderadatsch vor die Tür gekehrt würde, war auch ohne die Stuttgarter Zeitumstellung klar. Aber wetten, dass ... aus dem entspannten Sonntagabend im Hause Merkel nichts wurde. Trotzdem gehörte sie zu den wenigen, die beim medialen Großaufgebot unsichtbar blieben.

„Im Lichte neuer Erkenntnisse“ werde die Energiepolitik zu überprüfen sein, hatte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle bereits vor der Wahl angekündigt, als er noch wegen seines Plauderstündchens mit dem Industrieverband in Verteidigungsstellung gegangen war. Was war das für eine Lappalie. Das dicke Ende kam erst noch. Nicht nur für Brüderle. Überall sieht man Führungspersonal der Berliner Koalition in Deckung gehen. Alle Parteien haben verloren, nur die Grünen nicht. Was aber nicht bedeutet, dass auch der SPD-Gabriel in Deckung gehen muss. Der ist immer obenauf, selbst bei zehn Prozentpunkten minus. Das macht doch nichts. SPD-Gabriel schwingt sich auf das grüne Trittbrett und ab geht es mit Volldampf zum Sieg. Nur nicht bange machen lassen.

Die Schwarzen und die Gelben, die dürfen nicht auf ein grünes Trittbrett, die haben nur sich selbst. Und das ist zurzeit reichlich wenig. Deshalb noch einmal wetten, dass ... „im Lichte neuer Erkenntnis“ in nächster Zeit noch mehr Wenden und Wechseln auf uns einprasseln. Da war in den vergangenen Wochen dem Bürger schon einiges zugemutet worden. Die Kurswechsel bei Kernkraft, Libyen, Wehrdienst und Euro-Rettung hatten bereits ein rasantes Tempo, aber vermutlich werden wir sie eines Tages als moderat ansehen im Vergleich zu den zu erwartenden Wenden und Wechsel. Die erste Vokabel dafür wurde bereits von der CDU in Umlauf gebracht: „Modifizierte Energiepolitik“. Das ist prima unverbindlich, weich wie ein Marshmellow, auch Mäusespeck genannt. In solch einem weichen Wort lässt sich viel verstecken. Und mancher Schwenk wird hervorragend gefedert. Marshmellow-Worte sind politisch immer beliebt. Schließlich haben sie keinen Inhalt, genauso wie die Marshmellows selbst, die auch nur aus Eischnee, Geliermittel und Zucker bestehen. Und natürlich Farb- und Aromastoffen. Gerade die machen den Mäusespeck hervorragend für alle politischen Zwecke geeignet. Besonders dann, wenn Politik nach Stimmungslage gemacht wird. Davon haben wir jetzt viel zu erwarten.

Wer genau zuhörte bei der Flut von Worten und Worthülsen am Wahlabend, der entdeckte ein gegenwärtig bislang ziemlich ungebräuchliches Wort, geradezu einen Exoten. Mit Demut, war einige Male zu hören, wolle man das übertragene Amt, den Wählerauftrag übernehmen. Warten wir es mal ab.

Hans Heckel macht derzeit Urlaub.

MEINUNGEN

„Welt“-Chefredakteur ***Thomas Schmid*** *wirft Union und FDP* ***„Selbstentkernung“*** *vor. In seinem Kommentar vom 24. März fürchtet er, dass die* ***„Parteien zu Ruinen“*** *verkommen, weil selbst ihre treuesten Anhänger nicht mehr wüssten, wofür sie stehen:*

„Was wir beobachten, könnte auf die Selbstentkernung der Parteien hinauslaufen – vorexerziert von Union und FDP, den zwei Parteien, die gewissermaßen für den politischen Grundriss der Bundesrepublik verantwortlich waren ... Merkt niemand in dieser Regierung, dass die galoppierende Entwertung des gestern noch Gesagten irgendwann einen Punkt erreichen kann, an dem sie beim Souverän nicht mehr als kluge Beweglichkeit ankommt, sondern als fundamentaler Mangel an Orientierung?“

Otmar Issing*, von 1998 bis 2006 Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), hat in seiner Funktion zwar die* ***Euro-Einführung*** *mit begleitet, trotzdem meldet er im „Spiegel“ vom 21. März Zweifel an dem Ergebnis an:*

„Der Euro wird uns noch lange erhalten bleiben, das zählt zu den sicheren Wetten. Die Frage ist nicht, ob der Euro überlebt, sondern welcher. Wenn alle für alle auch bei schlechter Politik haften, dann wird es für die Europäische Zentralbank schwieriger, die Stabilität des Euro zu verteidigen.“

Aiman Mazyek, Vorsitzender des ***Zentralrats der Muslime*** *in Deutschland, in den „Deutsch Türkischen Nachrichten“ vom 28. März zur* ***Islamkonferenz:***

„Wir haben bisher kaum greifbare Ergebnisse ... Es zeigt, dass das weiterhin ein Debattierclub ist, vielleicht sogar mancherorts eine Art verkappte Sicherheitskonferenz.“

Sprichwörtliches Dilemma

Des Volkes Stimme, wird gesagt,
sei Gottes Stimme immer,
doch grade das, Gott sei's geklagt,
macht alles noch viel schlimmer.

Es stellt sich nämlich jedesmal
dieselbe Gretchenfrage –
und ist besondre Seelenqual
nach Wahlen dieser Tage:

Kann Stimmung Volkes Stimme sein
und Volkes Wille schließlich?
Läßt Gott das Volk denn so allein?
Fürwahr, das stimmt verdrießlich!

Das heißt ja, wer die Stimmung
macht,
bestimmt die freien Wahlen,
er trimmt den Willen vorbedacht –
zur Not mit falschen Zahlen.

Und eines macht noch mehr verstimmt:
Was man bei Stimmungsmache
zum Zweck der Willenstrimmung
nimmt,
tut oftmals nichts zur Sache!

So kommt's, dass eine Woge fern
wen raufspült hierzulande
und dass manch andern Landsmanns Stern
verglüht im Wüstensande.

Doch fromm heißt's nach dem
Stimmenfang,
es hat das Volk gesprochen,
wenngleich in Wahrheit bloß gelang,
erneut es einzukochen.

Im Bann gemachter Meinung spricht
die Führung selbst, die feine –
erst recht ist's Gottes Stimme nicht,
noch Freiheit, die ich meine!

Pannonicus